

TRANSKRIPT

**Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag**  
**Konferenz: „Wie weiter in Europa?“**  
**12. November 2021**

\*\*\*\*\*

*(Es folgt ein Musikstück.)*

\*\*\*\*\*

*(Beifall.)*

**Gerald Schubert (Journalist):** Vielen herzlichen Dank, und zwar an das Bläserquintett Musikschullehrerensemble der Musik- und Kunstschule Waidhofen an der Ybbs.

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident Sobotka! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Rößler! Sehr geehrter Herr Minister Gulyás! Exzellenzen! Botschafter! Liebe Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer! Liebe Studierende! Liebe Schüler und Schülerinnen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf Sie zum heurigen Jahrgang der Konferenz Forum Mitteleuropa herzlich begrüßen. Mein Name ist Gerald Schubert. Ich bin Redakteur der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“. Ich habe die Freude, Sie schon länger zu begleiten. Wir waren mit dieser Konferenz schon in vielen Städten. Wir waren unter anderem in Ihrer schönen ungarischen Nationalversammlung in Budapest. Wir waren auch schon in Österreich, im Stift Klosterneuburg in Niederösterreich. Voriges Jahr waren wir nirgendwo aus sattem bekannten Gründen, die auch viel mit unserem heutigen Thema zu tun haben: Das wird natürlich, zum Teil zumindest, die Coronapandemie sein.

Als wir uns 2019 zum letzten Mal verabschiedet haben – das war damals ein Heimspiel für Präsidenten Rößler, das war in Dresden –, haben wir nicht gewusst, was auf uns zukommt. Auch heute wissen wir nicht, ob das Coronavirus damals schon irgendwo unter uns Menschen war oder nicht. Ich glaube, diese Unsicherheit ist etwas, das uns alle begleitet. Seither ist eines der Markenzeichen in dieser Pandemie, dass wir gelernt haben, dass kurzfristige Planung oft nicht funktioniert. Wir haben gelernt, dass trotzdem langfristig geplant werden muss, dem haben wir auch zu verdanken, dass wir heute hier sind.

Wir wollen langfristig ein bisschen in die Zukunft sehen, wie weit in Europa nach der Pandemie -- Nationalratspräsident Sobotka hat gestern Abend darauf hingewiesen, dass das Nach-der-Pandemie aus heutiger Sicht vielleicht gar nicht so stimmt. Man müsse vielleicht sagen, Europa in der Pandemie oder mit der Pandemie, aber ich glaube, das Konferenzthema ist auch ein bisschen in die Zukunft gedacht, geplant. Irgendwann wird es ja wohl ein Europa nach der Pandemie geben. Was haben wir dann für Lehren gezogen? – Übrigens immer im Wechselspiel mit dem gesamteuropäischen Thema und dem mitteleuropäischen Thema. Das ist ja etwas, das das Forum Mitteleuropa seit vielen Jahren auszeichnet. Das soll auch heute so sein – ein Stück Kontinuität in dieser verwirrenden Welt ist da auch nicht schlecht.

Die Pandemie wird das Hauptthema am Vormittag sein, bei einem Panel, das ich moderieren werde. Am Nachmittag übernimmt dann meine liebe Kollegin Edit Inotai. Sie wird einen größeren, weiteren Blick in die Zukunft richten, auch mit vielen anderen Themen wie: Wie kann Europa moderner, nachhaltiger und globaler werden?

## TRANSKRIPT

Damit genug von mir. Sie haben jetzt einen ungefähren Rahmen bekommen. Ich soll Sie noch auf zwei Dinge hinweisen: Es ist erlaubt, im Konferenzsaal die Masken abzunehmen. So ein bisschen ist es, glaube ich, sogar erwünscht, weil auch Fotos gemacht werden. Es muss aber natürlich niemand, der nicht will, die Maske abnehmen, aber Sie sehen, wir haben diese Plexiglasscheiben. Es gibt auch eine Dolmetschanlage, Nummer eins ist Deutsch, Nummer zwei ist Englisch und Nummer drei ist Ungarisch.

Damit bin ich am Ende. Ich bitte unseren Gastgeber Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka hier im Ausweichquartier seines Hauses – Sie wissen, dass das nicht das normale Gebäude des österreichischen Parlaments ist; das wird gerade renoviert – um seine Begrüßungsworte. *(Beifall.)*

### Begrüßungsansprachen

**Wolfgang Sobotka (Präsident des Nationalrates der Republik Österreich):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher! Konferenzteilnehmer! Das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag! Ich darf Sie allesamt ganz besonders begrüßen. Mein besonderer Gruß gilt dem Initiator, dem Präsidenten des Sächsischen Landtages Dr. Matthias Rößler. Sehr herzlich willkommen hier in unserem österreichischen Parlament! Herzlich willkommen! Ich darf mich besonders darüber freuen, dass Minister Gergely Gulyás aus Ungarn bei uns ist, der uns in einem Impulsreferat seine Position gerade zum Thema Europa, Pandemie – wir können es ja immer wieder wechselweise sehen – näherbringen wird, um dieses Thema des ersten Panels dann in einer spannenden Podiumsdiskussion aufzuarbeiten.

Mein Gruß gilt aber genauso dem Zweiten Präsidenten des niederösterreichischen Landtages Mag. Gerhard Karner und dem Präsidenten außer Dienst Hans Penz, der mit Matthias Rößler diese Kooperation zwischen den Regionen, den Landtagen ja immer wieder sehr unterstützt hat und damit auch den Bezug zu Österreich ganz intensiv hergestellt hat. Herzlich willkommen, Prof. Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung! Er wird uns am Podium mit seiner Expertise – gerade, was die europäische Integration und den Nukleus Europas ausmacht – zur Verfügung stehen. Die Damen und Herren, die dann im zweiten Teil am Nachmittag diskutieren werden, werden zum Teil erst dann eintreffen. Wir werden sie dann begrüßen dürfen.

Ich grüße den Botschafter der Bundesrepublik Dr. Beste, den Botschafter der Slowakischen Republik Mišík und den Botschafter der Ungarischen Republik recht herzlich bei uns. Es zeigt, dass der Diplomatie – die ja schlussendlich die Politik weiterzuführen hat, wenn der Politiker nicht im permanenten Austausch steht – zunehmend eine wesentlichere Bedeutung zukommt, um diese Kooperationen am Laufen zu halten, um diesen Austausch zu intensivieren.

Die Diplomatie hat sich – wie die Politik – ganz wesentlich, gerade in diesem Aspekt, in diesen letzten Jahren geändert. Sie ist für uns eine ganz wesentliche Stütze und Begleitung. Sie ist für beide Partner, Politik und Diplomatie, als wesentliche Ergänzung zu sehen. Schlussendlich freue ich mich über alle Abgeordneten des Sächsischen Landtages, des österreichischen Nationalrates, des Landtages von Niederösterreich und alle anderen Interessierten, die heute gekommen sind, die Journalisten, die Medien und – was uns besonders freut – eine Schulklasse, die zu uns gefunden hat. Schlussendlich geht es um Ihre unmittelbare Zukunft, die Sie auch gestalten werden, in welcher Position auch immer, die Sie dann schlussendlich im Wirtschaftsleben, im kulturellen Leben, im politischen Leben einnehmen, daher begrüße ich die HAK aus Sankt Pölten ganz herzlich und freue mich, dass ihr den Weg nach Wien gefunden habt.

## TRANSKRIPT

Ich glaube, ein Blick zurück zum Begriff Mitteleuropa sollte uns immer wieder auch die Perspektive für das Zukünftige öffnen. Wir dürfen diese Vergangenheit aber nicht ausblenden. Churchill hat einmal gemeint, dass der Eisernen Vorhang diesen Kontinent so quasi von der Adria bis zur Ostsee in eine östliche und eine westliche Hemisphäre geteilt hat. Das ist uns alles nicht unbekannt. Was aber das Wesentliche dieser Teilung war: dass die Begrifflichkeit und der Raum Mitteleuropa damit auch nicht mehr möglich waren.

Nach 1945 gab es solche Begrifflichkeiten. Sie gibt es natürlich in staatlicher Hinsicht ohnehin nicht. Wir werden uns noch überlegen müssen, wie wir dieses Mitteleuropa heute definieren und fassen. In der Ausrichtung auf der einen Seite nach Washington und auf der anderen Seite nach Moskau war für die Identität dieser Menschen, die in diesem geografischen Altsiedelraum Europas leben, der immer an den kulturellen Schnittpunkten des Römischen Reiches und letzten Endes der germanischen Völker im Norden gestanden ist, sich immer an einer Wende in der Völkerwanderung zwischen West und Ost bewegt hat und schlussendlich immer in einer großen Dynamik gewesen ist, kein Raum, kein Platz für dieses Mitteleuropa.

In den Achtzigerjahren beginnt es etwas aufzubrechen. Es beginnt nicht in Deutschland aufzubrechen, es beginnt nicht in Österreich aufzubrechen oder in anderen Ländern. Es beginnt gerade in jenen Ländern aufzubrechen, die damals unter kommunistischer Herrschaft gestanden sind. Es kommen die Intellektuellen, es kommen die Kulturtreibenden. Für Literaturfreunde ist Milan Kundera sicherlich kein Unbekannter. Er hat sich damals schon mit dieser Begrifflichkeit auseinandergesetzt, er hat Mitteleuropa natürlich nicht als Staat verortet, aber als eine Kulturgemeinschaft, als einen Schicksalsraum verstanden, und er hatte für die Menschen, die gerade unter der Diktatur gelitten haben, eine Perspektive

Diese Perspektive hat sich damals auch in Österreich intensiv wiedergespiegelt. Sie wurde von einzelnen Protagonisten in Österreich aufgenommen, diese waren sehr stark im Dialog mit den Dissidenten, mit den Charta-Leuten aus der Tschechoslowakei damals, die ganz wesentlich auch in Kontakt getreten sind mit Polen, mit Ungarn und damit etwas geformt haben, das wir heute noch als einen Gedankenraum sehen können. Dieses Mitteleuropa des Kundera hatte keine Grenzen. Es war ein imaginärer Raum, es war auch nicht definiert. Es war definiert als eine Einheit einer gemeinsamen kulturellen Vergangenheit, es war definiert als ein Interessensraum.

Da war die Neutralität Österreichs sicherlich eine Möglichkeit, zu manifestieren, dass es zwischen den Blöcken des Westens und des Ostens auch noch etwas anderes geben könnte. Es war damals aber nicht ein Österreich, das an die Monarchie erinnern sollte, sondern es war ein Österreich, das zwischen diesen Strukturen auch seine eigene Identität fand, mit allen wechselhaften Situationen, mit allen Brüchen und mit einer – schlussendlich noch nicht in dieser heutigen Form, wenn wir zurücksehen – österreichischen Identität, wie wir sie heute sehen.

Das Jahr 1989 bringt dann sehr schnell etwas, das wir seither nicht mehr erlebt haben: einen Jubel, einen Aufbruch, einen Zukunftsoptimismus, der – das muss ich neidlos zugeben – auch mich damals ungeheuer angesteckt hat. In den Achtzigerjahren gab es eine ungeheuer spannungsgeladene Diskussion zwischen Ost und West in den Fragen der Nachrüstungsbeschlüsse.

Dann schlussendlich, als man eigentlich schon gemerkt hat, dass diese Blöcke mit dem Fall des Eisernen Vorhangs erodieren, der gerade in Österreich, in Ungarn eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat, als Menschen aus der DDR schlussendlich über die Tschechoslowakei nach Ungarn gekommen sind, mit dem Paneuropäischen Picknick das erste Mal die Struktur gespürt haben, da verändert sich etwas, dieser Raum gehört

## TRANSKRIPT

uns, es ist ein gemeinsamer Raum, waren auch viele Österreicher in ganz besonderer Art und Weise mit einem Optimismus beseelt, der uns früher nicht so zu eigen war.

Ich erinnere mich noch an die Situation des Jahres 1968, als russische Truppen in der Tschechoslowakei einmarschiert sind und auf einmal eine ungeheure Angstwelle in Österreich spürbar gewesen ist. 1989, 20 Jahre später: ein Aufbruch in die Zukunft, wie wir ihn schon lange nicht gehabt haben.

15 Jahre später schreibt Francis Fukuyama – Sie kennen den amerikanischen Politologen – „Das Ende der Geschichte“, der Liberalismus und die Marktwirtschaft haben gesiegt. Damit hat man geglaubt, man geht zur Tagesordnung über und sieht sich in einer großen gesamtheitlichen Situation wieder. Heute stellen wir fest: Das stimmt nicht. Es tun sich neue Bruchlinien auf, es tun sich neue Strukturen auf, die wir uns in dieser Zeit – 2005, 2004 oder zuvor – eigentlich gar nicht erwartet haben. Mit dieser Euphorie ist es auch schon etwas ruhiger geworden. Wir haben eine Situation in der Europäischen Union, nicht nur in der Europäischen Union, sondern auch darüber hinaus, wo sich dieses Europa nicht nur zweier großer Machtblöcke – China und USA – gegenüber sieht, sondern auch damit konfrontiert sieht: Wo ist seine Zukunft? Die Frage, die auch die Europäische Union in der Zukunftskonferenz thematisieren möchte, ist ja gerade dieser Ausdruck des Überlegens bis hin auch zu einem Zweifeln: Wie geht es in Europa weiter? – Diese Bruchlinien und diese Veränderungen tauchen auch entlang alter Grenzen auf.

Mich hat interessiert, wie das Wissenschaftler aus diesen Ländern, die 2004 und 2005 zur Europäischen Union gekommen sind, sehen. Der bulgarische Politologe Krastev spricht von einer kollektiven Erfahrung, die zwischen den Ländern, die unter kommunistischen Diktaturen leben mussten, und Ländern, die sich in einer demokratischen Struktur entwickelt haben, ganz anders verlaufen ist. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Ich selbst habe in meiner seinerzeitigen Funktion als Innenminister sehen müssen, wie im Europäischen Rat ganz andere und unterschiedliche Zugänge zu ein und demselben Thema gefunden wurden: bei der Frage der Migration, bei der Frage der Funktion der Europäischen Union in Brüssel, bei der Frage: Wie bringen wir ein Europa zweier Geschwindigkeiten weg? Wie können wir die Länder, die nicht diesen Entwicklungsmotor hatten, an den Durchschnitt heranführen? Zu diesen Themen gab es jeweils sehr unterschiedliche Ansätze. Man hat das damals meist unter den Tisch gekehrt und hat sich auf eine gemeinsame Deklaration am Ende der Räte geeinigt. Das war aber immer nur ein Minimalkompromiss.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Es gibt eine unterschiedliche demografische Entwicklung in den Regionen Europas. Es gibt, und darin orte ich einen der zentralsten Unterschiede, eine unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklung. Wir haben heute in Österreich ein Freiwilligenwesen, bei dem sich 50 Prozent unserer Landsleute in Freiwilligenorganisationen wiederfinden – vor allem im Kulturbereich, im Sozialbereich und im Unterstützungsbereich, sprich Feuerwehren und andere Einrichtungen –, während andere Länder und Regionen nicht einmal 10 oder 20 Prozent an Freiwilligenorganisationen zustande bringen. Das macht auch etwas mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Schlussendlich ist es der lange Schatten der Geschichte.

Wir spüren das in Österreich genauso, gerade in diesen Tagen, in denen wir der Reichspogromnacht gedenken, wie wir die Geschichte nach 1945 – nicht von 1938 bis 1945, sondern von 1945 bis heute – nicht aufgearbeitet haben. Wie geht es dann jenen Leuten, die noch 1989 in der Diktatur leben mussten? Das waren nicht die Großeltern, das waren vielleicht Sie selbst noch als Repräsentanten, wie wir dann heute von den Kollegen hören werden. Das waren die Eltern, das waren Leute, die auch jetzt noch ganz aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben, die das noch über die epigenetische

## TRANSKRIPT

Verantwortlichkeit mit sich führen. Es ist ganz entscheidend für den Denkprozess, das auch verstehen zu lernen. Da sollten wir gerade betreffend die lange Zeit, in der sich ganz andere Strukturen entwickeln konnten, darüber reflektieren, was das heißt, und nicht gegeneinander und miteinander vorbeireden.

Letzten Endes hat sich gezeigt, dass die Europäische Union immer so ein Leitbegriff war. Wir erleben es ja gerade in einem weiteren Prozess: Jetzt, wenn wir daran gehen und uns bemühen, die Ex-Balkanländer, die noch nicht bei der Europäischen Union sind, an die Europäische Union heranzuführen, sehen wir, dass dieser Prozess für die Länder dort eine Lösung ihrer Probleme verheißt. Da der Prozess schon so lange dauert, zweifeln manche in diesen Ländern des Balkans auch, dass die Europäische Union eine Lösung für sie wäre. Daher spüren wir dort ein Hinwenden zu anderen Polarisierungen weltpolitischer Natur. So geht es natürlich auch den Ländern, die nach 2004 zur Europäischen Union gekommen sind. Der Enthusiasmus über die Europäische Union ist oftmals einer sehr ambivalenten Haltung ihr gegenüber gewichen. Beharrungen und Standpunkte, die aus unserer Sicht manchmal vielleicht nicht verständlich sind, werden dort angenommen, wo es darum geht, ein gegenseitiges und ein wechselseitiges Verständnis herbeizuführen.

Dann kam die Pandemie: Sie hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, was Europa ist und was es nicht ist. Können Sie sich noch erinnern, als die Grenzen zu Deutschland vollkommen zu gewesen sind? Als die Lastwägen mit den Hilfsgütern in Bayern gestanden sind und nicht nach Österreich durchgekommen sind? Können Sie sich noch erinnern, als es darum gegangen ist, Impfkontingente aufzuteilen? Das ist alles nicht sehr lange her. Unser Gedächtnis ist meistens davon getrieben, sich mit Aktuellem auseinanderzusetzen und das schnell zu vergessen. Wir sollten uns aber bewusst sein, dass dieses Europa schlussendlich nicht ein gemeinsames Ganzes ist, das immer an einem Strang zieht. Zu sehr sind die Menschen in ihren Regionen, ihren Heimaten durch eine lange Geschichte verwurzelt. Da ist Europa gänzlich anders als alle anderen Kontinente. Das sehe ich nicht als eine Gefahr, sondern als eine Chance. Ich sehe es als eine Chance, aus diesen Regionen Europas dieses Europa immer wieder neu zu formieren und neu zu erklären. Das hat das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag in den vergangenen zehn Jahren immer wieder gemacht.

Ich gratuliere euch zu dieser Initiative und ich erwarte mir von der heutigen Diskussion den einen oder anderen Impuls, denn wir können Mitteleuropa nur dann fassen, wenn wir ohne Probleme in Tschechien, in Polen, in Österreich, in Liechtenstein, in Slowenien, in der Slowakei arbeiten können, und zwar ohne Einschränkungen der Natur, dass ich permanent unterschiedlichste Regulierungen zu beachten habe. Wir können Mitteleuropa nur dann fassen, wenn es so wie im Sommer selbstverständlich ist, dass die Feuerwehr aus Österreich den Kollegen in Mähren hilft, ohne zu fragen, ohne zu überlegen: Brauche ich dazu eine gesetzliche Regulierung? – Eine gesetzliche Regulierung, die wir in der Frage des Notrufes oder des Alarmierungswesens bis heute nicht geschafft haben. Das sollte uns bewusst sein. Daran sind schon andere regionale Kooperationen gescheitert: Ich denke zum Beispiel an den Raum um Lüttich beziehungsweise an den Raum um Aachen, wo man in den Sechzigerjahren mit großer Euphorie begonnen hat, und heute feststellt, dass der Rettungswagen aus Belgien eben nicht einen Menschen nach Deutschland transportieren kann.

Das heißt, wir werden uns ganz einfach nur dann als Mitteleuropäer fühlen, wenn wir diese Regulierungen nicht beachten. Wir werden uns dann als Mitteleuropa fühlen, wenn wir unseren kulturellen Raum sehen, wenn wir unsere gemeinsame Geschichte sehen, aber vor allem, wenn wir uns austauschen. Zu diesem Zweck sind Sie heute gekommen, das freut mich.

## TRANSKRIPT

Ich begrüße Sie noch einmal herzlich in unserem Ausweichquartier. Ich hätte Sie gerne im wieder bezugsfertigen Parlament, das wir seit den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts haben, begrüßt, aber das kann ja dann beim nächsten Mal passieren. So müssen Sie im ursprünglichen Ballsaal der kaiserlichen Familie das Auslangen finden. Ich kann Ihnen versichern: Es wird hier nicht immer nur getanzt und übermütig agiert, sondern wir haben nächste Woche eine harte Budgetwoche, und da ist alles anders, als es dem ursprünglichen Nutzen dieses Saales geschuldet gewesen wäre. In diesem Sinne noch einmal einen herzlichen Gruß und ein herzliches Dankeschön fürs Kommen!  
(Beifall.)

**Gerald Schubert:** Herzlichen Dank, Herr Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

Ich bitte Matthias Rößler, den Präsidenten des Sächsischen Landtags und den Initiator des Forums Mitteleuropa, um seine Begrüßungsworte. – Danke.

**Matthias Rößler (Präsident des Sächsischen Landtages):** Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Wolfgang Sobotka! Verehrter Herr Minister Dr. Gulyás! Meine Herren Botschafter und Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Korps! Sehr geehrte Abgeordnete des Nationalrates und des niederösterreichischen Landtages! Lieber Kollege Karner! Lieber Hans Penz! Liebe Abgeordnete des sächsischen Landtages! Liebe Kuratorinnen und Kuratoren des Forums Mitteleuropa! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Es ist mir eine außerordentliche Freude und Ehre, Sie hier in Wien im Parlament der Republik Österreich willkommen zu heißen.

Lieber Wolfgang Sobotka, haben Sie vielen herzlichen Dank für die Möglichkeit, dass wir das Forum Mitteleuropa hier tagen lassen können. Sie haben es ja schon in Ihrer einleitenden Ansprache zum Ausdruck gebracht, wie viele Themen wir Mitteleuropäer haben, wie viele spezifische Fragen sich uns stellen, die vielleicht so oder ähnlich in anderen Teilen unseres Kontinents kaum eine Rolle spielen. Genau solche Aspekte hat sich das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag von Anbeginn an auf die Fahnen geschrieben. Es begeht in diesem Jahr sein zehntes Jubiläum. Im September 2011 haben wir uns in Dresden gegründet. Unverändert trägt uns das Ziel, mitteleuropäische Akzente stärker ins öffentliche Bewusstsein Europas zu heben. Das Forum möchte in Mitteleuropa Bande des geistigen Austausches und der Verständigung knüpfen. Wir wollen uns besser verstehen lernen und wir möchten dazu beitragen, Mitteleuropa jenen zu vermitteln, die im geteilten Europa eben eine andere Geschichte erlebt haben als wir.

Dass eine Initiative wie das Forum Mitteleuropa von Sachsen ausgeht, hat historische ebenso wie aktuelle Gründe: Sachsen hat – das löst manchmal Verwunderung aus, aber dazu stehen wir – immer zu Mitteleuropa gehört und über Jahrhunderte den mitteleuropäischen Raum mitgeprägt: politisch, wirtschaftlich und vor allem – das ist besonders viel wert, glaube ich – kulturell. Nach der langen Zeit zweier Diktaturen kehrte der Freistaat Sachsen 1990 sozusagen in die Geschichte zurück, in die Demokratie zurück. Das war zugleich eine Rückkehr nach Mitteleuropa.

Mit den anderen Ländern Mitteleuropas verbindet uns der Freiheitskampf im Jahr 1989, als sich die Völker im Herzen des Kontinents selbst aus der Unterdrückung befreiten. Die damit untrennbar verbundene Rückkehr nach Europa ist seither unser Auftrag, denn zu ihm gehören ja unverbrüchlich Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese einzigen Ziele der mitteleuropäischen Bürgerbewegung sind und bleiben für uns der gangbare Weg im Europa des 21. Jahrhunderts.

Heute ist Sachsen eine Brücke nach Ost- und Mitteleuropa und wir pflegen offenen Herzens ein enges Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn. Dialog und Kooperation stehen da an vorderster Stelle. Wir wissen, was in den Völkern und in den Ländern Mitteleuropas seit 1990 aus eigener Kraft, aber auch mithilfe europäischer Solidarität

## TRANSKRIPT

geschaffen wurde. Dieser Leistung gebührt eben höchste Anerkennung. Wir kennen aber auch die daraus resultierenden Probleme und die Missverständnisse im Ost-West-Verhältnis, die, so scheint es fast, nicht kleiner werden. Wir müssen alles daran setzen, diesen Erfolgsweg in Europa gemeinsam weiterzugehen.

Die Erweiterung der Union in Richtung Osten und Südosten hat die Wesenheit des europäischen Staatenverbundes verändert, was übrigens viele im Westen nicht so sehen wollen oder können. Das heißt aber auch: Mitteleuropa profitiert nicht nur von der Europäischen Union, es steht auch mehr denn je in der Verantwortung für Europa. Die einzig richtige Devise lautet dabei Europa gestalten. Das vereinte Europa ist im ureigenen Interesse unserer Völker, und wenn wir aus den Jahrhunderten eine Lektion für immer und ewig gelernt haben sollten, dann ist es eben diese.

Unser Ministerpräsident Michael Kretschmer verdeutlichte vor wenigen Wochen beim 30. Jubiläum unseres Verbindungsbüros in Brüssel, der sogenannten Sachsenvertretung, wie sehr Sachsen in einem geeinten Europa profitiert hat. Die Unterstützung für unzählige Projekte, für Forschung, Innovation und Infrastruktur hat seit 1990 ganz entscheidend dabei geholfen, unseren Freistaat voranzubringen und wieder zu einem erfolgreichen Forschungs- und Industriestandort zu entwickeln.

Hinzukommen die gar nicht zu beziffernden Vorteile des europäischen Binnenmarktes, der gefallenen Grenzzäune, des kulturellen und zwischenmenschlichen Austausches in Europa, des Friedens und der Versöhnung. Wollen wir das ernsthaft aufs Spiel setzen? Glaubt irgendeiner von uns, irgendein Staat oder ein Volk in Europa, man stünde besser allein, oder man stünde besser an der Seite Russlands oder Chinas, wenn ich das zuspitzen darf?

Die Realität in Europa ist aber seit Jahren nicht leicht, sie ist schwer. Unlösbar scheinende Konflikte stehen im Raum bei den Reformen der Migrations- und Asylpolitik, bei der Bekämpfung des Klimawandels, bei der Suche nach außenpolitischer Souveränität oder im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Mitgliedstaaten. Überlagert wurde und wird dies von der über die Welt und Europa hereingebrochenen Coronapandemie. Sie konfrontiert uns mit vollkommen ungekannten Problemen, zeigt aber auch, dass es bei vielen Dingen eigentlich nur einen gemeinsamen europäischen Ausweg gibt. Eine Desintegration wie beim Brexit darf sich in Europa nicht wiederholen. Europa muss für jeden Mitgliedstaat immer die beste Wahl darstellen. Das sollten wir unbedingt beachten, wenn zum Beispiel gegenwärtig das Wort vom Pölexit die Runde macht. Ich finde, alleine der Gedanke daran ist fürchterlich, und ganz besonders fürchterlich wäre das für uns im Osten Deutschlands, die wir gerade von der Peripherie in die Mitte gerückt sind.

Wir wissen, und das kennen die Sachsen wie die Österreicher mit ihrem Verständnis für Mitteleuropa besonders gut, dass viele in Mitteleuropa den gegenwärtigen Weg der Europäischen Union skeptisch betrachten. Sie meinen, die Union entferne sich immer mehr von ihren ursprünglichen Ideen. Sie meinen, die EU agiere losgelöst vom Alltag und den Erfahrungen der Menschen vor Ort und riskiere damit ihren Fortbestand. Viele können eher einem Europa vitaler Nationalstaaten, das sich im Wesentlichen darauf konzentriert, den Binnenmarkt, den Außenhandel und den äußeren Grenzschutz zu organisieren, etwas abgewinnen. Sie sehen die EU eher als Markt und weniger als Wertegemeinschaft.

In seinem Buch „Europas geteilter Himmel“ beschreibt der Journalist Norbert Mappes-Niediek das dahinterliegende Phänomen. Der Westen trumpft auf, der Osten reagiert widerstrebend. Der eine greift an, der andere wehrt sich zaghaft, aber wirkungsvoll. Der eine erhebt Anspruch auf die Anerkennung seiner allgemein gültigen Wahrheit, der andere erhebt Anspruch auf seine Besonderheit. Wie immer der Weg am

## TRANSKRIPT

Ende aussieht, in jedem Fall muss sich Europa im Osten, im Westen, im Süden, im Norden darüber einig sein. Es ist wie im wahren Leben, Streitphasen sind wichtig, aber sie müssen gelöst werden hin zur Stabilität. Was wir in Europa brauchen, das ist eine unbedingte Stabilität der Systeme – ob Finanzen, Bildung, Wirtschaft, Gesellschaft oder Staat. Instabilitäten sind Gift für das europäische Projekt.

Die Coronapandemie hat diese Instabilitäten miterzeugt, und es besteht unverändert die Gefahr, dass sich in Europa eine Vertrauenskrise erhärtet. In einer Welt, die zunehmend von der Rivalität zwischen China und den Vereinigten Staaten bestimmt ist, muss Europa gemeinsam agieren und darf sich weder von außen noch von innen auseinanderbringen lassen, denn die universelle Anziehungskraft der freiheitlichen Demokratie, so hat es jüngst Ivan Krastev, der schon zitiert wurde, noch einmal auf den Punkt gebracht, wird durch den gleichzeitigen Aufstieg des nationalistischen Autoritarismus insbesondere auch von außerhalb der EU infrage gestellt. Beides ist ungemein gefährlich für unsere Gemeinschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Konferenz will eben verschiedene Perspektiven aufzeigen. Der Konferenztitel: „Wie weiter in Europa?“, ist eine Frage, die zwei eherne Voraussetzungen umfasst: erstens, es geht **weiter** in Europa, zweitens, es geht weiter **in** Europa. Das wie, das ist variantenreich und offen zu beantworten. Wir wollen heute davon möglichst viel hören. Am Vormittag widmen wir uns dem Umgang mit der Pandemie in Europa und in Mitteleuropa ebenso wie dem europäischen Weg danach, und am Nachmittag richten wir den Blick auf den allgemeinen Zustand Europas und darauf, welchen Perspektiven respektive Herausforderungen es sich in den kommenden Jahren gegenüber sieht. Welche strategische Agenda sollte die EU aus Sicht der Länder Mitteleuropas künftig verfolgen? Wie lässt sich die EU in diesem Sinne auch aus mitteleuropäischer Sicht nachhaltig weiterentwickeln? Wie geht Europa mit dem Wandel in der Welt um? Wie begegnet es der globalen Machtverschiebung hin zum Osten, weg vom Westen?

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf die Antworten und freue mich auf eine aufschlussreiche Konferenz. – Vielen Dank, dass wir heute hier sein dürfen. *(Beifall.)*

**Gerald Schubert:** Herzlichen Dank, Matthias Rößler.

Ich habe jetzt eine Regieanweisung zu geben. Es gibt ein Foto von uns allen und ich wurde gebeten, Sie in der ersten Reihe zu bitten, vielleicht vor Ihr Pult zu treten, sich da vorne hinzustellen, also genau nur erste Reihe von Prof. Kühnhardt bis zu Minister Gulyás – wenn Sie so nett sind und sich da nach vorne stellen. Das war die Bitte, die an mich herangetragen wurde. Alle anderen sollten sich bitte ein bisschen in die Mitte bewegen, damit der Fotograf Sie möglichst gut draufkriegt. – Danke schön.

Ja und die hinteren Reihen sollten bitte aufstehen. Die Herrschaften, die draußen stehen, vielleicht auch. Sie müssten alle mehr in die Mitte kommen. Ich glaube dieses Segment ist dann sonst gar nicht mehr drauf. Die Schüler bitte irgendwie am besten ganz in die Mitte. So ein bisschen ein breiterer Winkel als bei normalen Selfies – aber so ganz breit ist er auch wieder nicht.

\*\*\*\*\*

*(Es wird ein Foto gemacht.)*

\*\*\*\*\*

Danke schön. So, und während Sie sich alle zu Ihren Plätzen zurückbewegen, darf ich jetzt ankündigen, es gibt noch, bevor wir dann mit dem ersten Panel beginnen, wo es



## TRANSKRIPT

wie gesagt hauptsächlich um Corona und die unmittelbaren und etwas längerfristigeren Nachwirkungen gehen wird, ein Statement, und zwar vom Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič. Er kann heute leider nicht hier sein, aber er hat uns ein Videostatement geschickt. Das möchten wir uns jetzt noch kurz ansehen, bevor wir dann richtig in den Vormittag einsteigen. – Danke.

\*\*\*\*\*

*Es folgt eine Videoeinspielung:*

**Maroš Šefčovič (Vizepräsident der EU-Kommission):** Guten Morgen! Zunächst einmal darf ich mich entschuldigen, dass ich heute nicht persönlich bei Ihnen sein kann. Ich danke den Organisatoren, dem österreichischen Nationalrat und dem sächsischen Landtag, für die Einladung. Ihre Konferenz kommt zum richtigen Moment; die Konferenz, die sich die Frage stellt „Wie weiter in Europa?“ Wir leben in nie dagewesenen Zeiten. Europa steht vor vielen schwierigen Fragen, von der Pandemie bis zum Klimawandel. Herausforderungen bringen aber auch Chancen mit sich. Durch die Erholung von der Pandemie gibt es nie dagewesene Chancen, um unsere langfristigen strategischen Ziele hin zu einer grünen digitalen und fairen Welt zu erreichen. Um diese Anstrengungen zu unterstützen, müssen wir auch unsere Vorsorgemaßnahmen und die vorausschauende Politikgestaltung stärken.

Da hat strategisches Vorausschauen eine Schlüsselrolle. Ich bin der erste europäische Kommissar, der ganz konkret mit diesem Thema beauftragt wurde. Ich bemühe mich, die strategische Vorausschau in die europäische Politikgestaltung einzubetten. Ich möchte heute einige der Aktivitäten erwähnen, die wir unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen. 2020 hat die Kommission ihren ersten Bericht zur strategischen Vorausschau verabschiedet, mit dem Fokus auf Widerstandsfähigkeit als neuem Kompass für die Politikgestaltung und Grundlage für unsere ehrgeizigen Ziele. Im Bericht 2021, der im September verabschiedet wurde, konzentrierten wir uns auf die geopolitische Dimension der Resilienz. Wir haben uns gefragt, was wir brauchen, damit wir die offene strategische Autonomie Europas auf die nächste Ebene heben können. Wir haben dafür vier globale Megatrends identifiziert, die die offene strategische Autonomie der EU im nächsten Jahrzehnt beeinflussen werden.

Zunächst Klimawandel und andere Umweltherausforderungen: Die Klimaerwärmung führt zu extremen Wetterphänomenen und Problemen für die Lebensmittel- und Wasserversorgung. Im Sommer gab es wieder schreckliche Überschwemmungen und Waldbrände.

Zweitens, digitale Hyperkonnektivität und der technologische Wandel: Ganze Bereiche der Gesellschaft, der Wirtschaft, Arbeitsplätze, der Industrie, die Regierungen werden sich ändern. Zum Beispiel werden 50 Prozent der derzeitigen Arbeitsplätze weltweit bis 2050 möglicherweise automatisiert sein. Gleichzeitig werden neue Arbeitsplätze entstehen, zum Beispiel Green Jobs. Dafür werden wir neue Qualifikationen benötigen.

Drittens, Druck auf die Demokratie und unsere Werte: 2020 war es so, dass 34 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern lebten, in denen die demokratische Regierungsführung im Abnehmen begriffen war. Nur 4 Prozent leben in Ländern, die in diesem Zeitraum demokratischer wurden.

Und schließlich Änderungen in der Weltordnung und der Demografie: Die EU-Bevölkerung nimmt ab und altert. Die Bevölkerung des südlichen Afrika soll sich hingegen bis zur Mitte des Jahrhunderts verdoppeln. 50 Prozent davon sind jünger als 21. China wird die größte Volkswirtschaft werden, und zwar noch vor Ende dieses

## TRANSKRIPT

Jahrzehnts. Indien wird möglicherweise die EU in Sachen BIP in den nächsten 20 Jahren überholen.

Angesichts dieser Megatrends hat der diesjährige Bericht zehn Bereiche für Maßnahmen herausgestrichen, die die europäische Autonomie stärken können. Dazu gehören verschiedenste Themen: von Energieunabhängigkeit und kritischen Rohstoffen hin zum Setzen von Standards, zur Sicherheit, Verteidigung und Weltraumpolitik. Auch grüne und digitale Qualifikationen, ein grundlegender Bereich für die Zukunft, gehören dazu. Vor allem für die jungen Menschen ist dies wichtig. Der grüne Wandel wird bis zum Jahr 2030 fast eine Million neue Arbeitsplätze schaffen, und zwar auf allen Qualifikationsebenen. Zum Beispiel im Energiesektor erwartet man sich, dass bis 2050 75 Prozent der Beschäftigten manuelle Tätigkeiten übernehmen werden und Techniker sein werden.

Diese Chancen bestmöglich zu nutzen bedeutet allerdings auch politisch tätig zu werden, den Übergang zu neuen Arbeitsformen zu unterstützen bedeutet auch Regionen und Beschäftigte in Sektoren zu unterstützen, die diesem Wandel unterworfen sind. Um einen richtigen Mix aus politischen Maßnahmen, Anreizen und Rahmenbedingungen, genau darum geht es bei strategischer Vorausschau. Man muss operativ tätig werden und die Politikgestaltung aktiv managen.

Für die Zukunft müssen wir uns aber auch neue Trends ansehen. Die Kommission wird gleichzeitig die strategische Vorausschau in der Politikgestaltung weiter nutzen, damit wir unsere Ziele erreichen können. Dazu gehört auch die Kooperation mit den Mitgliedstaaten, um auch deren nationale Vorausschaukapazitäten auszubauen. Das neue Netzwerk der Zukunftsminister in der EU ist das Hauptforum dafür. Diesbezüglich freue ich mich, dass die österreichische Zukunftsministerin nächste Woche an der Espas-Konferenz teilnehmen wird. Dabei werden wir die Gelegenheit haben, die nationalen Vorausschaukapazitäten und langfristigen Strategien gemeinsam mit dem Premierminister Litauens und den Zukunftsministern aus Griechenland und Spanien zu diskutieren.

Wir haben auch damit begonnen, an einem Bericht für die strategische Vorausschau 2022 zu arbeiten. Dabei wird es um die grüne und digitale Transition gehen, mit einem Fokus auf neuen Technologien. Wir müssen auch die Zusammenarbeit innerhalb der EU stärken. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist hierfür ein ausgezeichnetes Beispiel, was wir auf europäischer Ebene neu gestalten können und wie wir auch die Bürger miteinbinden können.

Ich komme zum Ende: Ich begrüße die langfristige Perspektive der heutigen Konferenz und ich wünsche Ihnen allen einen interessanten und nützlichen Austausch. – Vielen Dank.

\*\*\*\*\*

**Gerald Schubert:** Wir danken auch. Das war Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Europäischen Kommission, der aus der Slowakei stammt. Er hat einige Themen angesprochen, die glaube ich am Nachmittagspanel dann zur Sprache kommen können, Klimawandel, digitale Transformation, Demokratie und Werte, demographischer Wandel.

Jetzt wollen wir in unser Coronathema einsteigen: „Europa nach der Pandemie“. Ich würde Herrn Minister Gergely Gulyás bitten, der Minister im Amt des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn, ein Impulsreferat für uns zu halten. – Danke schön.

**Impulsreferat: „Europa nach der Pandemie“****Gergely Gulyás (Minister im Amt des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn):**

Sehr geehrter Herr Präsident Sobotka! Herr Präsident Rößler! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! So, das Coronathema bedeutet gar nicht, dass ich über die Pandemie sprechen werde. Der Titel ist gegeben, Europa nach der Pandemie und ich denke, dass wenn wir diese Frage wie unser Europa nach der Pandemie aussehen soll beantworten möchten, müssen wir eine Vorfrage stellen. Was für ein Europa wollen wir überhaupt haben? Ein Impulsreferat gibt die Möglichkeit, Fragen zu stellen und dann können wir wieder im Gespräch alle Fragen beantworten. Deshalb ist das nur zum Teil meine Aufgabe, auf alle Fragen zu antworten, aber das ist wirklich eine der wichtigsten Fragen heutzutage in Europa, was für ein Europa wir überhaupt wollen.

Wir wollen ein Europa behalten, das auf Mitgliedstaaten basiert, das übrigens schon seit der Gründung der Europäischen Union besteht. Wir wollen ein Europa aufrechterhalten, das, wie es Theodor Heuss, der erste deutsche Bundespräsident nach dem Zweiten Weltkrieg, formulierte, auf den Grundwerten der griechischen Philosophie, des römischen Rechts und den Grundwerten des Christentums beruht.

Ich denke, heutzutage gibt es in Europa viele politische Debatten und auch gemeinschaftliche Unterschiede. Deshalb gibt es viele Fragen, die wir nicht ähnlich beantworten werden. Es gibt Länder in Europa, die sich von dieser Tradition entfernen möchten oder sich bereits unumkehrbar entfernt haben. Wenn wir hier in Mitteleuropa miteinander sprechen wollen, müssen wir auch sehen, dass wir eine mitteleuropäische Identität haben und die Mehrheit dieser Fragen werden in dieser Region gleich oder ähnlich beantwortet. Deshalb können wir natürlich die Einheit der Union nur dann aufrechterhalten, wenn diese bestehenden Unterschiede keine unüberwindbaren Hürden für eine zukünftige Zusammenarbeit darstellen. Dafür, und das ist vielleicht das wichtigste, muss man tolerant bleiben.

Zu Toleranz gehört aber auch, dass wir akzeptieren können, dass andere anders über die Welt, anders über den Begriff der Familie, anders über die Einwanderung, anders über die Parallelgesellschaft, vielleicht auch anders über den Begriff der Ehe denken. Zwar bin ich mit denen nicht einverstanden, die eine von unserem Standpunkt sich abwendende Stellung einnehmen, jedoch sehe ich es nicht als meine Aufgabe, die in einem anderen Staat beschlossenen, im Gegensatz zu unseren Werte stehenden, Beschlüsse zu beurteilen. Im Gegenzug erwarten wir dies im Sinne der so oft genannten Toleranz auch für unsere Beschlüsse und Entschuldigungen. Wenn wir eine gut funktionierende EU sein möchten, müssen wir natürlich die gemeinsamen Gebiet bestimmen, wo wir gemeinsame Politik führen, und natürlich das wichtigste bei dieser Rollenverteilung sind die Verträge, denen wir folgen müssen.

Meine Damen und Herren, unser gemeinsames Ziel ist die Europäische Union zusammenzuhalten, aber dies muss so erreicht werden, dass wir Unterschiede und Vielfalt bewahren. Auch die alten Mitgliedstaaten müssen zum Beispiel akzeptieren, dass sich Mitteleuropa nicht in jeder Hinsicht an die sogenannte westliche gesellschaftliche Entwicklung angepasst hat und es auch nicht tun will. Diese Widersprüche werden nur dann keine Hindernisse für unsere Zusammenarbeit bedeuten, wenn wir klar beschreiben können, in welchen Punkten wir mehr Europa, also eine tiefere Integration benötigen, und wenn wir klar definieren können, in welchen Punkten wir bereits jetzt weitergegangen sind, als es nötig gewesen wäre.

Ich möchte nur einige Beispiele erwähnen: Die ungarische Regierung war vielleicht die erste, die schon vor mehr als zehn Jahren über die Notwendigkeit europäischer Einsatzkräfte gesprochen hat, und ich denke auch, dass es eine nötige Aufgabe ist. Wenn Europa nicht nur im politischen Sinne eine größere Bedeutung haben möchte,

## TRANSKRIPT

dann müssen wir auch europäische Einsatzkräfte haben. Wir sehen auch die Entwicklungen in der Welt der sozialen Medien. Wenn wir gute Regelungen in diesem Bereich erreichen möchten, dann ist das eine gemeinsame europäische Aufgabe. Wo ist die Grenze der Meinungsfreiheit? Wie können wir gemeinsame Steuerregelungen gegen die größten Social-Media-Unternehmen einhalten lassen? Diese Frage und diese Aufgabe sind gemeinsame und ungelöste Aufgaben der Europäischen Union.

Ich denke zum Beispiel nicht, dass wir in Europa über die Migration eine gemeinsame Stimmung ausbauen können, weil wir haben einen anderen geschichtlichen Hintergrund und andere gesellschaftliche Meinungen in diesem Bereich.

Wir haben das Glück, dass es die Verträge der EU gibt, die sagen, was in EU-Kompetenz gehört und was nicht. Die Europäische Union kann nur in den Bereichen tätig werden, in denen ihre Mitgliedstaaten sie kraft der EU-Verträge dazu ermächtigt haben. Trotzdem kam es in letzter Zeit wieder vor, dass die Europäische Kommission ihren gesetzlichen Rahmen überschritten hat oder durch schleichende Kompetenzerweiterung schwerwiegende Konflikte ausgelöst hat. Die Europäische Kommission kann es sich nicht erlauben, eine parteipolitische Rolle, aber auch eine politische Rolle zu spielen, die Kommission muss die Hüterin der Verträge bleiben. Der langfristige Erfolg der europäischen Zusammenarbeit hängt von unserer Fähigkeit ab, die Themen, auf die wir uns einigen müssen, und die Verpflichtungen, die alle von uns erfüllt werden müssen, klar zu identifizieren und zu definieren. Darüber hinaus ist die Anerkennung der Tatsache wichtig, dass wir uns in zahlreichen Fragen vielleicht nicht einig sind – jedoch müssen wir nicht in allen Fragen einen gemeinsamen Standpunkt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir über die Zukunft Europas sprechen, dann müssen wir erwähnen dass es nicht obligatorisch ist, immer alles zu loben, und, das ist auch sehr, sehr wichtig, dass alle Klubmitglieder das Recht haben, über die gemeinsamen Regelungen der Klubs zu bestimmen. Die letzten Jahre zählen nämlich nicht zu der erfolgreichsten Periode der europäischen Zusammenarbeit. Die Gemeinschaft konnte die großen Krisen der letzten Jahrzehnte, wie die Wirtschaftskrise oder die Migrationskrise, nicht effektiv bewältigen, reagierte erst spät, und versuchte diejenigen als schlechte Europäer darzustellen, die übrigens eine nützliche und gute Antwort auf Grundlage der geltenden europäischen Verträge geliefert haben.

Zum Beispiel kann ich hier den Außengrenzschutz erwähnen: Nach der Erweiterung im Jahr 2004 und dem anschließenden Beitritt von drei weiteren Mitgliedstaaten –Bulgarien, Rumänien und Kroatien – gibt es noch Kandidatenländer, die in die Europäische Union aufgenommen werden können. Ich denke, dass wir für die Balkanländer wirklich eine Beitrittsperspektive gewährleisten müssen. Das ist eine Glaubwürdigkeitsfrage für die Europäische Union. Wir können nicht über ein gemeinsames Europa sprechen, wenn wir die Perspektive der Mitgliedschaft für die Balkanregion und für die Länder der Balkanregion nicht geben können.

Es ist auch wichtig, dass wir gute Beispiele der europäischen Zusammenarbeit der letzten Jahre erwähnen: zum Beispiel gegen die Pandemie können wir gemeinsam auftreten und dort konnte die Kommission auch effektive Entscheidungen treffen. Deshalb müssen wir, wenn wir über Krisenmanagement sprechen, korrekt sein. In diesem Fall konnte die Europäische Union vielleicht nicht zu schnell, aber gut und effektiv reagieren.

Wir in Mitteleuropa müssen auch immer und immer wieder über die Wichtigkeit der Wettbewerbsfähigkeit sprechen. Ich denke, wir müssen insbesondere in Richtung Süden die Regelungen der Verträge, die die Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten, immer und immer wieder erwähnen, weil wir in den südlichen Ländern sehr, sehr gefährliche Prozesse sehen, wo die Maastrichtkriterien nicht mehr richtig sind und wo der

## TRANSKRIPT

wirtschaftliche Erfolg und die Maastrichtkriterien gegeneinander stehen, und das ist ein Eingriff, das ist gegen das mitteleuropäische Interesse. Auch mit der gemeinsamen Verschuldung müssen wir sehr, sehr aufpassen. Ich denke, das ist eine nächste Phase der Integration, aber ich bin nicht sicher, dass es nötig und nützlich ist. Und natürlich, wie in Mitteleuropa, können auch die traditionellen Werte Europas in Richtung Westen vertreten werden.

Mit aller Kritik müssen wir aber immer die europäische Gemeinschaft aus einer historischen Perspektive sehen, und diese Gemeinschaft hat grenzenlose Freiheit und Prosperität und Frieden – nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute – gewährleistet. Nach der Wende gab es auch für uns, die mitteleuropäischen Länder, die unter dem Kommunismus so viel gelitten haben, die Möglichkeit, der Europäischen Union beizutreten und damit das bestimmende Schicksal Europas zu beeinflussen.

Europäer müssen heutzutage auch im Weltwettbewerb gemeinsam auftreten. Wir haben schon gehört, wenn wir mit China und mit den Vereinigten Staaten, oder vielleicht in dem einen oder anderen Fall gegen China und die Vereinigten Staaten, unsere Interessen vertreten möchten, ist es nötig, ein gemeinsames Tun zu finden. Deshalb bleibt die europäische institutionelle Zusammenarbeit alternativlos.

Viele kennen vielleicht die Geschichte von Otto von Habsburg, eines ehemaligen hervorragenden europäischen Politikers, Sohn des letzten Kaisers der Monarchie und leidenschaftlichen Fußballfans. Er hat einmal gefragt: Was für ein Fußballmatch gibt es heute Abend? – Die Antwort war: Österreich-Ungarn. Otto von Habsburg hat nachgefragt: Okay, aber gegen wen? – Diese Geschichte ist deshalb wichtig, weil wir müssen es immer wissen, dass wir gemeinsam die Interessen Mitteleuropas gut vertreten können. Wir müssen nur bestimmen, gegen wen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

**Gerald Schubert:** Herzlichen Dank, Minister Gulyás. Ich glaube, jetzt sind wir an dem Punkt angelangt, wo das Podium aufgebaut werden soll. Das konnte vorher aus Platzgründen nicht gemacht werden, und mir wurde erklärt, dass das jetzt schnell und zügig zwischendurch einfach passiert.

Ich darf einstweilen noch eine Ankündigung weitergeben: Ich habe soeben erfahren, dass das Buffet durchgängig geöffnet ist. Damit will ich Sie jetzt nicht auffordern, kollektiv rauszustürmen und etwas trinken zu gehen, aber wer Durst hat oder wer sich eine Kleinigkeit zu essen holen will, der kann das machen. Es muss hier niemand Durst leiden. Trotzdem gibt es dann um 12 Uhr, glaube ich, Sie haben das Programm wahrscheinlich liegen, eine Mittagspause, in der wir dann alle draußen essen und trinken können, aber wenn es drängt, dann gerne auch schon jetzt, das ist überhaupt kein Problem. Hier von Ihrer Seite aus links bei der Tür raus, dann finden Sie gleich das Buffet.

Okay, herzlichen Dank. Ich glaube, wir sind gut vorbereitet. Ich möchte jetzt gerne die Teilnehmer des ersten Panels zu mir aufs Podium bitten. Ich stelle sie dann vor, wenn wir alle hier sind. Ich weiß nicht, ich glaube, Sie können sich setzen, wie Sie wollen. Ich habe jetzt keine besondere Sitzordnung vorgesehen. Ja, das ist ein guter Tipp.

Okay, der ungefähre Ablauf: Also wir haben ein bisschen zeitliche Verzögerung, aber das ist normal bei Konferenzen wie dieser. Wir wollen um 12 Uhr in die Mittagspause gehen.

## TRANSKRIPT

**Podiumsdiskussion: „Europa nach der Pandemie – Aufbruch oder Vertrauenskrise?“**

**Gerald Schubert:** Ich stelle Sie jetzt einmal vor. Ich glaube, Sie müssen ein bisschen früher weg, habe ich gehört, aber ich werde das gleich noch einmal sagen: Also das zu meiner Linken ist Gergely Gulyás, wir haben gerade sein Impulsreferat gehört. Wie gesagt, er ist Minister im Amt des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn, sozusagen Leiter der Staatskanzlei. Er ist auch Abgeordneter der ungarischen Nationalversammlung. Ich glaube, er ist im Zivilberuf Jurist und Rechtsanwalt und auch ehemaliger Dozent für Verfassungsrecht – auch in europäischer Sichtweise kein uninteressantes Thema.

Neben ihm: Ralf Beste, der deutsche Botschafter in Österreich. Er hat einen relativ bunten Lebenslauf. Er hat Geschichte studiert, glaube ich, und war dann Journalist, zunächst Lokaljournalist, dann hat er da einmal die Seiten gewechselt, wurde Pressesprecher des Finanzministeriums in Rheinland-Pfalz, Parlamentskorrespondent der „Berliner Zeitung“ – also wieder Rückkehr zum Journalismus –, er war dann Journalist beim „Spiegel“, ging dann in die Diplomatie. Er war dann 2017 bis 2019 Leiter des Planungsstabs im Auswertigen Amt in Berlin und ist seit 2019 eben deutscher Botschafter in Österreich. Wie gesagt, um 11.45 Uhr muss er weg, weil er um 11.45 Uhr einen Termin wahrnehmen muss. Ich würde vorschlagen, wir gehen ja dann eh ins Publikum. Also wenn jemand von Ihnen Fragen hat, ist das natürlich nachher möglich. Wir werden versuchen, das Ganze so zu timen, dass Sie auch vorher schon zum Zug kommen. Also wer Fragen an Botschafter Beste hat, sollte das dann wahrscheinlich zuerst tun, bevor er dann weg muss.

Ganz außen: Prof. Ludger Kühnhardt, auch ein, nicht auch, aber ein Veteran hier, was die Teilnahme am Forum Mitteleuropa betrifft. Er ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. Er hat als Rheinländer trotzdem gleich mehrere Mitteleuropabezüge über die er Ihnen nachher vielleicht ein bisschen erzählen kann. Vor allem, was interessant ist – wir haben vorher kurz darüber gesprochen –: Prof. Kühnhardts Institut ist auch jenes, das die politischen Vorhaben der verschiedenen europäischen Institutionen regelmäßig einem Monitoring unterzieht, und daher ist er ein Mann, der geeignet ist, uns zu sagen, was denn so von den Plänen in der EU erfolgreich umgesetzt wird, und was ein bisschen weniger.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen dreien, dass Sie zu Gast sind und heiße Sie zunächst einmal herzlich willkommen.

Ich möchte nicht mit einer Art vorgezogenem Schlusswort beginnen, aber vielleicht doch mit einer etwas persönlichen Einschätzung so als Eingangsstatement von jedem von Ihnen, weil das Thema Corona ja viel Verwirrung gestiftet hat. Es sorgt auch für relativ starke Emotionen. Man ist schnell irgendwie in großen politischen Dimensionen, wo es dann auch relativ schnell Streit gibt. Ich habe mir gedacht, vielleicht wäre es ganz interessant, am Anfang von Ihnen einmal so ein persönliches Resümee zu hören: Was hat Sie denn in den ungefähr, wie lange ist es jetzt, eineinhalb Jahren, ein bisschen länger, die die Pandemie uns jetzt schon begleitet, besonders überrascht?

Was hat Sie besonders geärgert vielleicht auch? Was sind Ihre persönlichen Lehren? Was ist das, was Sie zum Stichtag heute mitnehmen und was gibt Ihnen da eine bestimmte Zukunftsperspektive? Gerne auch aus sehr persönlicher Sicht, aber natürlich auch jeweils was Ihren Job als Politiker oder als Diplomat oder als Wissenschaftler betrifft. Ich weiß nicht, Herr Gulyás, vielleicht wollen Sie gleich beginnen.

**Gergely Gulyás:** Das ist eine schwierige Frage, weil das ist auch politisch und persönlich. Natürlich, die letzte ähnliche Pandemie in der Geschichte Europas war die

## TRANSKRIPT

Spanische Grippe zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Keiner von uns war dort, keiner von uns hat ähnliche Erfahrungen. Und wir dachten gar nicht, dass in dem hoch entwickelten 21. Jahrhundert wir noch einmal in einer Situation sein werden, wo wir nicht so leicht miteinander reden können, wie es vorher möglich war, und wo wir nicht so leicht reisen können von Amerika nach Europa und von Europa nach China, wie es in den letzten Jahrzehnten schon Mode war. Das alltägliche Leben wurde so stark beeinflusst, was wir vorher nicht denken konnten. Und die politische Aufgabe war natürlich, eine Balance zu finden, wie der Staat funktionieren kann, und gleichzeitig, wie wir die Pandemie handeln können.

Ich denke, in diesem Bereich konnte Europa ähnliche Lösungen finden. Wenn ich die Staatsentscheidungen, die gegen die Pandemie getroffen wurden, sehe, sehe ich keine großen Unterschiede. Natürlich ist ein anderes Timing, sind auch andere Entscheidungen, aber 90 Prozent der Regierungsentscheidungen waren ähnlich. Die größte Frage ist, ob wir gegen die Pandemie einen Sieg erreichen oder ob wir mit der Pandemie in den nächsten Jahren zusammenleben müssen. Das ist die größte Frage.

**Gerald Schubert:** Danke. Ralf Beste aus der Sicht des Diplomaten: Was hat Sie besonders bewegt in den letzten eineinhalb Jahren?

**Ralf Beste (Deutscher Botschafter in der Republik Österreich):** Es waren, und das ist der Ausgangspunkt meiner Überlegungen, die Grenzerfahrungen, die Präsident Sobotka auch angesprochen hat, die wir in der Krise erlebt haben. Dass in dem Moment, wo es schwierig wurde, die Nationalstaaten, die Mitgliedstaaten Europas allesamt auf bewährte oder nicht bewährte Rezepte aus der Vergangenheit zurückgegriffen haben, die doch eigentlich überwunden schienen, und dass ich als Botschafter plötzlich an einem Wochenende das Management der Lieferung von Schutzausrüstungen von Deutschland nach Österreich in die Hand bekam und einige Wochenenden später damit konfrontiert war, deutsche Saisonarbeiter aus Quarantänegebieten in Tirol mit Polizeieskorten nach Deutschland zu evakuieren. Die Kollegen aus Ungarn und der Slowakei hatten ähnliche Erfahrungen. Das war schon überraschend.

Was damals in dem Kontext auch aufgefallen ist, ist, wie schnell der Geduldsfaden aller Beteiligten mit der Europäischen Union und auch mit dem europäischen Projekt zu reißen drohte. Die Urteile, dass die EU, Europa versagt habe, war immer sehr schnell zur Hand, und das Urteil war eigentlich schon gefällt, bevor möglicherweise spät oder langsam die Europäische Union eigentlich ihre doch enorme Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen konnte. Denn wenn Sie es sich anschauen, wie es heute ist, haben wir auch durch dieses große Rettungspaket die wirtschaftlichen Schäden, glaube ich auch, nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer Ebene in einer Weise in den Blick genommen und möglicherweise Abhilfe schaffen können, wie das, glaube ich, den Neid der ganzen Welt auslösen wird, wenn wir das einfach sehen.

Was den Impfstoff und die Verteilung angeht, sind wir auch absolute Weltspitze. Aber dass wir so wenig Sinn dafür haben, das auch zu sehen, weil unser Urteil darüber, dass es Versagen gab, schon viel früher gefällt worden ist, ist eine Sache, die mich auch, und da können wir vielleicht darüber reden, sehr ins Nachdenken darüber bringt, wie sehr wir eigentlich hinter diesem europäischen Projekt stehen und was wir bereit sind, dafür zu investieren.

**Gerald Schubert:** Danke schön. Professor Kühnhardt, wie hat das bei Ihnen ausgesehen? Sie sehen das natürlich auch als Privatmensch, aber Sie sehen es auch aus der wissenschaftlichen Perspektive. Was hat Sie besonders umgetrieben in der Beobachtung der Lage?

**Ludger Kühnhardt (Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn):** Mich hat der Ausbruch der

## TRANSKRIPT

Coronapandemie im südlichen Brasilien erwischt, wo ich mich zu Forschungen über die Zusammenarbeit der EU mit dem südamerikanischen Verbund Mercosur aufhielt, und wo gerade noch fröhlich Karneval gefeiert wurde, gingen auf einmal bewaffnete Polizisten über den Strand und vertrieben die Leute in den Lockdown. Ein alter Arzt sagte mir so ganz trocken: Na ja, eine Pandemie, die ist so, wie sie ist, mit vielen Toten, und die Welt wird dieses Mal insgesamt für drei Jahre stehen bleiben.

Ich dachte, der Mann ist nicht ganz klar bei Sinnen, aber wenige Tage später erreichten meine Frau und ich das letzte Flugzeug, das Brasilien noch verließ, um nach Europa zurückzukommen. Und bei dem Abflug in São Paulo, der größten Metropole Südamerikas, haben wir eine Gespensterstadt gesehen, wo nur noch Drogenjunkies und Obdachlose auf den Straßen waren. Alle anderen waren verkrochen schon in ihre Häuser, bevor wir da abreisen konnten. Seitdem treibt mich dieser Satz um, der ja wie ein Mantra auch in Europa von jedem Politiker gesagt wird: Wir sind alle nur sicher, wenn wir alle sicher sind in dieser Pandemie, geschützt sind – denn meine Kollusion der bisherigen Erfahrungen ist, wir sind in Europa fragmentiert, wir sind zu unserem eigenen Schaden geizig, und wir sind, um an das anzuknüpfen, was Vizepräsident Šefčovič eben gesagt hat, bisher nicht wirklich nicht weltfähig.

Wir haben insgesamt in dieser Pandemie in der ersten Welle durch diese gemeinsame Beschaffung der Impfstoffe fast 3 Milliarden Impfdosen für die europäischen Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt bekommen durch unsere Mitgliedstaaten, verhandelt durch die EU. Das gesamte Kostenvolumen liegt ungefähr bei 19 Milliarden Euro für diese erste Impfdosiswelle, die uns hier in Europa schützt. Europa hat natürlich - - Die Firmen haben Impfstoffe auch für die Welt produziert, inzwischen werden anderthalb Milliarden Impfdosen pro Monat hergestellt. Europa hat auch Geld gespendet für diese UNO-Initiative Covax – oder die Initiative der Weltgesundheitsorganisation –, aber die Wirklichkeit ist, dass drei Viertel und noch mehr der Menschen des sogenannten globalen Südens, der Dritten Welt, nicht geimpft sind. Nur 2 Prozent der Menschen in Afrika sind geimpft, und wir sind zu geizig.

Ich habe einige Berechnungen gemacht. Wenn wir Europäer bereit gewesen wären – oder meinetwegen mit unseren Partnern, den wohlhabenden Staaten in der G7-Gruppe –, dem gesamten armen globalen Süden Impfstoff zu schenken, etwa 11 Milliarden Impfdosen wären nötig dafür, für zweifache Impfungen unter den Armen der Erde, dann hätte uns das zwischen 30 und 50 Milliarden Euro gekostet, je nachdem, welchen Impfstoff wir gekauft hätten. Das ist wahnsinnig viel Geld, aber gemessen an den ökonomischen Kosten dieser ganzen wirtschaftlichen Abschließung, über die wir hier auch sprechen in Bezug auf Grenzschließungen, Lockdowns, ist das im Grunde Taschengeld. Und die Pandemie ist ja nicht vorbei. Wie gesagt, nur 2 Prozent der Menschen in Afrika sind geimpft. Wir haben von der dynamischen Bevölkerungsentwicklung dort gehört. Mutationen werden uns über viele Jahre vermutlich neu einholen, und da sind wir eben weiterhin fragmentiert. Vielleicht können wir das gleich noch vertiefen, aber mich treibt dieser Zusammenhang sehr um.

Es geht bei der Coronafrage wie bei den anderen großen Themen, die wir auch heute Nachmittag hier besprechen, glaube ich, um zwei Seiten der gleichen Medaille. Es geht um die Selbstbehauptung Europas und es geht um die Weltfähigkeit Europas. Das verknüpfe ich mit dieser Idee der europäischen Souveränität. Und souverän wäre es gewesen, wenn wir hier also viel weiter vorausgeschaut hätten, nicht nur mit sozusagen schönen Überschriften, wie wir das eben vom Kommissar gehört haben, sondern tatsächlich auch im Handeln dazu bereit gewesen wären. Die Coronakrise ist da nach wie vor ein wirkliches Paradebeispiel für das, woran es bei uns in Europa nach wie vor mangelt.



## TRANSKRIPT

**Gerald Schubert:** Ich würde gerne noch zu einem Thema zurückkommen, das einige von Ihnen kurz angesprochen haben, das mir aber zentral erscheint, erstens weil es so an die Anfänge, an die ersten Erfahrungen mit der Pandemie zurückgeht und auch sehr stark in die Zukunft weist, was wir vielleicht nicht mehr haben wollen, nämlich das Phänomen der Grenzschießungen damals.

Ich glaube, das hat sehr viel zu tun auch mit unserem Thema beim Forum Mitteleuropa seit vielen Jahren. Wir kommen auch immer wieder zurück zu diesem magischen Jahr 1989, zu den Freiheitsrevolutionen in Osteuropa, Mitteleuropa. Und da war natürlich nicht nur, aber schon ganz zentral und mit sehr hohem Symbolgehalt diese Öffnung der Grenzen damit verbunden, der Fall der Berliner Mauer, das Durchschneiden des Zauns, des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze und, und, und.

Ich glaube, alle, die das Jahr erlebt haben und an die Bilder zurückdenken, haben irgendeine Grenze im Kopf, vor dem geistigen Auge, die gerade fällt. Und plötzlich entstehen da wieder neue Grenzen. Da ärgert man sich mal drüber, wenn man Europa mag und Mitteleuropa mag. Dann ärgert man sich drüber, wenn man darüber nachdenkt, wenn man sich denkt, die Pandemie kennt ja keine nationalen Grenzen. Was ist das? Warum? Liegt es an den unterschiedlichen Maßnahmen? Werden in verschiedenen Ländern so unterschiedliche Maßnahmen getroffen, dass diese Grenzen geschlossen werden müssen? Und wenn das so ist, kann man die Maßnahmen nicht vereinheitlichen? Also das hat sehr viele Aspekte, die mich sehr interessieren und auch sehr praktische Auswirkungen hatten damals. Sie haben die Pendler angesprochen.

Ich fange vielleicht bei Ihnen an, Herr Botschafter Beste. Als Diplomat, was glauben denn Sie, was war der Hauptgrund? War es eine Panikreaktion, die einfach nicht durchdacht war? Könnte das jederzeit wieder passieren, wenn die Infektionszahlen noch weiter in die Höhe schnellen? Und was kann man tun, um das zu vermeiden, auch aus Ihrer täglichen Praxis?

**Ralf Beste:** Das ist ja durchaus keine unvernünftige oder rein irrationale Reaktion, weder von den Bürgern noch von den Politikern, dass sie sich in einer Krisensituation auf die Instrumente konzentrieren, die sie haben. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten ja durchaus, dass der Staat sie schützt. Und ein Staat, der dann sagen würde: Nein, ich tue nichts, weil ich das für die europäische Idee gerade nicht opportun halte, würde, glaube ich, auch die Unterstützung seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger verlieren. Das heißt, diese Erwartung ist schon an den Nationalstaat als die erste Ebene, auf der Gemeindeebene, auf der Kreisebene, auf der Landesebene, auf der Nationalstaatsebene wie aus europäischer Sicht dann der Mitgliedstaat ist. Da muss der Staat schon liefern.

Die Kehrseite dieser Schutzpflicht, die der Staat hat, ist auch gleichzeitig sein Pochen auf Souveränität. Das heißt, die Staaten kommen dieser Schutzpflicht unterschiedlich nach und legen auch Wert darauf, dass sie das selbst entscheiden – Sie sind die Politiker, der Minister als gewählter Abgeordneter und Regierungsvertreter weiß das viel besser als ich –, und der Staat muss natürlich auch dieses sozusagen Set an Maßnahmen dann eben auch verantworten. Er wird sich auch dann seiner Souveränität bewusst sein und wird sich dann auch ungern reinreden lassen von anderen.

Die Kehrseite davon ist, dass der Nachbar das Gleiche tut. Also wenn die slowakische oder die österreichische Regierung etwas tut oder nicht tut, dann führt das dazu, dass die deutsche oder die ungarische Regierung nebenan auch etwas tut oder nicht tut. Wenn man glaubt, dass die Maßnahmen im anderen Land nicht ausreichen, man kann aber aus Respekt vor der Souveränität dort nichts tun, muss man seine eigenen Maßnahmen ergreifen. Das dann der Europäischen Union anzulasten, ist wiederum etwas unfair, so habe ich das begriffen, ist aber das Mittel der Wahl gewesen. Das heißt,

## TRANSKRIPT

alle verzweifeln an Europa, dabei handelte es sich um das durchaus legitime und auch nötige Handeln von Nationalstaaten, das jeweils auf der anderen Seite der Grenze zu Konsequenzen geführt hat.

Ich glaube, es ist in unser aller Interesse, zu erkennen, welche Verwerfungen und welche Frustration und Nöte das hervorgerufen hat. Das kann man aber eben nicht bei der Europäischen Union abladen, glaube ich, weil sie überfordert wäre, alles Beharren auf Souveränität der Einzelstaaten zu überwinden – wer wäre sie? –, da würden sich auch die nationalen Staaten dagegen wehren, sondern es ist, glaube ich, an jedem Einzelstaat eben immer zu schauen, bei dem, was er tut oder was er nicht tut: Was hat das für Konsequenzen? Wenn ich trotz grassierender Infektionszahlen mich für den und den Kurs entscheide, also ich öffne oder ich bleibe bei einer Öffnung oder ich schließe, muss ich immer daran denken: Was heißt das für meine Nachbarn? Das ist für mich die wichtigste Lektion aus dieser Krise, dass wir viel stärker und viel früher genau immer darüber reden müssen, wenn wir etwas tun oder lassen.

**Gerald Schubert:** Ich glaube, es war auch die Kommunikation zwischen den Staaten ja nicht gerade dünn. Also ich kann mich erinnern an die erste Pressekonferenz in Wien, wo wieder die Außenminister von fünf mitteleuropäischen Staaten inklusive Österreich zusammengekommen sind. Die haben zwar gesagt, sie freuen sich, dass sie sich jetzt alle wieder in 3D sehen, aber andererseits kannten die einander extrem gut, wahrscheinlich besser als je zuvor, weil die jeden Tag in einer Videokonferenz in der Früh zusammen waren, haben gesagt: Ach, das ist doch toll, wenn ich jeden Tag um 9 Uhr Früh schon das freundliche Gesicht des Kollegen hier sehe! – Also über mangelnde Dichte an Kommunikation kann man sich nicht beklagen.

Zurück zu den Grenzschließungen. Also ich kann es aus der Tschechischen Republik ein bisschen beurteilen, wo ich sehr lange Korrespondent war. Da habe ich mit Leuten geredet, die mir erzählt haben, dass auch so alte Muster in der Bewertung der Vergangenheit, auch der kommunistischen Zeit, wieder sehr stark zum Vorschein gekommen sind, auch durchaus polarisierend, dass es Leute gegeben hat, die sehr froh waren, dass jetzt die Grenzen geschlossen werden, und der Staat wird für uns sorgen, und andere gesagt haben, das ist der Untergang, weil sie sich an die Wiedererrichtung - - , oder weil sie sich an den Eisernen Vorhang erinnert fühlen und das Gefühl haben, sie sind wieder so eingesperrt wie vor 1989.

Haben Sie so etwas Ähnliches in Ungarn auch beobachtet, diese Polarisierung innerhalb der Gesellschaft? Und wie haben Sie in der Kommunikation mit anderen Staaten darauf reagiert?

**Gergely Gulyás:** In der ungarischen Geschichte: Wenn die Grenze zwischen Österreich und Ungarn geschlossen war, war das immer schlecht, also historisch sind wir nach Westen für die offene Grenze. Das ist natürlich eine Gnade, der EU-Beitritt und der Schengenbeitritt, dass wir nach Österreich, nach Westeuropa grenzenlos, frei reisen können. Aber – damit muss ich hundertprozentig dem zustimmen, was Sie, Herr Botschafter, gesagt haben – wenn in einer Bevölkerung eine starke Angst ist und ein Sicherheitsgefühlsanspruch ist, dann muss eine Regierung sofort entscheiden. Als die Coronapandemie begann, im März 2020, das war keine Frage auch in Ungarn, dass die Grenzen schließen müssen, und nicht nur die Grenze, sondern auch die persönliche Kommunikation im Lande. Deshalb waren es sehr wenige, die im März, April während der ersten starken Angst ins Ausland reisen wollten.

Heutzutage ist das schon die grundsätzliche Frage: Können wir die freie Bewegung in der EU gewährleisten oder nicht? Ich denke, wir müssen die freie Bewegung gewährleisten. Wir können nur die Impfdaten beobachten. Wir hatten dieses Problem mit unserem rumänischen Nachbarn, mit unseren rumänischen Freunden, die bis zum

## TRANSKRIPT

Beginn der vierten Welle nur 22 Prozent der Bevölkerung geimpft haben. Das war eine politische Frage: Schließen wir die Grenze nach Rumänien oder nicht? Wir haben so entschieden: Wir möchten die Grenze nicht schließen. Aber politisch, insbesondere im ungarischen Staatsgebiet, in dem viele in der Nähe der rumänischen Grenze leben, war ein Anspruch: Ist es gut, die Grenze offen zu halten, oder müssen wir, wenn ein Land nur in solchem Maße geimpft ist, die Grenze schließen?

Seitdem wir die Impfung als Möglichkeit in Europa haben, denke ich, müssen wir die Grenze öffnen und geöffnet lassen. Nur die Impfdaten muss man sehen, und wenn die Impfdaten sehr, sehr schlecht sind, kann man eine andere Entscheidung treffen, aber unser gemeinsames Interesse ist, die freie Bewegung in der EU zu erhalten.

**Gerald Schubert:** Also durchaus auch eine Rücksichtnahme auf die realen Verhältnisse, was Pandemielage, Impfung, Durchimpfungsrate in den jeweiligen Ländern, Nachbarländern betrifft.

Professor Kühnhardt, wie haben Sie das gesehen? Hat es Sie überrascht, dass das so schnell gegangen ist, dass plötzlich wieder Grenzen geschlossen werden, von denen man gedacht hat, das wird nie wieder passieren? Und was ziehen Sie für Lehren daraus? Glauben Sie, dass das ein Schock war, dass das ein bisschen verhindert, dass das wieder gemacht wird? Warum glauben Sie, warum es jetzt eigentlich nicht gemacht wird? Vertraut man so stark auf die Impfung, dass man jetzt lieber die Finger davon lässt?

**Ludger Kühnhardt:** Im 18. Jahrhundert hat einmal ein englischer Essayist, den ich da an der Stelle gerne zitiere, gesagt: Nichts konzentriert das Denken so sehr wie die bevorstehende Hinrichtung. – In Bezug auf die europäische Einigung kann man sagen, Schocks im Sinne von bevorstehenden Hinrichtungen haben meistens das Projekt gut vorangebracht. Ich bin nicht sicher, ob wir inzwischen genug aus diesem jetzigen Schock gelernt haben, denn die Schlussfolgerung, die wir ziehen müssten, wäre, klar zu sagen, diese Grenzthematik ist im Tiefsten, im Letzten eine Frage der Kompetenzordnung in der Europäischen Union.

Artikel 168 des Lissabonvertrags, also die vertragliche Basis für unser Zusammenwirken in der EU, definiert Gesundheitspolitik als ein Feld gemeinsamer und geteilter Verantwortlichkeiten, und da ist sozusagen alles und nichts drinnen in dieser Floskel. Bei schönem Wetter ist das auch alles nicht schlimm, aber in einer Krise folgen dann Handlungsunfähigkeit und Grenzsicherungen und Ängste und all das, was wir erlebt haben. Deswegen plädiere ich nachdrücklich, dass im Rahmen zum Beispiel der Konferenz über die Zukunft Europas, die jetzt läuft und eventuell zu Vertragsänderungsdiskussionen führt, die Frage einer europäischen Gesundheitsunion wirklich seriös miteinander diskutiert wird.

Herr Minister Gulyás, ich bin sehr einverstanden und unterstütze sehr, was Sie eingangs gesagt haben, dass wir in manchen Bereichen mehr Europa, in anderen weniger brauchen. In der politischen Wissenschaft gibt es so einen merkwürdigen Begriff bei der Beschreibung von Problemen in Föderationen. Dabei ist die Rede – ein Kollege hat das Wort erfunden – von der Politikverflechtungsfalle. Und in so einer Falle sitzen wir an mancher Stelle, zum Beispiel, da verstehe ich auch sehr die Herangehensweise Ihrer Regierung bei dem Thema Migration, weil wir da alle mögliche Themen vermischen – Migration, Flucht, Asyl – und deshalb auch beim Grenzschutz Frontex gar nicht wissen, was eigentlich Grenzschutz heißt. Die Mandate sind nicht klar: Soll Grenzschutz heißen, die Grenze zu schützen, oder die Menschen, die über die Grenze wollen, zu schützen? – und so weiter.

Beim Thema Gesundheit sind wir in der gleichen Falle, und da plädiere ich nachdrücklich dafür, dass vergemeinschaftete Kompetenzen im Sinne der Idee des souveränen Europa auf die EU im Krisenfall übertragen werden. Wenn das gewesen wäre, hätten

## TRANSKRIPT

wir schon manches in dieser Pandemie besser bewerkstelligt, oder schneller, zügiger, und viele Leben gerettet. Und es war ja sicherlich nicht die letzte Pandemie. Also strategische Vorausschau, haben wir von Kommissar Šefčovič gehört. Die Amerikaner haben eine solche Agentur, die sich manche auch da in Brüssel als Vorbild nehmen, Barda heißt die. Das ist eine paramilitärische Einrichtung. Die ist entstanden im Kampf oder in dem Ringen um den Kampf mit Cyberterrorismus und solchen Dingen, also ist paramilitärisch. Jetzt haben wir in der EU so etwas, das heißt Hera Incubator, also so ein hybrides Ding, das keiner versteht.

Ich weiß nicht, wer hier von Ihnen auch im Saal sich jemals in dieser Pandemie die Mühe gemacht hat, einmal eine gemeinsame Auflistung des Standes von Infizierungen, von Todesfällen, von Genesungen, von Impfquoten in allen EU-Ländern zu suchen. Das findet man in keiner Zeitung, mit Verlaub, auch nicht im „Standard“, und in keiner guten europäischen Zeitung. Man findet es, das ist ein nicht bekanntes Juwel auf der Webpage der Europäischen Agentur für die Prävention von Krankheiten. Das ist eine EU-Agentur am Stadtrand von Stockholm. Aber bis wir auf diese Webpage kommen, da haben sich die Statistiken schon wieder geändert und selbst diese Webpage ist eine Katastrophe eigentlich. Das heißt, wir sind selbst bei der Darstellung, Aggregation und Darstellung von Daten hundsmiserabel aufgestellt.

Und diese ganzen Vorwürfe, von denen auch Botschafter Beste vorhin sprach, die dann an der EU abgeladen werden, kann man auch erklären. In der Zeit vor dieser jetzigen Führungsmannschaft da in Brüssel gab es jahrelang ein unglaublich mühsames Ringen der Staaten, einen Notfallmechanismus einzuführen, den es jetzt gibt. Der ist ausgestattet mit 3 Milliarden Euro, und der alleine konnte aktiviert werden, als Corona ausbrach. Mit diesen 3 Milliarden Euro ging dann die Kommission ans Werk, um diese verschiedenen Hilfsaktivitäten zu finanzieren, um auch mit den Pharmaindustrien ins Geschäft zu kommen, also die zu unterstützen, dass sie schneller forschen, auch Therapien erforschen, von denen gar nicht mehr die Rede so recht ist, das läuft ja alles noch. Und das ist ein Taschengeld gegenüber dem, was zum Beispiel dieser amerikanischen Barda-Institution zur Verfügung steht, denn da hat der so viel gescholtene Präsident Trump, Coronagegner, locker mal eben 18 Milliarden Euro für genau die gleichen Zwecke ausgegeben. Und in Europa hat man diskutiert: Sind eigentlich die 3 Milliarden schon zu viel?

Also ich plädiere nachdrücklich dafür, dass dieser Artikel 168 der Lissabonner Verträge vorsieht, in Zukunft eine proaktive, schnelle, beschleunigte, robuste, gemeinschaftliche Aktivität und Kompetenz in Situationen von wirklich also --, europaweiter Gesundheitskrisensituation, denn ich fürchte, wir werden mehr solche Pandemien in den nächsten Jahrzehnten erleben.

**Gerald Schubert:** Herr Botschafter Beste, ich glaube, Sie wollten reagieren.

**Ralf Beste:** Gerne, danke. Also erstmals zu Ihrer Eingangsthese, dass man aus dieser Krise jetzt Lehren zieht: Ich glaube, da sind wir uns einig, aber es gibt eben nicht nur die eine Lehre, es gibt ja sehr verschiedene Möglichkeiten, das zu lehren, und vielleicht auch gerade mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler im Raum. Ich glaube, zur historischen Einordnung ist es vielleicht gar nicht schlecht – auch die beiden Präsidenten haben darauf hingewiesen –, dass man in den Neunzigern in der Europäischen Union in einer vollkommen anderen Lage war, auch in dem Optimismus, dass man praktisch jede, ich sage einmal, außenpolitische Herausforderung durch Erweiterung und jede innenpolitische Herausforderung durch Vertiefung adressieren kann. Das haben wir auch sehr lange sehr gut gemacht und dem haben wir auch wichtige Erweiterungs- und Vertiefungsschritte folgen lassen.

## TRANSKRIPT

Aber wir stellen doch jetzt fest, dass es nicht mehr so klar ist, dass wir alle die gleichen Lehren aus so einer Krisenerfahrung ziehen, und dass die Vielfalt, die der Herr Minister angesprochen hat, eben auch eine Vielfalt der Lehren ist, die wir aus solchen Krisen ziehen. Da müssen wir auch Respekt dafür haben, dass möglicherweise nicht alle automatisch in die Vertiefungsrichtung gehen und sagen, auch das müssen wir europäisch vertiefen, sondern eher sagen, da sieht man einmal, das muss man halt doch vielleicht dezentraler, flexibler und so weiter machen.

Ich glaube, wir sind in einer Situation angekommen in unserer Entwicklung, wo wir - - Wir haben ja auch das Thema Zusammenhalt angesprochen, die Frage, dass es uns gelungen ist, über 15 Jahre den Zusammenhalt als die wichtigste Aufgabe herzustellen. Aber wir sind dabei unter Spannung, weil es auf der einen Seite das Bestreben gibt, die Vielfalt zu wahren oder wieder stärker in ihr Recht zu setzen, also im Inneren, auf der anderen Seite haben wir auch einen enormen Druck durch das, was in der Welt passiert und auch mit uns passiert, unsere Souveränität zu stärken, also die Handlungsfähigkeit, dass wir überhaupt gemeinsam etwas machen.

Das ist, glaube ich, die Sache, da sind wir uns nicht einig darüber, wie wir uns eigentlich in der Frage bewegen wollen. Wir ziehen immer unterschiedliche Lehren aus den Krisen, und darüber müssen wir uns klar sein. Das reicht nicht, dass wir uns immer treffen, das meine ich nicht mit Kommunikation, sondern dass wir offen darüber sprechen: Welche Lehren ziehen wir daraus? Sind wir uns eigentlich einig, dass wir das Richtung Vertiefung, Vereinheitlichung, auch im Sinne von Handlungsfähigkeit, machen? Oder sagen wir, wir gehen doch vielleicht lieber in gelegentlichen Hinsichten eher wieder zu mehr Vielfalt, auch zulasten gemeinsamer Handlungsfähigkeit? Und wie gehen wir damit um?

Und der Konsens: Da gibt es keinen Konsens. Das kann man auch nicht erwarten, denn unsere große Stärke ist ja unsere Vielfalt. Mit 27 Staaten zu erwarten, dass wir immer aus den gleichen Situationen die gleichen Schlüsse ziehen, das ist ja nicht einmal in unseren Mitgliedstaaten nur annähernd möglich und ist auch in demokratischen Staaten gar nicht erstrebenswert. Deswegen: Die technokratische Lösung, zu sagen, wir gehen jetzt in die Verträge und machen das und so weiter, glaube ich, entspricht auch nicht den Realitäten, in denen wir sind, als Bürger, die gemeinsam an diesem europäischen Haus bauen.

**Gerald Schubert:** Ich würde noch gerne auf einen Aspekt zu sprechen kommen, auf ein zentrales Wort, auf einen zentralen Begriff in der ganzen Krise, das ist das Vertrauen. Wir haben es auch im Untertitel unseres Panels: „Europa nach der Pandemie – Aufbruch oder Vertrauenskrise?“

Ich glaube, was das bilaterale, multilaterale Vertrauen betrifft, haben wir schon darüber gesprochen: Wie kann man das Grenzregime offenlassen? Ab wann ist es angezeigt, die Grenzen doch zu schließen, auch wenn die wenigsten in Europa das wollen? Wie kann man untereinander kommunizieren zwischen den Mitgliedstaaten und auch zwischen den Mitgliedsstaaten und den europäischen Institutionen?

Ich würde aber den Begriff ein bisschen weiter fassen, weil der Begriff des Vertrauens für mich sehr häufig eigentlich aufgetaucht ist im Coronazusammenhang mit dem Vertrauen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern eines Staates und den Institutionen eines Staates, und auch in die umgekehrte Richtung eigentlich, also nicht nur: Wie sehr vertrauen die Bürger ihrem Staat?, sondern auch: Wie sehr vertraut der Staat seinen Bürgern? Da muss man gar nicht bis zu den Verschwörungstheorien gehen. Wenn irgendjemand behauptet, dass der Staat oder wer auch immer oder Bill Gates einen Chip einpflanzen will mit einer Impfung, dann muss man, glaube ich, nicht weiter darüber diskutieren, obwohl es ein interessantes Phänomen ist.

## TRANSKRIPT

Aber: Kennt sich der Staat überhaupt aus? Vertraut der Staat auf die richtigen Wissenschaftler bei der Bekämpfung der Pandemie? Kennen sich die Wissenschaftler überhaupt aus? Auch Vertrauen in die Wissenschaft, für mich ein ganz interessantes Phänomen, das es plötzlich als Manko der Wissenschaft begriffen wird, dass die untereinander nicht immer einig sind und auch einmal streiten. Da gibt es eine Studie, und in der Studie sind dann 2 Prozent umstritten und irgendjemand, ein anderer Wissenschaftler sagt: Das weiß ich nicht, das solltest du noch einmal überdenken. Dann kommt der Boulevard und sagt: Seht mal her, auch die Wissenschaftler sind sich nicht einig! – Das ist ja genau das Gute, dass sich die Wissenschaftler nicht einig sind, weil ja durch den wissenschaftlichen Dissens auch Diskussion und wissenschaftlicher Fortschritt entsteht. Also diesen Begriff des Vertrauens, den fand ich im Zusammenhang mit der Pandemie extrem interessant.

Vielleicht noch ein Wort zu Tschechien, weil ich das so spannend fand, dass das ja bis ins Arbeitsrecht hineingeht: Also wenn der Staat den Bürgern nicht so weit vertraut, dass die Bürger sich nicht krankmelden, wenn sie nicht krank sind, und deshalb bekommt man keine Fortzahlung im Krankheitsfall in den ersten paar Tagen, und dann melden sich die Leute nicht krank, obwohl sie das Gefühl haben, dass sie vielleicht in Quarantäne müssten, oder geben Kontaktpersonen nicht an, weil sie vorher positiv waren, weil sie denen nicht schaden wollen, denn der verliert dann vielleicht dann seine Krankheitsfortzahlung, wenn er in Quarantäne muss. Das hat vielleicht fatale Folgen, vielleicht. Ich weiß es nicht, niemand weiß es. Aber vielleicht war das auch ein Grund für das Hochschnellen von Infektionszahlen eine Zeit lang in Tschechien.

Botschafter Beste, ich würde vielleicht noch einmal mit Ihnen beginnen, wegen Ihrer Rolle als Diplomat. Konnten Sie als Deutscher, der in Österreich lebt und die Situation hier sehr gut kennt und auch in Deutschland kennt, Unterschiede feststellen im Vertrauen zwischen den Bürgern und ihrem Staat? Und wenn ja, wie hat sich das geäußert? Äußert es sich vielleicht sogar in der Durchimpfungsrate? Ich weiß es nicht.

**Ralf Beste:** Da sieht man, wenn man nüchtern draufschaut, dann doch, dass unsere Länder sich ziemlich ähneln, was die politische Kultur angeht. Es äußert sich auch in ähnlich niedrigen Impfraten übrigens, die sich nur marginal unterscheiden, also 3, 4 Prozentpunkte machen schon noch was aus, aber im Vergleich zu westeuropäischen Staaten. Also wir haben sozusagen eine höhere Impfrate als die mittelosteuropäischen Staaten, aber eine deutlich niedrige als die westeuropäischen Staaten. Da sind wir uns einig. Die Schweiz ist etwa ähnlich. Also da merkt man doch kulturelle Ähnlichkeiten dann doch stärker, als es uns sozusagen im Umgang vielleicht immer klar ist.

Und zu der Frage von Vertrauen in die Wissenschaft, in die Politik. Bundestagspräsident Schäuble hat in seiner letzten Rede als Bundestagspräsident darüber gesprochen, dass dieser Glaube an die Wissenschaft ja doch durchaus für Demokraten hinterfragbar ist, fragwürdig ist, und zwar nicht in einem negativen Sinne, dass man nicht glauben soll, sondern dass natürlich die demokratisch gewählten Politiker auch nicht aus der Verantwortung raus können und auch von ihren Bürgern nicht herausgelassen werden, dann am Ende zu sagen, was daraus folgt. Die Wissenschaftler, und die meisten Wissenschaftler, sagen das auch in Talkshows, maßen sich nicht an, zu sagen, was passieren muss. Sie beschreiben meistens, was passiert, wenn man das tut oder eben nicht tut. Das ist bei Covid genauso wie beim Klima, diesen Bezug hatte Präsident Schäuble gemacht, das einfach nur als wissenschaftliche Wahrheit, die exekutiert werden muss, zu machen wäre, in einer gewissen Weise eine Akademokratie oder eine Technokratie, aber keine Demokratie.

Man muss sich politisch darauf einigen, welche Schlüsse man aus dem Wissenschaftlichen tut. Das ist nicht nur eine Frage, ob wir in einer aufgeklärten Gesellschaft seit 200 Jahren mit der Wissenschaft und ihren Ergebnissen kritisch

## TRANSKRIPT

umgehen, sondern auch die Tatsache, dass es nicht nur der Impuls der Wissenschaft, sondern tatsächlich, ich sage einmal, die demokratische Schaffung des Konsenses ist, dessen es bedarf. Und da sind wir, glaube ich, in Deutschland und in Österreich ähnlich aufgestellt, dass der Primat der Politik nicht infrage steht.

**Gerald Schubert:** Minister Gulyás, häufig sagt man, dass es in ehemals kommunistischen Gesellschaften noch ein bisschen schwieriger ist, Vertrauen aufzubauen, weil es doch noch viele Leute gibt, die sich erinnern dran oder die es irgendwie in der politischen DNA haben durch ihre Eltern vielleicht, dass man dem Staat vielleicht besser nicht vertraut. Ist das ein Phänomen, unter dem Sie auch in Ungarn leiden?

**Gergely Gulyás:** Ja, Sie haben grundsätzlich recht, aber es ist auch grundsätzlich wahr, dass in einer Krisensituation das Vertrauen in den Staat viel stärker ist, und das war auch in Ungarn so. Das Krisenmanagement ist eine Fähigkeit, wo alle Mittel für die Regierung gegeben sind, und deshalb, wenn eine Krise kommt, zum Beispiel eine Pandemie, dann warten auch die Leute in Ostmitteleuropa, auch Ungarn, dass die Regierung in der Lage ist, darauf zu reagieren. Ich weiß nicht, wie es in anderen Ländern ist, aber, zum Beispiel in Ungarn, wenn wir die Popularität der Regierungspartei sehen, das liegt irgendwo bei 50 Prozent, aber wenn die Frage so formuliert wird, wie die Regierung die Krise gemanagt hat, liegt das in der Nähe von 60 Prozent. Für eine Regierung, wenn eine Regierung aktionsfähig ist, ist es ein Vorteil, dass sie eine Krise managen kann. Deshalb kann ich sagen, dass die Regelungen, die wir während der Pandemie verabschiedet haben, eingehalten wurden.

Das ist ein anderer interessanter Unterschied zwischen Ost und West, dass die Impfbereitschaft anders aussieht in Ostmitteleuropa. Wir in Ungarn haben vielleicht 63 Prozent der Bevölkerung geimpft, wir haben sieben Nachbarländer, und nur Österreich hat eine bessere Impfquote als Ungarn, und die anderen sind viel schlechter. – Ja, bitte!

**Fragesteller:** Slowakei hat 43.

**Gergely Gulyás:** 43 – na ja, aber das ist schlechter. Wir haben 63, das ist 20 Prozent schlechter. Deshalb sage ich, das ist nicht ähnlich oder ein bisschen weniger, sondern viel weniger. In Rumänien ist es jetzt 30, aber vor der letzten Welle der Pandemie war es 22. In Kroatien ist es ein bisschen besser, mehr als 50, aber nicht so hoch wie in Ungarn. Wenn wir alle nach Westen schauen, nach Österreich: In der Nähe von 70 sind die Österreicher.

**Gerald Schubert:** Ich glaube, 63 gesehen zu haben, also ein bisschen weniger als Deutschland.

**Gergely Gulyás:** Deutschland hat 68. Das zeigt, dass in Ostmitteleuropa die Impfung auch eine Frage ist, und außerhalb unserer Grenzen lebenden Ungarn, die in Rumänien leben, möchten sich auch nicht impfen, denn das ist eine Tradition oder ein Mangel des Vertrauens. Das ist eine interessante wissenschaftliche Frage, warum die Leute in Ostmitteleuropa nicht geimpft werden möchten wie in anderen Teilen Europas, auch im Süden, weil die Südländer machen eine sehr gute Figur, Italien 85.

**Gerald Schubert:** Herr Professor Kühnhardt, aus Ihrer Sicht, Sie beobachten den Diskurs auch aus wissenschaftlicher Perspektive: Gibt es so etwas wie eine Renaissance des Vertrauens oder nur eine Krise des Vertrauens? Das Thema ist jetzt plötzlich in aller Munde. Das war nicht immer so.

**Ludger Kühnhardt:** Es hat zwei Ebenen. Sie haben vorhin das Wort so eingeführt, es hat die Ebene des Boulevards und es hat eine systematische Ebene. Boulevard: Ich las gestern auf dem Weg hierher eine Umfrage, 30 Prozent der jungen Österreicherinnen

## TRANSKRIPT

und Österreicher könnten sich vorstellen, eine Deutsche oder einen Deutschen zu heiraten, und die anderen eben nicht, weil sie Misstrauen haben gegenüber diesen rechthaberischen Deutschen. Ich bin übrigens seit bald 30 Jahren gut mit einer Ungarin verheiratet, meine Kinder sprechen Ungarisch, und insofern fühle ich mich als Mitteleuropäer, auch wenn ich da aus dem Westen Deutschlands komme. Aber das ist die Boulevardebene sozusagen, diese Ebene von Vertrauen. Bei unserem Thema hier, glaube ich - -

**Ralf Beste:** Darf ich da einmal kurz einhaken, gerade um diese Boulevardzuspitzung aufzuzeigen? Das ist eine Umfrage, die wir in Auftrag gegeben haben, die generell sagt, 75 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher können sich sehr wohl vorstellen, mit Deutschen eine Partnerschaft einzugehen, was ich ziemlich viel finde, aber wenn man dann sozusagen das Segment rausgreift, das am Kritischsten ist, dann kommt halt dieses Ergebnis dabei heraus. Ich habe eben genau diese Umfrage völlig anders gelesen, als es im Boulevard an Sie transportiert wurde. (*Heiterkeit und Beifall.*) Lesen Sie die Umfrage!

**Ludger Kühnhardt:** Aber daran sehen wir, wie man eben Umfragen unterschiedlich interpretieren kann, völlig in Ordnung.

Ich denke, bei der Coronathematik und diesen ganzen Kritikern gegenüber Impfung haben wir es mit einer Situation der Brandbeschleunigung zu tun. Es zeigt sich hier nur, was wir an Problemen und Fragestellungen schon vorher hatten, nämlich ein Misstrauen vieler Menschen gegenüber staatlichen Autoritäten. Das hat ganz, ganz viele unterschiedliche Gründe.

Ich glaube, in den mittelosteuropäischen Ländern schwingt immer noch die Zeit bis tief in die kommunistischen Diktaturen zurück. In den westlichen hyper-, Ihre Regierung würde sagen, überliberalisierten Gesellschaften – Ihre ungarische Regierung meine ich, Minister Gulyás, würde sagen, überliberalisierten Gesellschaften – haben sich viele Menschen vom Staat emanzipiert, weil sie glauben, die Gesellschaften lösen so ihre Dinge alle alleine, einschließlich bei diesem Thema. Und dann haben Sie plötzlich radikale Querdenkerdemonstrationen, weil man aus ganz anderen Gründen als etwa hier oder in der Slowakei staatlichen Autoritäten auch beim ImpftHEMA misstraut.

Aber ich glaube, etwas anderes Grundsätzliches ist wichtig: Herr Präsident Sobotka hat vorhin Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ zitiert, und nachdem also da so die erste große Welle des Spottes über diesen Kollegen, den ich gut kenne, hereingebrochen war, hat er sich noch einmal hingesezt und ein weiteres Buch über Vertrauen geschrieben, weil er doch gesehen hat, ja, auch liberale Demokratien, da ist nicht das Ende der Geschichte erreicht, sondern es gibt Vertrauenskrisen. Das Buch stammt aus den späten Neunzigerjahren, wenn ich mich recht erinnere.

Was die Konklusion vieler Aspekte hier ist, ist Folgendes: Vertrauen in Bezug auf öffentliche Institutionen hat mit der Zuordnung von Verantwortlichkeiten zu tun. Wo es keine wirkliche Verantwortlichkeit gibt, keine Rechenschaftspflicht, wo man nicht genau nachverfolgen kann, wer ist für was zuständig, da entsteht Misstrauen. Und deswegen, Herr Botschafter, wenn ich Ihnen da noch einmal widersprechen darf, weil Sie vorhin sagten, das ist nur so ein technokratischer Zugang, über Kompetenzfragen zu reden: Ich glaube, das ist schon wichtig. Und wir haben in unseren Staaten, aber auch in der EU insgesamt, diese vermischten und verwischten Verantwortlichkeiten. Und dann ist es ganz leicht, die Schuld für irgendetwas, das schiefgeht, abzuladen bei dem, den man am wenigsten greifen kann. Das ist meistens auch die EU, weil die ist ganz weit weg, und man weiß gar nicht, wen man da schlägt, obwohl wir uns eigentlich selber schlagen, denn die EU sind wir ja alle als Unionsbürgerinnen und -bürger.



## TRANSKRIPT

Deswegen meine ich, auch in dieser Coronafrage hat eben diese fehlende Klarheit über Verantwortlichkeiten zu dieser Brandbeschleunigung von neuem Misstrauen, einschließlich dieser rückständigen Impfkampagnen jetzt geführt. Ich denke, das ist noch einmal ein Plädoyer, eben darauf zu schauen, ob wir in Situationen von wirklich existenziellem öffentlichen Gesundheitsnotstand nicht doch zu besseren gemeinschaftlichen Lösungen kommen in der zukünftigen Aufstellung der Europäischen Union, um dadurch auch Vertrauen wiederzugewinnen oder zu erzeugen, zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den in öffentlichen Ämtern Verantwortlichen.

**Gerald Schubert:** Wir müssen noch über ein Thema sprechen, das natürlich im Raum steht: Das ist das Geld. Es gibt den europäischen Wiederaufbaufonds, in Verbindung erarbeitet mit dem EU-Budget für die Jahre 2021 bis 2027. Das war nicht immer friktionsfrei. Aber bevor wir in dieses Thema eintauchen: Wir sind jetzt an dem Punkt, der, glaube ich, aus meiner Sicht die letzte Runde wäre, um über diese Haushalts- und Coronawiederaufbaufondsfragen sprechen. Ich würde dann die Diskussion freigeben für Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie Fragen an die Podiumsteilnehmer haben.

Wenn jemand von Ihnen eine Frage an Botschafter Beste hat, dann können Sie diese gerne auch jetzt schon stellen, wir können gerne einmal unterbrechen, vielleicht vorrangig mit Fragen speziell für Botschafter Beste. Wenn nicht, machen wir vorher noch die Haushaltsdebatte und eröffnen dann die große Fragerunde, wie Sie mögen. – Okay, ich sehe jetzt nichts.

Ich habe es schon angesprochen, das Thema ist natürlich wichtig. Es hat extrem viele Facetten. Es hat damit zu tun, wie wir die Wirtschaft, die unter der Pandemie natürlich extrem gelitten hat aus verschiedensten Gründen, von Lockdowns begonnen, Durchbrechung von Lieferketten, Problemen im internationalen Handel und so weiter und so fort, wieder in Schwung bringen. Es gab komplizierte Verhandlungen auf europäischer Ebene. Es wurde letztlich ein EU-Budget, das muss ja ohnehin alle sieben Jahre gemacht werden, von über 1 Billion Euro beschlossen, aber zusätzlich noch 750 Milliarden Coronawiederaufbaufonds, und da war dann die Frage: Wie wird das verteilt, wer bekommt wie viel und unter welchen Voraussetzungen? Letztlich ging es dann sogar auch um eine Koppelung von rechtsstaatlichen Kriterien an die Auszahlbarkeit dieser Mittel.

Das Thema ist auch immer noch nicht ganz abgeschlossen, weil es da sogar ein Problem zwischen den europäischen Institutionen gibt, nämlich zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, wobei das Europäische Parlament die Institution ist, die diese Rechtsstaatskonditionalität eher vorantreibt, und die Kommission eher vorsichtig ist. Also all das ist ein sehr weites Thema.

Vielleicht gleich zu Ihnen, Minister Gulyás. Wie haben Sie die Verhandlungen wahrgenommen und wie beurteilen Sie die Lage jetzt, den Stand der Diskussion in Europa und die Stellung Ihres Landes?

**Gergely Gulyás:** Grundsätzlich pessimistisch. Wenn ich über die ungarische Wirtschaftssituation spreche, kann ich fast nur gute Dinge sagen. Das bedeutet, dass wir in diesem Jahr ein Wachstum haben werden, das in der Nähe von 7 Prozent sein wird. Das wird eines der besten, nach der Prophezeiung der Europäischen Kommission das drittbeste Ergebnis Europas, und im letzten Jahr war es minus 4,9. Das war auch ein ziemlich gutes Ergebnis in einer Situation des Jahres 2020, die von der Pandemie bestimmt war.

Wir versuchten, einen Kompromiss zu finden, weil wir eindeutig gesehen haben, dass wir als Europäische Union über das siebenjährige Budget keinen Kompromiss finden können, wenn wir keine neue Quelle verabschieden werden. Deshalb haben wir auch akzeptiert, dass wir eine gemeinsame Verschuldung machen. Ich denke, das ist ein

## TRANSKRIPT

schlechter Weg. Wir haben es akzeptiert, weil wir den Kompromiss nicht verhindern wollten, aber die gemeinsame Verschuldung Europas ist ein gefährlicher Weg.

Jetzt zur Konditionalitätsverordnung: Wenn wir sie wörtlich und juristisch betrachten, gibt es nicht mehr Möglichkeiten für die Kommission, gegen die Mitgliedsländer aufzutreten, als das die Kommission schon getan hat, aber das ist ein politischer Anspruch, weil die europäischen parteipolitischen Kräfte auch starke Meinungen zu innenpolitischen Fragen haben, auch zur ungarischen Innenpolitik. Und sie haben ein Ziel, eine andere Regierung in Ungarn zu haben, was nicht sehr rechtsstaatlich ist. Wenn sie das Ziel des Europäischen Parlaments bezüglich Ungarn betrachten möchten, das ist sehr eindeutig: Sie möchten Präsident Orbán nicht als Regierungschef in Ungarn sehen. Das ist ein politisches Ziel – legitim oder nicht, darüber kann man debattieren –, aber das ist kein rechtsstaatliches Ziel. Das Europäische Parlament verbindet damit aber die Konditionalität.

Wir sind und wir waren immer bereit, über alle Fragen zu debattieren. Ich habe es schon oftmals gesagt, dass wir mit der Kommission schon im Jahr 2013 in allen auch in der Presse viel debattierten Fragen einen Kompromiss gefunden haben, beim Mediengesetz und auch in verfassungsrechtlichen Fragen der Justiz. Wir haben unsere Gesetze so modifiziert, soweit wir mit der Europäischen Kommission einen Kompromiss finden konnten. Wenn wir immer wieder diese Frage als Anklage bekommen werden, bedeutet das, dass es sich nicht lohnt, sich korrekt und europäisch mit der Kommission zu verhalten.

Gegenüber der Kommission kommt eine sehr, sehr große Erpressung seitens des Parlaments, und die Kommission ist nicht so mutig und möchte nicht gegen den Staats- und Regierungschefbeschluss auftreten, und deshalb sind wir jetzt vor der ungarischen Wahl in einer Situation, in der die Frage ist: Was können die europäischen linksliberalen Kräfte gegen die ungarische Regierung erreichen? Das ist nicht die Frage der Konditionalität oder der Rechtsstaatlichkeit, sondern das ist eine grobe politische Attacke und Frage.

**Gerald Schubert:** Botschafter Beste, wie haben Sie die Diskussion verfolgt? Vielleicht ein bisschen konkreter noch: War diese Debatte um diese Konditionalitätsverordnung oder die schon länger schwelende Debatte über die Verbindung von Rechtsstaatlichkeit mit dem EU-Budget, das gab es ja auch schon, bevor es Corona gab - - Hat man überlegt, ob man da neue Mechanismen findet? War da dieser Coronahilfsfonds auch ein Katalysator für diese Diskussionen und wie haben Sie den Fortgang dieser Diskussionen verfolgt?

**Ralf Beste:** Natürlich hat das die Diskussion noch einmal zugespitzt, weil aufgrund der Notlage neues Geld im Raum war und es um die Frage ging, wie man damit umgeht. Aber ich stimme Ihnen zu, wir müssen doch einfach mal eineinhalb Jahre zurückschauen. Es gab eine Einigung der 27 Staats- und Regierungschefs inklusive Sebastian Kurz, Angela Merkel, Viktor Orbán. Die haben sich auf diese Prinzipien geeinigt. Das waren zähe Verhandlungen bei dem EU-Gipfel, die haben ja tagelang gedauert, aber das hat eben funktioniert, auch weil man miteinander im Gespräch geblieben ist, und das ist die tatsächliche Funktionsweise dieser Europäischen Union.

Jetzt geht es eben darum, das sozusagen in dem Prozedere abzusichern, und da gibt es halt auch Meinungsstreit, aber auch Verfahrensstreit und rechtlichen Streit, aber der politische Rahmen steht. Und Deutschland ist dafür – und das sollte man vielleicht auch nicht geringschätzen, dafür würde ich auch werben –, dass dieses Geld überhaupt bereitgestellt wurde, über seinen Schatten gesprungen, hat natürlich auch seine Bonität nach draußen gestellt, die letztlich dazu beigetragen hat, dass die Finanzierung, diese Schuldenaufnahme, auch so attraktiv ist, wie sie stattfindet. Es hat dies auch im klaren

## TRANSKRIPT

Verständnis getan, dass das eine Ausnahme ist. Es hat dies aber auch in dem Erkennen getan – in einem Land wie Deutschland, das vielleicht stärker auch sozusagen in dieser Drehscheibenfunktion mitbekommt, wie die Lage in manchen südeuropäischen und westeuropäischen Staaten war – und weil es mitbekommen hat, dass was getan werden muss, und hat das in dieser Verantwortung in dieser Situation für nötig befunden, mehr Geld aufzutreiben und aufzuwenden. Das ist auch in Deutschland nicht unumstritten gewesen, ganz gewiss nicht, und funktionierte unter den Kautelen, dass es einen Ausnahmecharakter hat.

Es gab ja dann dabei die Diskussion zwischen den frugalen Staaten und den anderen. Deutschland ist ein sehr sparsames Land. Wenn man sich das einmal in Zahlen anschaut, wenn man den Schuldenstand zur Rechnung nimmt, ist unserer 15 Prozentpunkte niedriger als der Österreichs. Also wir schauen schon auch, dass wir unser Geld zusammenhalten, und es fällt uns nicht leicht, das zu machen. Wir haben es aber für nötig gehalten, auch für den europäischen Zusammenhalt und für die gemeinsame Antwort auf die Krise, die keinen Staat zurücklässt, weil uns der Zusammenhalt so wichtig ist.

Das ist vielleicht nicht in allen Teilen der Europäischen Union so spürbar gewesen, weil eben auch die Staaten Mittel- und Osteuropas aufgrund ihrer Strukturähnlichkeiten zu Deutschland und Österreich mit einer starken industriellen Basis, die auch eng verflochten ist, Investitionsgütern, Industrie, Autoindustrie, relativ gut zumindest durch die ersten Wellen durchgekommen ist und jetzt auch gute Chancen hat, stark rauszukommen. Das ist aber nicht in allen Teilen der Europäischen Union so, und es ist auch unsere Verantwortung, darauf zu achten, dass wir alle dabei mitnehmen, und deswegen haben wir das auch getan.

**Gerald Schubert:** Weil Sie die frugalen Staaten angesprochen haben: Ich habe auch den Eindruck gehabt, dass es eine extrem interessante Debatte ist, auch deshalb, weil es ein bisschen die üblichen imaginären Grenzen, die man gerne in die politische Debatte miteinwirft, so dieses West-Ost-Schema oder das Nord-Süd-Schema, total aufgeweicht hat. Also plötzlich sind da ganz neue Allianzen entstanden. Ich fand das sehr spannend.

Ansonsten: Sollten Sie dann irgendwann, während wir weiterreden in den nächsten Minuten, wegmüssen, möchte ich jetzt schon herzlichen Dank sagen.

Vielleicht noch Prof. Kühnhardt: Ist die Debatte um den gemeinsamen Wiederaufbau in Europa, um den es ja letztlich geht, trotz dieser interessanten Diskussion um den Wiederaufbaufonds, ein bisschen zu einer Umverteilungsdebatte geworden in Europa?

**Ludger Kühnhardt:** Auch dieses Thema gehört zum Thema Vertrauen, über das wir zuvor sprachen, und zum Vertrauen gehören nicht nur Rechenschaftspflichtigkeit und Zuständigkeit, Zuordnung von Zuständigkeiten, sondern gehört auch Ehrlichkeit in der Verwendung der Begriffe, mit denen wir so hantieren. Einer der Begriffe, der hier immer bei diesem Thema herumspukt und sehr schnell Misstrauen auch wieder erzeugen kann über gerade einmal kompliziert zustande gekommene Beschlüsse der EU, lautet: Schuldenunion, Weg in die Schuldenunion. Ich glaube, das ist ein Gespensterbegriff, der nicht korrekt ist.

Was haben wir denn hier vor uns? – Wir haben doch eine Situation vor uns, wo nicht die Europäische Union irgendwie an den Bankautomaten geht und da überschüssiges Geld abholt, um diese Kredite dann zu verteilen, sondern es werden Anleihen emittiert, um auf den internationalen Kapitalmärkten diese Gelder überhaupt zu aktivieren, die dann als Kredit oder als Zuschuss an die Staaten ausgegeben werden können. Der EU-Haushaltskommissar, Ihr österreichischer Landsmann Johannes Hahn, hat im Oktober jetzt die ersten 13 Milliarden Euro Anleihen ausgegeben, emittiert. Da haben sich

## TRANSKRIPT

Investoren aus der ganzen Welt gemeldet, die bereit waren, für diese 13 Milliarden 135 Milliarden Euro sozusagen auf den Tisch zu legen. Das hat die Ratingagenturen alle dazu gebracht, die sowieso hohe Bonität des Euro noch einmal zu stärken.

Das heißt, das, was wir schnell und so mit diesem negativen Unterton als Weg in die Schuldenunion diskutieren, ist mindestens auch – nicht nur, aber auch – eine Stärkung der weltweiten Präsenz Europas durch die globale Stärkung des Euro auf den internationalen Kapitalmärkten, wo er zum ersten Mal in Erscheinung treten kann. Wenn wir von Selbstbehauptung Europas und weltfähig und so etwas reden, muss man das zumindest auch sagen. Ich weiß, viele der Ökonomen sind superkritisch zu dieser ganzen Thematik Schuldenunion, aber es hat mir noch niemand ein plausibles Argument entgegenhalten können, warum diese Stärkung der Rolle des Euro auf den weltweiten Kapitalmärkten nicht eigentlich eine gute Sache ist.

Zur Stärkung des Euro würde übrigens auch dazugehören, wenn wir uns Gedanken machen würden, wie denn in überschaubaren Jahren auch einige der Volkswirtschaften von EU-Mitgliedsländern, die bisher nicht im Euro sind, sich auch dem Euro anschließen. Die Amerikaner hat das von der Unabhängigkeit 1776 147 Jahre gekostet, bis 1913 endlich alle Bundesstaaten den Dollar eingeführt hatten, den sie heute benutzen. Ich hoffe, bei uns dauert das nicht 147 Jahre minus die paar Jahre, die schon hinter uns liegen, bis dann auch Polen und Ungarn, Rumänien und Tschechien in die Eurozone eintreten. Und auch das würde den Euro stärken.

**Gerald Schubert:** Herzlichen Dank. (*Beifall.*)

Ja, wir haben uns ja vorgenommen, ein bisschen langfristig in die Zukunft zu sehen; wir hoffen, dass es nicht 147 Jahre sein werden.

Ich möchte jetzt die Gelegenheit nutzen und die Diskussion auch für das Publikum eröffnen. Also wer immer auch eine Frage hat, bitte gerne! Es ist jetzt so, wir haben keine Mikrofone vorbereitet. Ich glaube, es hat auch mit der Ansteckungsgefahr zu tun, dass nicht alle verschiedenen Menschen dasselbe Mikrofon in der Hand haben. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir das so machen, weil das ja auch übersetzt werden muss. Stellen Sie Ihre Fragen bitte einfach laut und deutlich! Stellen Sie sich vielleicht kurz vor, wer Sie sind, und die DolmetscherInnen werden es wahrscheinlich hören, und wenn nicht, ich kann es dann immer auch kurz noch einmal wiederholen, und so kommen wir, glaube ich, gut in einen Modus. Wir werden versuchen, über mich - -, also ich werde die Fragen noch einmal wiederholen und dann kann das auch übersetzt werden.

Okay, wir haben noch eine Viertelstunde, ich sehe eine Hand. Sie müssen leider ohne Mikrofon sprechen und wiederhole es dann kurz noch.

\*\*\*\*\*

*(Es folgt eine Frage aus dem Plenum.)*

\*\*\*\*\*

**Gerald Schubert:** Kommando zurück: Wir haben uns umentschieden, ich glaube, es ist besser, wenn Sie doch ins Mikrofon sprechen. Das geht schon irgendwie. Danke.

**Fragesteller eins:** Das wäre die eine Frage, die andere Frage ist: Kann es sein, dass die Menschen, die östlich des Eisernen Vorhangs, des ehemaligen Eisernen Vorhangs, lebten, ja jahrzehntelang einen Missionierungsdruck, einen Bevormundungsdruck von einer Zentrale erlebten und deshalb ein besonderes Misstrauen gegenüber einem Missionierungsdruck aus der westlichen Seite empfinden? Das sind meine zwei Fragen.

## TRANSKRIPT

**Gerald Schubert:** Gut, herzlichen Dank. Ich glaube, ich wiederhole es kurz: Es ging noch einmal um die Frage des Vertrauens. Es ging darum, dass das Vertrauen ja auch reziprok sein muss, wenn ich Sie richtig verstanden habe, also nicht nur zwischen dem Staat und seinen Institutionen einerseits und den Bürgern andererseits, sondern auch umgekehrt. Und es ging auch um die Frage, die wir vorhin teilweise auch schon angesprochen haben, ob ehemals kommunistische Staaten oder die Bürgerinnen und Bürger ehemaliger kommunistischer Staaten aufgrund ihrer historischen Erfahrungen vielleicht weniger geneigt sind, ihren Regierungen zu vertrauen.

Herr Minister Gulyás, Sie haben es vorhin schon einmal kurz beantwortet, aber haben Sie da vielleicht auch wirklich persönliche Erfahrungen gemacht?

**Gergely Gulyás:** Ja, ich kann dazu nur ein Beispiel bringen, das bedeutet, dass wenn eine Krise kommt, eine Pandemie oder etwas anderes, denke ich, dass ein ungarischer Wähler, ein deutscher Wähler sofort denkt, was Frau Merkel oder Herr Orbán machen können. Aber keiner gibt etwas darauf, was die Kommission oder Frau von der Leyen für mich machen kann. Die Leute denken in einer Krisensituation, dass die Regierung das managen muss, unabhängig davon, ob sie mit dieser Regierung sympathisieren oder nicht.

**Gerald Schubert:** Ich habe noch Wortmeldungen, ja genau, hier noch der Herr und dann Sie.

**Fragesteller zwei:** Schönen Vormittag! Ich stamme aus dem Bezirk Neunkirchen, wo gerade der größte Waldbrand der Republik war. Neben vielen österreichischen Feuerwehrleuten waren es auch Helfer aus Deutschland, aus Italien und aus der Slowakei, die da unterstützt haben. Also der Solidaritätsmechanismus hat funktioniert. Das Vertrauen in die Union ist dadurch sicher gewachsen bei uns. Meine Frage bezieht sich auf die Souveränität. Wir haben ja die Debatte über nationale Souveränität. Wir in Österreich kennen das auch mit den regionalen Identitäten und den Rechten der Bundesländer. Wie definieren Sie Souveränität, wer ist der Souverän und wo geht es hin mit der europäischen Souveränität? Danke.

**Gerald Schubert:** Das ist vielleicht eine Frage an beide, und vielleicht schließen wir gleich noch eine Frage an. Ich glaube, es spart Zeit. Der Generalsekretär der CDU Sachsen, bitte schön!

**Alexander Dierks (Generalsekretär der CDU Sachsen):** Vielen Dank! Zunächst auch herzlichen Dank an Sie, Herr Minister, dass Sie auch die ganze Zeit in Deutsch zu uns gesprochen haben. Ich empfinde das durchaus als Wertschätzung, denn ich glaube, unser aller Ungarisch ist nicht gut genug, als dass wir Sie verstanden hätten.

Ich habe eine Frage: Die ganze Diskussion verlief so ein Stück weit auch im Spannungsfeld zwischen einer, ich sage mal, als sehr liberal wahrgenommenen Union und sehr liberal wahrgenommenen Mitgliedstaaten und Gesellschaften und einem, ich sage mal Fremdeln zu diesem Weg in Ost-, Mitteleuropa. Da müsste man ja jetzt eigentlich landläufig annehmen, dass, wenn man eine Gesellschaft hat, die sich im Grunde nach Führung, nach klaren Regeln auch nach klaren gesellschaftspolitischen Auffassungen sehnt, beispielsweise gerade das Thema Pandemiebekämpfung und Impfen, ich sage mal, als nationale Aufgabe verstanden werden müsste, dass die Leute sagen: Okay, wir haben einen starken Zusammenhalt, wir haben ein gemeinsames nationales Bewusstsein und deswegen lassen wir uns jetzt alle impfen und bekämpfen gemeinsam diese Pandemie.

Es scheint ja genau das Gegenteil der Fall zu sein. Dass es in Südeuropa, wo es, glaube ich, auch keine besonders hohe Identifikation mit dem Staat gibt, aufgrund der Wahrnehmung, dass politische Eliten korrupt sind, dass das Gemeinwesen nicht gut

## TRANSKRIPT

funktioniert, dass man sehr stark auf die kleinen Lebenskreise zurückgeworfen ist, eine enorme Bereitschaft zur Pandemiebekämpfung gab, nicht nur, aber auch beim Impfen, und es gleichzeitig in Ost-, Mitteleuropa – Deutschland und Österreich liegen ja so ein Stück in der Mitte auch bei dieser Entwicklung – vor allem gerade bei diesem Thema eine enorme Zurückhaltung gibt.

Es würde mich mal von Ihnen beiden interessieren – ist vielleicht etwas ketzerisch formuliert die Frage –, wie Sie das werten, warum das so ist, warum es gerade da so große Vorbehalte gibt, wenn ansonsten eben ein politischer Kurs eher unterstützt wird, der auf sehr klaren Regeln, auf klarer Identität, auf klarer gesellschaftspolitischer Vorstellungen fußt. Vielen Dank.

**Gerald Schubert:** Herzlichen Dank. Ich drehe mich dann später auch noch da hinüber, damit Sie nicht zu kurz kommen, aber ich glaube, die zwei Fragen könnten einmal an Sie beide gehen. Die erste Frage: Wer ist eigentlich der Souverän? Aber das passt ja auch ganz gut zusammen: Wie kann man sich dann erklären, dass, wenn der Souverän, wenn wir davon ausgehen, dass das Vertreter des Staates sind, eigentlich gut akzeptiert wird, die Impfbereitschaft vielleicht doch nicht so hoch ist?

**Ludger Kühnhardt:** Also die erste Frage war ja die nach der Souveränität. Ohne jetzt in einen Vorlesungsmodus verfallen zu wollen – aber das Wort benutzen wir ja alle –, muss man das, glaube ich, doch in den Kontext stellen. Wir haben sozusagen drei Dimensionen von Souveränität, mit denen wir hantieren. Seit dem 16. Jahrhundert gibt es den Begriff der staatlichen Souveränität, in Frankreich durch Jean Bodin und andere entwickelt: Autonomie staatlichen Handelns, Stichwort Souveränität. Dann gibt es, sagen wir, 17., 18. Jahrhundert, die Idee der Volkssouveränität: Rousseau, Locke und andere kommen einem in den Sinn, die diese Dinge studiert haben. Also wir Bürger sind Souveräne in diesem souveränen Staat.

Worum es geht bei diesem heutigen Begriff der europäischen Souveränität, den Frankreichs Präsident Macron ja in der Sorbonne, an der Universität also, eingeführt hat und den ich sehr spannend finde? – Es geht im Grunde um die Selbstbehauptung Europas in der Welt. Darum geht es, auch wenn man sich die Spiegelstriche dessen anguckt, was er damals ausgeführt hat, als Anregung, diese Diskussion zu führen. Europäische Souveränität, sei es etwa in der Herstellung von Impfstoff, sei es in der Herstellung von Mikrochips, um den Abbruch von Wertschöpfungsketten oder Produktionsketten zu verhindern, um Herstellung von stärkerer Autonomie in der Energieversorgung durch erneuerbare Energien, um nicht abhängig zu sein und gefährdet zu sein in unserer Energieversorgung durch importierte Energieträger und so weiter: Das sind alles Elemente, die Macron da ausgeführt hat, und ich glaube, es geht bei dieser Verwendung des Begriffs europäischer Souveränität eben um die vielen Facetten der Selbstbehauptung Europas in einer ziemlich wild gewordenen Welt um uns herum.

Ich denke, unter diesem Begriff zunächst einmal, das ist eine Denkfigur gewissermaßen und nicht ein politisches Programm, könnten wir, ganz unterschiedlichste Bürgerinnen und Bürger Europas, uns durchaus wiederfinden, um dann zu diskutieren, was das im Einzelnen alles heißen soll. Also insofern fand ich das einen sehr hilfreichen Beitrag, um unser Denken sozusagen zu strukturieren.

Dann treffen aufeinander, und das hat auch mit Ihrer Frage zu tun nach, glaube ich, den Unterschieden in den Zugängen nicht nur zum Impfstoff, sondern auch zu diesen Fragen öffentlicher Autorität - - Da haben wir in der Tat, glaube ich, einen Bruch in Europa, mit dem wir viel sensibler, vor allen Dingen gegenüber Mittel- und Osteuropa, umgehen müssen. Ich sage immer so ein bisschen ironisch: Viele in Westeuropa glauben, sie und die Lebensweise, die dort herrscht, sind die Inkarnation des Fortschritts.

## TRANSKRIPT

Das ist sozusagen Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ zu Ende gedacht, der liberale, ultimativ fortschrittliche Westeuropäer, und in Mitteleuropa – ich würde vermuten, auch Ihre Regierung gehört dazu und bekennt sich dazu – verstehen sich viele Menschen als Retter der Basis, der Wurzeln Europas, der Fundamente Europas, die letzten Europäer, die noch sozusagen die Fundamente retten.

Das kollidiert natürlich miteinander, diese Weltsichten, diese Gesellschaftsbilder. Da ist Bevormundung und Rechthaberei nicht richtig, und ich glaube auch Sanktionierungen sind nicht der richtige Weg, um sozusagen kulturelle Empfindungen und Dispositionen zu modellieren, sagen wir einmal vorsichtig, oder zu kujonieren oder so. Ich verstehe, dass die EU insgesamt auf die Einhaltung von Rechtsstaatsprinzipien setzen muss gegenüber uns allen, denn das ist doch die Basis, in der wir operieren, aber die Differenzen und auch diese mentalen Herangehensweisen, die ich versucht habe, zu verstehen, muss man auch mitberücksichtigen. Insofern bin ich auch immer bei diesem Thema Sanktionierungsmechanismen bei dem Coronawiederaufbaufonds hin und her gerissen. Ich verstehe einerseits die harte Linie der EU, aber ich bin auch sehr unsicher, ob Sanktionierungen eigentlich ein hilfreicher Weg sind gegenüber ganzen Völkern, die aus diesen unterschiedlichen Traditionen kommen.

Warum das dann aber so ist, dass etwa in Südeuropa – das haben Sie ja zu Recht beschrieben – trotz dieser, sagen wir einmal, Vorbehalte gegenüber der staatlichen Autorität die Impfquoten viel höher sind als etwa in Teilen Deutschlands oder in anderen Ländern Mitteleuropas – denken Sie an Bulgarien, wo die Impfquote, glaube ich, unter 20 Prozent liegt; ist das jetzt ein südeuropäisches oder ein osteuropäisches Land?; das wäre ja auch noch mal ein Thema für sich genommen –, da muss man wirklich, glaube ich, einzelne Facetten der jeweiligen Länder berücksichtigen.

Eines gilt sicher doch für diese romanischen, südeuropäischen Länder, also Spanien und Italien: Zu diesen Ländern gehört auch, dass die Gesellschaften irgendwie in sich ruhen. Und das In-sich-Ruhen heißt auch, man braucht den Staat gar nicht so sehr, aber die Gesellschaft soll doch schon bitte funktionieren, und da ist Konsens in großer Breite. Allemal die Italiener, aber auch die Spanier etwa, haben ja ganz übelste schreckliche Erfahrungen gemacht in der ersten Welle des Ausbruchs von Corona. Denen muss man nicht irgendwie mit staatlich verordneten Kampagnen kommen, warum der Impfstoff eine gute Idee ist – die haben alle die Bilder von den Särgen in Bergamo im Kopf oder die ewigen Monate des Lockdowns auch für kleine Kinder, die nicht mal auf den Spielplatz durften mit ihren Nachbarkindern – und um sich jetzt impfen zu lassen.

Warum das in Teilen Deutschlands oder auch hier oder auch in anderen Ländern Mitteleuropas so ganz anders bewertet wird von einem Teil unserer Mitbürger, entzieht sich wirklich auch meiner rationalen Erklärung. Es tut mir einfach leid, das so plump sagen zu müssen, denn wir sehen doch, wer nicht geimpft ist und krank wird, endet, wenn es schlimm kommt, auf übelste Weise an Beatmungsgeräten auf der Intensivstation, und es entzieht sich einfach meinem Denkvermögen, zu verstehen, warum sich jemand diesem Risiko aussetzen will, unabhängig von all den politischen Debatten um dieses Thema herum.

**Gerald Schubert:** Herzlichen Dank. Vielleicht abschließend noch, Herr Minister Gulyás, Widerspruch zwischen der Anerkennung der staatlichen Autorität: Wie Sie vorhin ausgeführt haben, hat in Ungarn die Regierung einerseits eigentlich nach wie vor eine große Zustimmungsrate, andererseits im europäischen Vergleich doch eine schlechtere Impfquote. Haben Sie dafür eine Erklärung?

**Gergely Gulyás:** Ja, ich kann sagen, dass wir in der Region eine solchermaßen bessere Impfquote haben, wie die ungarische Regierung populärer ist als andere Regierungen in

## TRANSKRIPT

unserer Nachbarschaft. Also diese 20 Prozent Unterschied kann man auch bei den 63 Prozent Impfquote sehen.

Ich stimme hundertprozentig dem zu, was Sie über die Wichtigkeit der europäischen Werte gesagt haben. Ich denke auch, dass es Sinngelände gibt, darüber hatte ich die Möglichkeit, zu sprechen, wo wir vielleicht nicht übereinstimmen müssen: Migration, Parallelgesellschaft, Familie, Ehe und einige weitere, aber ich denke, dass die Europäische Union sehr, sehr gut funktionieren kann, wenn wir nur agree to disagree in diesem Bereich bestimmen können.

Aber es gibt gemeinsame Werte: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit gehören eindeutig zu diesem Punkt. Mein Problem ist, dass wenn die Rechtsstaatlichkeit nur ein politischer Slogan ist, dann ist das eine Annullierung der Wichtigkeit des Begriffes. Und ich bin dagegen. Ich kann Ihnen sagen, dass nach der Kanzlerschaft von Frau Merkel der jetzige ungarische Regierungschef, der Parlamentschef, der Staatspräsident die Einzigen in Europa sind, die nicht nur während Demokratie und Freiheit über die Wichtigkeit der Demokratie und Freiheit gesprochen haben, sondern die während einer Diktatur für die Freiheit und für die Rechtsstaatlichkeit gekämpft haben. Und ich denke, das ist eine Leistung, die wir anerkennen müssen.

Identität und Souveränität: Ich denke, das war keine Frage, als wir der EU beitraten. Wir haben einen Teil der Souveränität anders geregelt, und das bedeutet, wie es die ungarische Verfassung formuliert, dass wir einen Teil unserer Souveränität mit anderen EU-Mitgliedsländern gemeinsam ausüben. Das ist deshalb wichtig, weil das bedeutet, dass die europäischen Institutionen keine Supermacht oder einen Superstaat vertreten, sondern sie vertreten uns, als Österreicher, Deutsche, Tschechen, Slowenen oder Schweden, indem sie in diesem Kompetenzbereich die gemeinsame Politik der EU ausüben dürfen. Und das bedeutet auch eine Identitätsfrage. Eine allein stehende europäische Identität gibt es nicht. Europäische Identität kann nur so sein, dass ich Ungar bin und europäisch, ich bin Österreicher und europäisch oder Rumäne und europäisch. Das ist eine doppelte Identität, denn die Vielfalt Europas gehört unserer gemeinsamen wertvollen Geschichte.

**Gerald Schubert:** Das war ein schönes Schlusswort. Ich bedanke mich für die sehr interessante und angenehme Diskussion. Ich entschuldige mich bei denen, die vielleicht noch eine Frage gehabt hätten und nicht zu Wort gekommen sind. Es ist jetzt doch schon 4 Minuten nach 12, das ist ein ziemlich gutes Ergebnis, ich muss meinen Zeitplan einhalten.

Es gibt jetzt eine lange Mittagspause. Genießen Sie sie! Ich wünsche Ihnen interessante Gespräche am Buffet. Wir treffen uns wieder um 14.15 Uhr, wenn ich richtig informiert bin, und am Nachmittag übernimmt dann Edit. Guten Appetit! Danke schön. *(Beifall.)*

\*\*\*\*\*

*(Es folgt der Kulturimpuls durch das Musikschullehrer-Ensemble der Musik- und Kunstschule Waidhofen an der Ybbs.)*

\*\*\*\*\*

*(Beifall.)*

**Edit Inotai (Journalistin):** Vielen Dank für diese sehr gute Musik. Man hat jetzt fast Lust, zu tanzen. Ich muss sagen, es ist das zweite Mal nach der Pandemie, dass ich Livemusik erleben konnte. Dass wir diese Möglichkeit hier gehabt haben, schätze ich besonders.



## TRANSKRIPT

Aber jetzt geht es weiter. Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zum zweiten Teil der Konferenz. Meine Name ist Edit Inotai. Ich werde diese Gesprächsrunde über Europa im 21. Jahrhundert moderieren.

Ich weiß, nach der Mittagspause ist es immer eine Herausforderung, das Gespräch wieder in Schwung zu bringen. Aber ich bin sicher, wir werden mit unseren Referenten, den Panelisten und den Themen, die wir praktisch auf unserem Programm haben, eine spannende Diskussion haben. Wir sind fast am Ende des Jahres 2021. Mehr als 60 Jahre nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die später die Europäische Union geworden ist, und seit mehr als 15 Jahre ist die Mehrheit der ost- und mitteleuropäische Länder Teil der Europäischen Union. Leider hat die EU letztes Jahr ihr erstes und hoffentlich letztes Mitglied verloren. Die EU hat die Pandemie, wie alle Krisen vorher, gut beziehungsweise mehr oder weniger gut, überstanden.

Sicherlich wurden daraus einige Lehren gezogen. Mit Recht können wir uns jetzt fragen, wo steht heute Europa? In welche Richtung will Europa sich weiterentwickeln? Die Welt um uns herum verändert sich rasch. Die Vereinigten Staaten, unser wichtigster Verbündeter, richtet sich mehr und mehr nach Osten, nach Asien. Europa muss Stellung beziehen in den immer angespannten amerikanischen, chinesischen Konflikten. Russland bleibt bis heute die größte Sorge für viele mittel- und osteuropäische Länder. Um es etwas pessimistisch zu formulieren, Unruhe herrscht in unserer Nachbarschaft, im Osten wie im Süden. Die Frage ist, ob Europa, die Europäische Union, bereit und fähig ist, als Global Player zu agieren, Verantwortung zu übernehmen und zusammen als eine Gemeinschaft zu handeln?

Wir werden auch darüber reden, welche Rolle Mitteleuropa in der Zukunft spielen sollte. Wo sind unsere Stärken? Sind wir Europäer bereit, einen Teil unserer Souveränität für das Gemeinwohl aufzugeben? Das sind die Themen, die Rahmen, worüber wir mit unseren Panelisten in den nächsten eineinhalb Stunden diskutieren möchten.

Jetzt möchte ich zwei Impulsreferate zu dem Thema „Europa im 21. Jahrhundert“ ankündigen. Für das erste Impulsreferat würde ich Herrn Peter Mišík, Botschafter der Slowakei in Österreich, auf das Podium bitten.

### **Impulsreferat: „Europa im 21. Jahrhundert“**

**Peter Mišík (Botschafter der Slowakei in Österreich):** Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Exzellenzen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Wie Sie wissen, eine Rede nach der Mittagspause hat immer einen kleinen Nachteil: Es kann passieren, dass das Allerwichtigste bereits gesagt wurde. Deshalb möchte ich mich im Voraus entschuldigen, wenn ich etwas sagen werde, das Sie bereits gehört haben. Aber ich könnte diesen schlechten Eindruck ein bisschen verbessern, indem mein Beitrag ein bisschen kürzer wird.

Um besser zu verstehen, was vor uns liegt und wie wir uns am besten auf die Herausforderungen der nahen Zukunft vorbereiten, sollten wir uns daran erinnern, dass es kein besseres Projekt für Europa des 21. Jahrhunderts gibt als die Europäische Union selbst. Das Projekt des geeinten Europas wurde auf den Trümmern der beiden größten europäischen Tragödien errichtet. Scheitert dieses Projekt, könnte unser Kontinent wieder dort landen, wo er vor dem Jahr 1914 war. Bis 2005, als das Referendum über die europäische Verfassung scheiterte, war das Wetter über der EU so nicht ungünstig.

Enthusiasmus und Begeisterung für den Wiederaufbau Europas begleiteten den Prozess der europäischen Einigung in dem ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Lebensstandard stieg rasant an, vor allem im wesentlichen Teil Europas.

## TRANSKRIPT

Die Kombination von Demokratie, Wohlstand und Freiheit wurde so erfolgreich und attraktiv, dass ihr selbst das kommunistische System erliegen musste. Das Projekt eines geeinten Europas ist zum Synonym für Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit geworden, die für die selbstbewusste Mittelschicht die wichtigsten Komponenten sind. Der Mittelstand ist eine Säule, auf der die EU steht. Scheitert nur eine dieser Komponenten, droht das gesamte Projekt zu scheitern.

In guten Zeiten war die EU hervorragend und wurde zu einem Modell für andere Regionen in der Welt. Das Problem ist, dass die guten Zeiten vorbei sind. Bedeutet diese Tatsache, dass wir nach anderen Modellen suchen sollten, dass wir die EU verlassen sollten wie die Briten oder dass die einfachen Lösungen der Populisten den Ausweg bilden? – Sicherlich nicht; im Gegenteil: Wir sollten auf dem aufbauen, was sich bewährt hat. Gerade in den schwierigen Zeiten der Pandemie sehen wir, wie wichtig die EU für die Europäer geworden ist. Ohne die EU hätten wir nicht genügend Impfstoffe. Ohne den Erneuerungsplan hätten wir nicht genug Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau oder für Investitionen in die Modernisierung. Ohne der EU würden die Staatsgrenzen viel länger geschlossen bleiben und die wirtschaftlichen Folgen wären noch viel dramatischer. Es ist wunderbar, dass unsere Länder in unsicheren Zeiten nicht alleine dastehen und auf die Solidarität sowie die Stärke der EU zählen können.

Doch die Ressourcen sind begrenzt. Die Schulden müssen zurückbezahlt werden und eine Krise wird auf die nächste folgen. All dies geschieht in einer Welt, in der die Zahl unserer Freunde abnimmt und die Zahl unserer Gegner leider zunimmt. Für totalitäre und korrupte Regime wäre das Scheitern der EU ein Segen. Was sollten wir tun? Warten bis das schlechte Wetter besser wird? Sollen wir zu nationalen Egoisten zurückkehren? – Nein. Das geopolitische Wetter wird sich nicht bessern. Außerdem, stehen wir vor unpopulären Maßnahmen, um die Klimakrise zu überstehen, und nationale Lösungen sind angesichts solcher Herausforderungen nicht sinnvoll. Dennoch steht die Mehrheit der Europäer hinter der EU, was auch ein Grund für Optimismus sein sollte. Außerdem gibt es genügend Ideen, innovative Pläne und kreative Energien, um Europa wieder fit zu machen.

Jede Krise ist auch eine Chance für Erneuerung. Als Europäer können wir stolz darauf sein, dass wir die Vorreiterrolle im Kampf um die Rettung des Klimas übernommen haben. Wenn die Mittel des Erneuerungsplans klug investiert werden, können europäische Energiespartechnologien den notwendigen Durchbruch bringen. Da können Zeugen beweisen, dass es gleichzeitig möglich ist, klimafreundlich und wirtschaftlich erfolgreich zu überleben. Die Pandemie hat uns gezeigt, welche Chancen die Digitalisierung bietet. Auch wenn Europa heute kein Vorreiter in der Digitalisierung ist, die Chance zur Wiedergutmachung besteht. Die Pandemie zeigt uns auch, dass die Globalisierung kein Patentrezept für alles ist. Wir werden strategische Güter, wie Halbleiter oder Medikamente wieder selbst produzieren müssen. Dabei ist es wichtig, dass wir für risikofreudige, kreative und unternehmerisch denkende Menschen die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen, sonst werden sie ihr Glück woanders suchen – weniger Bürokratie, mehr Innovation.

Die Finanzierungsmitteln sollen nicht nur die Rendite steigern, sondern denen dienen, die den Mehrwert und Arbeitsplätze schaffen. Sicherheit und Stabilität sind die wichtigsten Voraussetzungen für ein „optimistisches“ Szenario. Die geopolitischen Rivalitäten der letzten Jahrzehnte, die zu Krieg, Migration und humanitären Katastrophen führten, sind nicht weit von Europa entfernt. Leider hat sich die Sicherheitslage in unserer Nachbarschaft verschlechtert. Trotz verschiedener Papers, Strategien scheint da die Europäische Union eher ein Beobachter statt Handelnder zu sein. Dass die EU im Nahen Osten schwächere Karten hat, wird nur wenige

## TRANSKRIPT

überraschen. Dass wir jedoch auf dem westlichen Balkan nicht in der Lage sind, unsere Versprechen zu erfüllen, grenzt an geopolitische Naivität oder Unverantwortlichkeit.

Kredit ist eine starke Währung der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn unsere Feinde uns als Schwächlinge behandeln und neuerdings sogar die Migration als wirksame Waffe der hybriden Kriegsführung gegen uns einsetzen. Sie testen, ob unsere Solidarität und innere Stabilität nicht nur leere Worte sind. Wir sollten uns nichts vormachen, wir befinden uns im Krieg, auch wenn dieser Krieg nur „hybrid“ ist.

Ob wir in Griechenland oder Polen gegen die illegale Migration und die Gangsterpolitik von Weißrussland, unterstützt von Russland, kämpfen, ob die ausländischen Agenten in der Tschechischen Republik das Waffendepot in die Luft jagen, ob die staatlichen Akteure bewusst Verschwörungen und Lügen über soziale Netzwerke verbreiten – wir sollten uns bewusst sein, dass das Ziel nicht die einzelnen Ländern, sondern die EU als Ganzes ist. Die CU zieht die Angreifer an, weil sie das Lebensmodell bietet, das die korrupten Autokraten ihrer eigenen Bevölkerung niemals bieten würden. Wir sollten unsere Außen- und Sicherheitspolitik unter diesem Gesichtspunkt betrachten.

Wenn in den geopolitischen Sonnentagen die Einstimmigkeit aus Prinzip der EU-Außenpolitik kein großes Problem darstellte, brauchen wir in Krisenzeiten effizientere Lösungen. Eine Reform der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik scheint unumgänglich zu sein. Vielleicht sollten wir die Diskussion über die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit zumindest für bestimmte Bereiche nicht weiter aufschieben. Gleichzeitig müssen wir unsere Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe und die Verbreitung von Falschmeldungen stärken. Wir in der Slowakei sehen, wie gefährlich Desinformationskampagnen sind. Es wird deutlich, dass diese Aufgabe ohne eine gesetzliche Regulierung der sozialen Netzwerke nicht mehr zu bewältigen ist.

In der Migrationspolitik sollten wir die Bereiche ausbauen, in denen wir uns bereits einig sind. Das bedeutet Hilfe beim Schutz der Außengrenzen, mehr Engagement bei der Beseitigung der Ursachen illegaler Migration so wie eine effizientere Bekämpfung von Schleusern.

In der Verteidigungspolitik brauchen wir eine einsatzfähige Einsatzgruppe, wie auch den politischen Willen, sie einzusetzen. Seit 2005 haben wir Battlegroups in der Europäischen Union; das Problem ist, dass wir sie nie genutzt haben.

Koordination brauchen wir auch bei der Beschaffung von Waffensystemen: 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung. Die Nato ist und bleibt der wichtigste Garant für die kollektive Sicherheit in der EU mit Richtstaaten. Das bedeutet jedoch nicht, dass die europäische Verteidigungspolitik hier relevant bleiben sollte. Umgekehrt, um eine wirksame Abschreckung aufzubauen, brauchen wir beides, eine starke Nato und eine starke EU. Die Slowakei nimmt die EU und Nato als natürlichen strategischen Partner wahr. Wir sollten die Synergien zwischen beiden Partnern stärken, denn damit stärken wir uns gegenseitig.

Abschließend hätte ich vielleicht noch eine kurze Bemerkung: Angesichts der großen existenziellen Fragen, die hier heute erwähnt worden sind, bin ich mir nicht ganz sicher, ob manche Themenkonflikte, die uns innerhalb der EU in diesen Tagen trennen, wir heute wirklich brauchen. Ich meine vor allem die sogenannten kulturellen Fragen und Kämpfe, bei denen wegen der verschiedenen historischen Entwicklungen die Meinungen, zum Beispiel zwischen skandinavischen Ländern oder den Ländern in Zentraleuropa, verschieden sind. Ich möchte die Bedeutung der kulturellen Fragen nicht anzweifeln, sondern ich sage nur, dass es besser wird, wenn wir uns in diesen Krisenzeiten auf die wichtigsten Prioritäten konzentrieren - Klima, Sicherheit, Verteidigung, industrielle Revolution – und dann gemeinsam so rasch und effizient wie

## TRANSKRIPT

möglich die notwendigen Ergebnisse liefern. Leider leben wir in komplizierten Zeiten, in denen Schwäche nicht unbestraft bleibt. Aber jede Krise bringt auch neue Hoffnung. Ich vergesse nie, was der heilige Johannes Paul II uns in den schwierigsten Zeiten des Kommunismus gesagt hat: Habt keine Angst! – Und ich bin mir sicher, wir brauchen diese Botschaft heute mehr denn je. *(Beifall.)*

**Edit Inotai:** Vielen Dank, Herr Botschafter Mišík für diese sehr klare und teilweise kritische Rede. Wir haben in dieser Gesprächsrunde über viele Themen zu reden.

Jetzt würde ich gerne das zweite Impulsreferat ankündigen, Dr. Emil Brix, Direktor der Diplomatischen Akademie Wien. – Das Podium gehört Ihnen.

### **Impulsreferat: „Die EU in der Welt des 21. Jahrhunderts“**

**Emil Brix (Direktor der Diplomatischen Akademie Wien):** Meine Herren Präsidenten! Exzellenzen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann eigentlich ziemlich klar an das anschließen, was Botschafter Mišík gesagt hat, und ihm gleich von Anfang an widersprechen. Ich glaube nicht, dass wir im Krieg sind. Ich glaube auch nicht, dass wir sagen können, dass wir heute die Kultur nicht unbedingt prioritär in Europa sehen müssen. Botschafter Mišík hat zu Recht gesagt, Strategie ist wichtig, Verteidigung ist wichtig, gemeinsame Außenpolitik ist wichtig, aber wir sehen, wenn wir uns überlegen, warum wir denn in Europa gemeinsam Politik machen wollen und Gesellschaften aufbauen wollen, dann geht es letztlich ohne diese gemeinsame kulturelle Dimension nicht. Im 21. Jahrhundert hat sich daran eigentlich nichts geändert. Was sich geändert hat, ist, dass wir unterschiedliche Vorstellungen haben, wie Kultur aussieht. Die Kulturtechniken haben sich geändert. Aber eines hat sich nicht geändert – und da kommen wir eigentlich schon zum Thema Mitteleuropa –: dass wir Räume in Europa brauchen, die mit unterschiedlichen kulturellen Vorstellungen darüber, wie wir zusammenleben wollen, umgehen können.

In Mitteleuropa war das eigentlich immer die große Herausforderung: unterschiedliche Sprachen, Kulturen, Religionen. Wien ist ein gutes Beispiel: Gerade in diesem Raum, jetzt nicht dieser Saal, aber ein anderer Saal im Parlamentsgebäude, wurden bis 1918 sieben, acht, neun Sprachen gesprochen. Es war nicht unkompliziert, daraus etwas Gemeinsames zu machen. Wir wissen auch, dass es gescheitert ist. Es ist nicht daran gescheitert, dass die Habsburger Monarchie eine schlechte Armee hatte – vielleicht auch daran, das weiß ich nicht so ganz genau – oder dass uns die Deutschen bei diesem Krieg zu wenig geholfen haben. Es ist daran gescheitert, es gab kulturell keine Überzeugung mehr, dass man gemeinsam Politik machen will. Es ist 1918 über Nacht entschieden worden, dass man sich ethnisch aufteilt. Wie kompliziert das ja immer gewesen ist. Für mich zeigt das schon, welche Rolle Kultur im Zusammenleben und im 21. Jahrhundert spielt.

Aber mein Thema ist eigentlich, wo dieses Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts steht. Ich möchte am Schluss zur Kultur kommen und im Wesentlichen darauf hinweisen, wir stehen nicht gut da. Wir stehen nicht gut da. Ich gehöre nicht zu denen, die immer nur Dystopien machen wollen, aber wir haben nun einmal keine europäische Cloud, wir produzieren kein Handy, das weltweit vertrieben wird, die großen sozialen Plattformen haben nicht ihre Hauptquartiere in Europa, sondern sie haben sie woanders. Das sind riesige Aufgaben, die wir ernst nehmen wollen. Es ist ein Ansatz, aber sicher nicht genug, um zu sagen, wir wollen eine geopolitische Kommission in der EU sein und wir wollen eine strategische Autonomie entwickeln.

Vielleicht haben wir noch nicht ganz ausreichend umgesetzt, welche Veränderungen vor sich gegangen sind. Diese Europäische Union hat sich ja seit ihrer Gründung im

## TRANSKRIPT

Wesentlichen darum gekümmert, dass innerhalb ihrer Grenzen Frieden herrscht und dass letztlich vier Freiheiten durchgesetzt wurden. Der Wandel, den wir vielleicht stärker berücksichtigen müssen, ist dadurch geschehen, dass sich nach Ende des Kalten Krieges Europa anders aufgestellt hat, dass Europa nicht mehr nur mit der Innensicht der wachsenden Europäischen Union und mit der Frage, wer denn noch integriert werden kann, ausreichend formuliert werden kann. Das heißt, wir haben einen fundamentalen Wandel von der Innensicht dessen, was wir tun, zur Außensicht zu machen. Wir müssen schauen, wie sich in einem wenig stabilen geopolitischen Umfeld hier eine gemeinsame Politik formulieren lässt und eine geopolitische Rolle in stabiler Weltordnung herzustellen ist.

Es ist von Botschafter Mišík und von vielen anderen gesagt worden: Na ja, die Pandemie ist geradezu ein ideales Beispiel, um mehr für die Europäische Union zu werben. – Ich fürchte, auch da muss ich im Impuls, nicht nur um zu provozieren, sagen, das Gegenteil sehe ich eigentlich. Diese Pandemie hat letztlich trotz aller Bemühungen der Europäischen Kommission, der Mitgliedstaaten, des Rates doch auch gezeigt, dass wir in vielen zentralen Fragen wieder auf den Nationalstaat zurückgeworfen wurden, sei es in den Gesundheitssystemen, sei es auch in der Frage, ob Grenzen offen oder geschlossen sind, sei es in der Frage, wie die Versorgung mit entscheidenden medizinischen Geräten durchgeführt werden soll. Dann sind wir als Europäische Kommission so ein bisschen hinterhergelaufen und haben gesagt, aber wir haben ja schließlich die Vaccination möglich gemacht. Auch da wissen wir alle, mit welch großen Problemen - - Gerade jetzt gehen zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland auch wieder zumindest die Kommentatoren davon aus, sollten man Medikamente brauchen, dann sollte man sie eher national besorgen und sich nicht wieder auf eine gemeinsame Beschaffung der Europäischen Kommission verlassen. Diese Pandemie ist aus meiner Sicht leider gerade ein Beispiel, dass wir zwar auf einem Weg sind, aber dass wir nicht sagen können, wir haben hier eine Europäische Union, die das alles für uns wirklich so klar formulieren kann, wie es ich mir persönlich wünschen würde.

Ja, und dann kann man natürlich die Frage stellen: Wir reden von Europa, wissen aber ganz genau, dass wir eigentlich von der Europäischen Union reden. Ich wundere mich bei jeder derartigen Diskussionen immer, wie leicht das in einem Topf geworfen wird. Aber wenn wir es uns wirklich ansehen, dann ist zwischen dem Europa des Europarates mit all seinen Mitgliedern und der EU ein gewaltiger Unterschied. Was wir hier Europa nennen, ist eigentlich fast das Doppelte. Und die Frage, wie wir umgehen mit dem Rest von Europa, halte ich für eine der zentralen Fragen.

Es ist schon richtig, dass wir uns geopolitisch positionieren müssen und wissen müssen, ob wir mit China jetzt, welche Formulierung wir für die Zusammenarbeit da immer finden wollen, zusammenarbeiten, dass wir die transatlantische Partnerschaft aufrechterhalten müssen. Aber wir sollten uns um den near abroad der Europäischen Union mehr kümmern, um das nahe Ausland, das heißt, alles was unsere Nachbarschaft betrifft. Es scheint mir wesentlich zu sein, dass wir uns gerade jetzt in diesen Jahren auf den Westbalkan, auf die Frage, was gerade denn, ich sage es salopp, im Raum zwischen Deutschland und Russland eigentlich passiert, wie wenig europäisch denn das aus unserer Sicht ist und welche Mittel wir denn wirklich haben, um dort entscheidenden Einfluss zu nehmen.

Belarus ist ein sehr unerfreuliches Beispiel dafür. Ich sollte das in dem Rahmen nicht allzu detailliert ausführen. Aber wenn ich mir denke, was westliche Unternehmen in diesem Zusammenhang an schwierigen Entscheidungen zu treffen haben, wie sie sich gegenüber dem Regime und den wirtschaftlichen Möglichkeiten und Interessen verhalten, die sie selber in solchen Ländern haben, dann sehen wir, dass wir da zentrale Aufgaben haben, die wir in unserer Nachbarschaft wahrnehmen sollen. Da habe

## TRANSKRIPT

natürlich noch gar nicht den gesamten Mittelmeerraum erwähnt, wo wir eine ähnliche Problematik haben.

Und mein dritter Punkt ist die Frage: Bin ich glücklich? Sollen wir glücklich sein, dass es eine geopolitische Kommission gibt, wo auch der hohe Außenbeauftragte sagt, wir müssen die Sprache der Macht lernen? – Also ich denke schon, dass ich glücklich bin. Aber wenn ich mir anschau, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit die Kluft so groß ist, dass ich niemanden finde, der mir erklären kann, wie es wirklich umsetzbar ist, dann frage ich mich, ist es vernünftig mit dem Anspruch zu beginnen und zu hoffen, dass wir irgendwann auch einen solchen Moment erleben werden, wo das Wirklichkeit ist.

Ich bin hier etwas skeptisch, wie Sie merken, wenn ich mir ansehe, wie europäische Vertreter in Ankara oder in anderen Teilen der Welt, um nicht Moskau auch noch zu erwähnen, behandelt werden. Das sind Symbole, aber es sind Symbole, die darauf hinweisen, dass zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit eine Kluft ist, die sich nicht einfach mit Worten, sondern eigentlich nur mit Taten beseitigen lässt.

Erlauben Sie mir, ein paar Ansätze zu geben, wie ich meine, dass ein konstruktiver Beitrag der mitteleuropäischen Länder in dieser globalen Machtverschiebung aussehen könnte. Das Erste ist sicher, wir brauchen in den großen geopolitischen Fragen, das heißt, wie unser Verhältnis zu den USA ist, wie unser Verhältnis zu China und vielleicht auch zu Russland ist, tatsächlich eine gemeinsame Meinung innerhalb der Europäischen Union. Diese gemeinsame Meinung haben wir derzeit nicht. Da ist, denke ich – und da, glaube ich, ist die Stimmung Mitteleuropas ziemlich eindeutig –, eine solche gemeinsame Linie notwendig.

Mein zweiter Punkt aus der Perspektive der mitteleuropäischen Länder ist, wir müssen gegen Spaltungstendenzen arbeiten – das hängt zusammen –, die es innerhalb der Union gibt, um sie zu überwinden. Und das Arbeiten, um die zu überwinden, heißt aus meiner Sicht nicht, dass wir Mitgliedsländern vorschlagen sollten, sie sollen doch austreten, wenn sie sich nicht an die Regeln des Klubs halten, sondern wir müssen mit ihnen arbeiten, damit es gemeinsame Regeln gibt, die ihren kulturellen Vorstellungen gerecht werden können. Wir haben in Europa nun einmal unterschiedliche historische Erfahrungen. Ich bin froh, als Österreicher sagen zu können, wir haben zumindest diese kommunistische Erfahrung in meinem Lebenszeitraum in Österreich nicht gehabt – aber, wie Sie wissen, nur 50, 60 Kilometer von hier entfernt.

Spaltungstendenzen möglichst zu verändern und die Kluft zu schließen heißt auch für mich, möglichst keine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten zuzulassen. Wir haben ja schon ziemlich viele unterschiedliche Geschwindigkeiten. Wie Sie alle wissen, in großen Fragen haben wir, und das überwiegend ohne die Bevölkerung direktdemokratisch zu fragen, Schritte gemacht, die dazu geführt haben. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass, wann immer man jetzt sich Analysen ansieht, die über die Rolle der mittel- und osteuropäischen Staaten in der EU sprechen, wieder das Wort der Zweiklassengesellschaft genannt wird. Das sollten wir nicht zulassen. Daran müssen wir arbeiten, dass das nicht möglich ist, um tatsächlich eine gemeinsame Stimme in den großen Fragen, die ich genannt habe, zu haben.

Wir sollten aus der Perspektive der mitteleuropäischen Staaten durchaus auf die Migrationspolitik eingehen. Wir müssen es im 21. Jahrhundert sogar. Ich meine, und ich bin hier - - Noch einmal: Das ist ein Impulsreferat. Das heißt, ich darf ein bisschen mehr sagen, als man es in einem öffentlichen Rahmen sonst tut. Wir sollten eine Migrationspolitik formulieren und umsetzen, die illegale Einwanderung verhindert. Das klingt ein bisschen hart. Das Ziel muss aber klar sein: legale Möglichkeiten der Zuwanderung, das ist selbstverständlich. Illegale Formen der Zuwanderung sollten aber möglichst verhindert werden. Ich habe derzeit nicht den Eindruck, dass die Bemühungen

## TRANSKRIPT

der Kommission um eine gemeinsame Migrationspolitik dieses Ziel wirklich im Vordergrund haben. Das sage ich sozusagen auch aus der Sicht anderer mitteleuropäischer Staaten, wie ich weiß.

Meine nächste Anregung aus der Perspektive Mitteleuropas wäre eine, die ich kurz schon angeschnitten habe. Weil sie mir so wichtig ist, wiederhole ich sie: Bei allen Bemühen, im globalen Wettbewerb als ein Akteur dabei zu sein, dürfen wir das nahe Ausland, die Nachbarn der EU nicht vergessen. Wir müssen Politik für unsere unmittelbare Umgebung machen. Ich sehe die Gefahr, dass wir heute, morgen, übermorgen immer wieder eine Krise vor uns haben und auch nicht die strukturelle Fähigkeit haben, auch in unseren Nationalstaaten nicht die Fähigkeit haben, dafür zu sorgen, dass wir diese zentralen Themen, wie etwa den Westbalkan, auf der Prioritätenliste halten.

Ich habe nur noch zwei Themen, die ich ansprechen möchte, aber zwei wichtige. Ich glaube, aus der Perspektive der mitteleuropäischen Staaten geht es auch darum, dass wir die Grundideen der Demokratie gegen scheinbar im 21. Jahrhundert erfolgreiche autoritäre Ideen verteidigen müssen. Ich werde oft gefragt: Na ja, ist es nicht so, dass, wenn in China und Russland etwas entschieden werden muss, es eine Machtvertikale gibt und es daher viel einfacher und schneller ist, politische Entscheidungen zu treffen, während wir in unseren liberalen Demokratien sehr komplizierte Kontrollmechanismen, Entscheidungsstrukturen haben? – Ich glaube, hier die Grundidee der Demokratie mit all ihren Werten, die sie enthält, zu verteidigen, ist eine schwierige, aber ganz entscheidende Aufgabe. Sie müssen wohl die nächsten Jahrhunderte – ich denke sogar, im 21. Jahrhundert ist es nur ein Anfang – verteidigt werden.

Damit das gelingt, muss es auch um die kulturelle Dimension Mitteleuropas gehen, eines Raums, der aufgrund von Geschichte und Geographie viele Gemeinsamkeiten entwickelt hat und damit auch ein Vorbild für Europa sein kann, dahin gehend, wie es möglich ist, Gemeinsames zu entwickeln. Wenn ich mir ansehe, wie die Europäische Union mit Kultur umgeht, dann muss ich sagen, es ist eine Schande. Es gibt kaum eine gemeinsame europäische Zuständigkeit für Kultur. Das ist höchstens eine ergänzende Maßnahme. Der Promillesatz, der vom Budget für Kultur aufgewendet wird, ist beschämend. Jeder Versuch, da mehr gemeinsam zu machen, wird von den meisten Mitgliedstaaten abgelehnt mit dem Hinweis, dass Erziehung, Bildung, Kultur eine Kernkompetenz der Nationalstaaten sei. Das ist schon ein Knackpunkt. Wenn wir nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Kultur unterstützen und fördern sollten, dann werden wir das auch nicht erreichen. Wir können es noch so oft in unseren Reden verlangen, wir werden es nur erreichen, wenn wir auch im Erziehungsbereich, im Bildungsbereich einfach mehr an Gemeinsamkeiten zulassen.

Sie sehen schon, ich habe mich bemüht, ein bisschen zu provozieren. Ich bitte Sie trotzdem, alles was ich gesagt habe, einigermaßen ernst zu nehmen. Mir ist es jedenfalls ernst, weil, wenn ich mir in den letzten zwei, drei Jahre die Reformdiskussionen inklusive des jetzigen Prozesses zur Zukunft der Europäischen Union angesehen habe, dann bin ich es eigentlich leid, dass nur eine einzige Stimme wirklich Vorschläge gemacht hat. Es war nur Emmanuel Macron mit seinen Reden aus dem Jahr 2018, jetzt ist es auch schon drei Jahre her, der wirklich Vorschläge für eine Vision Europas gemacht hat, die dann nicht von anderen diskutiert wurden.

Da wir hier auch auf Einladung des Sächsischen Landtages sind, kann man ja sagen – es ging auch um Deutschland –, dass die deutsche Regierung nicht reagiert hat auf diese Vorschläge. Was hat er gesagt? – Ich habe mir nur das aus der Rede der Karlspreisverleihung 2018 angesehen. Er hat einfach vier Prinzipien formuliert und darauf kann man eigentlich schon aufbauen. Ich unterstütze als Österreicher sonst ungern die zentralistischen Ansätze eines französischen Staatspräsidenten, aber in dem

## TRANSKRIPT

Fall schon. Er hat gesagt: Seien wir nicht schwach, haben wir keine Angst, warten wir nicht zu und lassen wir uns nicht spalten! Vier ganz einfache Prinzipien und niemand hat auf ihn geantwortet. – Danke vielmals. (*Beifall.*)

**Edit Inotai:** Vielen Dank, Herr Dr. Brix, für diese sehr, sehr gute Rede und für die Punkte, worüber wir noch diskutieren werden.

Ich bitte um ein bisschen Geduld, weil das Podium jetzt für die Paneldiskussion umgebaut wird. Dann werde ich die Panelisten noch einmal ausführlich vorstellen.

Ich würde auch die Leute im Publikum fragen oder bitten, wir werden dann nach der Gesprächsrunde noch einmal die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen. Bitte halten Sie Ihre Fragen bereit. Ich bin sicher, dass die Panelisten die Fragen sehr gerne beantworten. Das ist wichtig, damit wir interaktive Gespräche führen können.

Jetzt würde ich die Panelisten bitten, nochmals zum Podium zu kommen: Dr. Emil Brix, Dr. Petr Drulák, Dr. Rafał Dutkiewicz und Herr Botschafter Peter Mišík.

**Podiumsdiskussion: „Europa im 21. Jahrhundert – moderner, nachhaltiger, globaler?“**

**Edit Inotai:** Jetzt sind wir bereit. Also noch einmal, ich würde sehr gern unsere Panelisten hier willkommen heißen und sie auch vorstellen.

Dr. Emil Brix, das wissen wir schon, dass Sie Direktor der Diplomatischen Akademie Wien sind, aber Sie waren natürlich auch Botschafter in London und in Moskau und, ich denke, wir rechnen mit Ihrer Expertise auch, wenn wir über Russland und wenn wir über Nachbarschaftspolitik sprechen werden.

Prof. Petr Drulák vom Institute of International Relations Prague, er war auch stellvertretender Außenminister der Tschechischen Republik zwischen 2014 und 2015 und auch Botschafter in Paris. Vielleicht können wir auch über die Ideen von Präsident Macron hier sprechen.

Dr. Rafał Dutkiewicz, Oberbürgermeister der Stadt Wrocław a. D., er hat die Stadt 16 Jahre lang geleitet. Ich denke, das ist ein Rekord mehr oder weniger, und früher war er auch Koleiter und Vorsitzender des Bürgerkomitees Solidarność in Breslau. Das ist auch wichtig, ein bisschen über die Vergangenheit zu sprechen.

Last aber not least Herr Botschafter Peter Mišík, Botschafter der Slowakei in Österreich. Er hat auch schon eine lange Karriere in der Diplomatie, früher auch in Bonn, Berlin, Brüssel gearbeitet, und hat praktisch alle wichtigen Abteilungen im Außenministerium geleitet.

Ich bin Edit Inotai. Ich habe am Anfang vergessen, mich vorzustellen. Ich bin aus Ungarn und ich bin Journalistin und ich bin sehr froh, dieses Panel zu moderieren.

Jetzt gehen wir erst, wir sind ziemlich gut in der Zeit. Ich muss die Impulsreferenten bitten, sich an die Zeit zu halten. Ich denke, wir sollten mit Außenpolitik anfangen und der Stelle Europas in der Welt.

Wie Präsident Rößler schon am Anfang erwähnt hat, gibt es diese globale Machtverschiebung. Die Vereinigten Staaten kucken immer mehr nach Osten. Was bedeutet das für Europa? Müssen wir auch wählen zwischen China und den Vereinigten Staaten oder können wir unsere Wirtschaftsbeziehungen mit China aufrechterhalten? Also was ist unsere Aufgabe in diesen Zeiten?

Ich würde gern mit Dr. Petr Drulák anfangen.



## TRANSKRIPT

**Petr Drulák (Institute of International Relations Prague):** Eine schönen guten Nachmittag. Danke für die Frage. Ich glaube, dass wir vor allem ein unabhängiges Europa aufbauen müssen, strategisch auch, und das ist überhaupt nicht einfach. Also in gewissem Maße teile ich auch den Skeptizismus von Herrn Dr. Brix, wenn er sagt, dass er sich fragt, ob die Kommission die Sprache der Macht sprechen soll.

Ich glaube, dass wir als Europa diese Sprache lernen müssen, aber ich bin nicht sicher, ob die Europäische Kommission das Organ ist, das das kann, und ich frage mich - - und ich weiß nicht, ob die Kommission das machen soll, ich glaube nicht.

Wir brauchen eine ganz andere institutionelle Struktur, wenn wir wollen, dass Europa in den Machtfragen seine eigene Position in der Welt hat. Wenn Sie fragen, welche Rolle oder welche Position Europa im Streit zwischen den Vereinigten Staaten und China einnehmen soll, würde ich nicht sagen, entweder eine chinesische oder amerikanische, sondern eine europäische. Das ist wichtig, aber dazu müssen wir erst unsere eigene Position kennen, und die kennen wir noch nicht, weil wir eine deutsche, französische, polnische, spanische, italienische haben, und die sind ganz unterschiedlich.

Sobald wir diese Position kennen, müssen wir Machtinstrumente haben, um auch diese Position durchzusetzen, und das haben wir auch nicht. Wenn wir über die Europäische Union als einen strategischen Akteur sprechen, dann muss man mehrere Tabufragen öffnen.

Für mich ist eine der Tabufragen, die ganz offensichtlich ist, die Frage der Nuklearwaffen. Wenn Sie in der heutigen Welt als strategischer Akteur anerkannt werden möchten, dann brauchen Sie das. Das ist einfach.

Die Frage ist, wie man damit in Europa umgeht. Es gibt ein einziges Land in Europa, das das kann, das ist Frankreich, aber das ist nicht die europäische Lösung. Es gibt viel, viel mehr Fragen, die man öffnen muss, wenn man über Europa als einen strategischen Akteur spricht, also das ist nicht nur die Frage von China und Vereinigten Staaten. Das ist auch die Frage von Russland.

Für Osteuropa ist die Schlüsselfrage, die Schlüsselsicherheitsfrage mit Russland verbunden, und Osteuropa ist atlantisch, ist amerikaorientiert, weil Osteuropa weiß, Zentral- und Osteuropa weiß, dass die Vereinigten Staaten die Atomabschreckung haben. Europa hat keine Atomabschreckung, also das ist für uns relativ einfach.

Also wer ist der Akteur, der die Region, der das Gebiet beschützen kann? – Niemand in Europa bis jetzt. Wenn Europa unabhängig, strategisch autonom sein will, muss es auf diese Frage eine klare Antwort geben.

**Edit Inotai:** Also jetzt sind wir ganz stark in der Mitte der Debatte über nukleare Waffen. Braucht Europa nukleare Waffen? Braucht Europa eine Armee? Ich sehe, dass Herr Dr. Rafał Dutkiewicz aus Polen reagieren möchte.

**Rafał Dutkiewicz (Oberbürgermeister der Stadt Wrocław a. D.):** Drei oder vier kurze Bemerkungen: Also erstens, es gibt nukleare Waffen in Europa, das sind die amerikanischen nuklearen Waffen.

Zweitens, wenn man über China spricht, dann muss man wirklich damit anfangen, das ist ein Staat, der nicht demokratisch ist, und das ist am Anfang ziemlich entschieden. Drittens, umso wichtiger ist die europäisch-amerikanische Achse, die transatlantische. In dem Sinne hat Brexit eine schreckliche Rolle gespielt, aber trotzdem, diese Achse sollte ständig von uns unterstützt werden.

Zum Thema Russland, um es locker zu machen, da erzähle ich Ihnen ein alte polnische Anekdote, die leider zur Zeit Putins wieder aktuell ist. Es ist nach dem Ersten Weltkrieg passiert. Es gab eine Kommission, die dafür verantwortlich war, die Grenze zwischen

## TRANSKRIPT

Polen und der ehemaligen Sowjetunion, also Russland, im Feld physisch zu bestimmen, und die haben entdeckt, die Grenze wird ein Haus teilen.

Dann haben die gesagt: Ja, gut, wir müssen die Grenze verschieben, aber in welche Richtung, nach Westen oder nach Osten? Wir fragen den Bauer: Herr Bauer, nachdem die Grenze bestimmt ist, wollen Sie lieber in Polen oder in Russland wohnen? – Und er hat sich sofort entschieden und hat gesagt: Bitte auf der polnischen Seite! – Okay, dann verschieben wir die Grenze 20 Meter nach Osten, aber sagen Sie uns: Wieso haben Sie sich so schnell für Polen entschieden? – Und seine Reaktion war: Man sagt, der Winter ist viel, viel kälter auf der russischen Seite. (*Heiterkeit.*)

**Edit Inotai:** Na ja, es ist lustig, aber vielleicht ist es auch ernst. Ich denke, auch von der diplomatischen Seite gibt es Kommentare zu Atomwaffen und europäischer Außenpolitik.

**Peter Mišík:** Ich möchte nur daran anschließen, was der ehemalige Herr Bürgermeister gesagt hat, weil das meiner Meinung nach das Wichtigste ist.

Wir sollten uns vorstellen - - Wir sollten uns die Frage stellen: Wünschen wir uns, dass China globale oder Supergroßmacht des 21. Jahrhunderts ist? Meine Antwort ist: Bestimmt nicht, weil uns das schaden würde. Wir sind Bestandteil einer gemeinsamen Zivilisation. Wir teilen dieselben Werte mit den Amerikanern. Wir können selbstverständlich kritische Meinungen haben, aber letztendlich sind wir Bestandteil einer gemeinsamen Zivilisation, die die transatlantische oder demokratische Zivilisation ist, und aus diesem Gesichtspunkt ist es mir klar, dass wir gemeinsam mit den Amerikanern diese strategische Diskussion führen sollten, was auch nicht bedeutet, dass wir jetzt nur antichinesisch handeln sollten.

Wir, selbstverständlich, haben auch eigene Interessen, aber wenn es um die Grundsatzfrage geht, wählen Sie zwischen Amerikanern oder Chinesen, dann ist es mir klar. Wir sind Bestandteil einer demokratischen Tradition. Wir gehören zu dieser Zivilisation und deshalb sollten wir mit den Amerikanern sprechen, reden und unsere Politik koordinieren.

**Edit Inotai:** Herr Brix, können wir wählen oder müssen wir wählen oder können wir unsere Wirtschaftspolitik mit China weiterverfolgen wie früher oder ist es wirklich eine Zeit, wo wir durch Washington unter ein bisschen Druck sind?

**Emil Brix:** Die Anforderung, zu wählen, nimmt sicher zu. Das ist sicher gewachsen und daraus erklärt sich dann auch, wie schwierig es geworden ist, zu formulieren, wie viel transatlantisches Verhältnis wir in Europa haben oder wie wenig wir haben wollen. Wenn man es in ein Bild fassen will: Es ist nun einmal so, der Hund wedelt mit dem Schwanz und nicht der Schwanz mit dem Hund. Das Verhältnis zwischen Amerika und Europa ist halt nun einmal so, wie es ist, und da muss sich dann irgendwann der Schwanz überlegen: Wie viel Eigenständigkeit bleibt ihm eigentlich dann noch?

Das ist eine ernsthaft gemeinte Situation, in der wir sind. Das heißt, wir brauchen, wenn wir von strategischer Autonomie sprechen, müssen wir auch ungeschönt sagen, die völlige Abhängigkeit von den amerikanischen Strukturen im militärischen, strategischen Bereich, in allem, ja selbst was die Satellitensituation bis heute betrifft, ist für Europa nur erträglich, wenn wir darauf verzichten, ein eigenständiger Akteur zu sein.

Wenn wir nicht verzichten, dann müssen wir uns das sozusagen kritisch ansehen und sehen, wo wir dieses Verhältnis so verändern können, dass wir auch ein Partner sind, gleichberechtigt, weiß ich nicht, aber ein Partner sind, der ernstgenommen wird, und da habe ich jetzt nicht überall den Eindruck, egal wie die Administration in den USA heißt, dass man sich wirklich um die Europäer Sorgen macht.

## TRANSKRIPT

Da geht man eher davon aus, dass wir Europäer keine Wahl haben, und wenn wir uns eine Wahl nehmen wollen, wie beim Investitionsschutzabkommen mit China, dann wird sofort Druck auf europäische Staaten ausgeübt, damit das nicht passiert, und wir haben auch nachgegeben in all diesen Fragen – also das ist für mich eindeutig. Darf ich aber einen Satz zur Frage sagen: Mit welcher Stimme soll Europa eigentlich international auftreten?

Ich sehe das wie Herr Drulák. Die Kommission ist dafür nicht geeignet. Was mir gefällt, ist der Vorschlag, der von Angela Merkel gemacht wurde, einen europäischen Sicherheitsrat zu überlegen. Das wird nicht reichen, nur den zu überlegen und einzurichten. Dahinter muss auch etwas Macht stehen, das ist völlig richtig.

Ich würde nicht sofort Nuklearwaffen ankaufen wollen, aber dahinter muss Macht stehen, aber dann wäre es viel klarer, dass es hier nicht darum geht, dass eine bürokratische Einrichtung wie die Europäische Kommission sich sozusagen die Macht über Europa nehmen möchte, sondern dass hier eine Verantwortung von Mitgliedsstaaten delegiert wird an einen gemeinsamen Sicherheitsrat.

Ich weiß nicht, ob es eine Chance gibt, so eine Idee zu verwirklichen, aber wenn es um strategische Autonomie Europas geht, wäre das für mich ein konkreter und ganz wichtiger Schritt.

**Edit Inotai:** Es geht jetzt natürlich auch um gemeinsame Verteidigungspolitik, Sicherheitspolitik, wenn wir über Außenpolitik sprechen. Das gehört auch dazu. Es ist immer wieder die Rede von einer europäischen Armee, einer Verstärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten.

Ursula von der Leyen zum Beispiel, die Präsidentin der Kommission, hat in ihrer Rede zur Lage der Nation letztlich gesagt: Wir müssen in unserer Nachbarschaft und in unterschiedlichen Regionen für Stabilität sorgen. Wenn wir uns um die Krisen andersorts nicht rechtzeitig kümmern, kommen sie zu uns. Also was ist die Antwort Europas? Kann Europa eine gemeinsame Armee haben? Soll es? Was sind die wichtigsten Bedrohungen? Fangen wir an mit Herrn Dutkiewicz. Über Bedrohungen können die Polen natürlich viel sagen heutzutage.

**Rafał Dutkiewicz:** Na ja, schon. Also was an der östlichen europäischen und polnischen Grenze passiert, hat schon für den ganzen Kontinent eine Bedeutung. Die Diskussion über eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik hat sich ein bisschen beschleunigt zur Zeit von Trump. Damals hat man entdeckt, so was ist höchstwahrscheinlich notwendig.

Heutzutage sprechen wir weniger darüber, und ich glaube, ich habe vorher betont, und das betone ich ständig, die europäisch-amerikanische, also die transatlantische Achse, ist wirklich von Bedeutung, aber wenn wir eine eigene Politik in dem Sinne europäisch ausüben können, ist die Achse noch stärker. Deswegen würde ich ziemlich stark dafür plädieren, dass eine solche Politik entsteht, und dann letztendlich sollte auch eine europäische Armee entstehen.

Wann und wie, das ist eine tiefere Diskussion, aber man sollte doch in diese Richtung meiner Meinung nach gehen.

**Edit Inotai:** Stimmen Sie auch zu? Herr Brix, von einer österreichischen Perspektive ist die Frage der europäischen Armee irgendwie vielleicht spannender als von den anderen Ländern, da es nicht Nato-Mitglied ist.

**Emil Brix:** Ja, Sie sprechen auch die Neutralität an. Nein, aber es ist österreichische Position, dass wir uns zu einer verstärkten Zusammenarbeit auch im militärischen, strategischen Bereich bekennen. Das tun wir auch in unserer Partnerschaft mit der Nato,

## TRANSKRIPT

und auch wenn es um Pesco geht, also Österreich setzt Schritte in mehr gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, aber selbstverständlich, wenn Sie die österreichische Bevölkerung fragen, dann ist sie ganz stark gegen Nato, dann ist sie ganz stark gegen bewaffneten sozusagen Kampf in Europa, ganz stark gegen eine Aufhebung der Neutralität.

Das sind alles Symbolbegriffe geworden, mit denen auch die österreichische Politik leben muss, aber noch einmal gesagt, der Schritt in Richtung europäische Armee wäre sicher ein Schritt zur Stärkung der europäischen Eigenständigkeit, der genauso, wie Herr Oberbürgermeister gesagt hat, auch unser transatlantisches Verhältnis stärken würde, und die Hauptfrage ist da natürlich: Wie sieht Russland das? Meine Erfahrung ist, dass wir hier nicht erwarten können, dass das von Russland als freundlicher Akt angesehen würde, wenn die Europäische Union plötzlich neben ihrer Handelsmacht auch eine militärische Macht werden würde.

Ich habe in vielen, vielen Diskussionen mit russischen Kollegen erlebt, dass sie alles tun, um diese Europäische Union nicht als eine Gemeinschaft zu sehen, dass sie alles tun, um sie zu spalten, und wo immer es eine Möglichkeit gibt, das auch zu tun. Das russische Außenministerium leugnet das ja auch gar nicht, dass eine der großen Gefahren, die sie laut einem historischen Artikel von Sergej Lawrow sogar immer abwehren mussten in Russland, das waren Angriffe aus Europa. Zuerst waren es natürlich die aus dem Osten, dann war es Europa, Amerika, und dann Europa überwiegend, und dagegen muss man sich wehren.

Man wehrt sich am besten, indem man Teile dieser europäischen Gemeinschaft auf seine eigene Seite holt, und ich erlaube mir die persönliche Bemerkung, ich wurde als österreichischer Botschafter von russischen Politikern mehr umarmt, als mir lieb sein konnte.

**Edit Inotai:** Ich denke, wir werden über Russland gleich sprechen, aber ich würde ein bisschen zurück zur europäischen Verteidigungspolitik und Armee kommen. Herr Botschafter Mišík, ist die Europäische Union in der Lage, mit einer Stimme zu sprechen? Nicht jetzt, aber vielleicht in den nächsten fünf, zehn Jahren. Gehen die Gespräche in diese Richtung, dass Europa wirklich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik formulieren kann oder eher nicht?

Ist es wirklich möglich oder ist das nur illusorisch, über eine europäische Armee zu sprechen?

**Peter Mišík:** Zunächst, Frau Inotai, wenn Sie mir erlauben, ich werde den Impuls, den ich jetzt gerade von Herrn Dr. Brix bekommen habe, auch ausnutzen, weil Herr Dr. Brix recht hat. Die Russen machen alles, um uns zu spalten, aber gleichzeitig machen sie alles, um Europa, um uns zu einigen oder um darüber nachzudenken, wie wir strategischer, globaler handeln können.

Ich bin der Meinung, dass, wenn sie die Diskussion mit der Schaffung der europäischen Armee anfangen, dann könnte das kontraproduktiv wirken. Als slowakischer Diplomat, selbstverständlich, sage ich, und das habe ich auch in meinem Referat gesagt: Wir brauchen die Nato und wir brauchen die EU.

Wir brauchen mehr EU im Bereich der Verteidigungspolitik. Wir brauchen die EU, die einsatzfähig ist, die wenigstens in Nachbarregionen etwas unternehmen kann, weil wir sonst in der Situation sind, dass wir keine Politik, keine Machtpolitik gegenüber Nachbarn, gegenüber Russland, gegenüber den Vereinigten Staaten, gegenüber China machen können.

Wenn Sie außenpolitisch wirksam handeln wollen, brauchen Sie auch bestimmte Macht, und dazu gehört selbstverständlich auch die verteidigungspolitische Macht, aber eine

## TRANSKRIPT

europäische Armee ist meiner Meinung nach vielleicht das Ende des Prozesses. Dieser Prozess wird noch längere Zeit dauern, aber wir haben konkrete Projekte, wo wir mehr Tempo machen sollten, und die wurden hier auch erwähnt.

Zum Beispiel ist das diese Koordination bei der Anschaffung der Waffensysteme, oder Mehrausgaben für die Verteidigungspolitik von den einzelnen Mitgliedsländern, bessere Koordination bei der Verteidigungspolitik, bei den verteidigungspolitischen Strategien.

Wir brauchen auch die Atmosphäre in der Europäischen Union ehren, weil dieses Projekt als Friedensprojekt geschaffen wurde, aber leider, wie gesagt, diese guten Zeiten sind vorbei und deshalb werden wir uns anpassen müssen.

Entweder passen wir uns an oder, leider, wir könnten auch das erste Opfer dieser neuen Situation sein. Deshalb habe ich, und das ist auch eine Antwort darauf, was Herr Dr. Brix gesagt hat, ja, ein bisschen absichtlich das Wort Krieg benutzt. Selbstverständlich sind wir nicht im Krieg, aber wir sollten unsere Denkweise ändern, weil wir angegriffen worden sind.

Wir wurden angegriffen und man testet, wie wir uns mit dieser neuen Situation abgeben. Wenn wir nur pazifistisch reagieren, dann werden die Angreifer noch weiter gehen, bis das Projekt scheitern könnte.

Deshalb bin ich der Meinung, wir müssen auch darüber sprechen, worüber wir vielleicht vor zehn, zwanzig Jahren nicht sprechen wollten. Die starke Nato, die starke EU und auch der Bereich Verteidigungspolitik ist meiner Meinung nach die beste Antwort auf das, was passiert.

**Edit Inotai:** Jetzt haben wir sozusagen die Elefanten im Raum. Wir müssen über Russland sprechen. Es wurde schon ein paarmal erwähnt. Herr Drulák, ist Russland eine Bedrohung für Europa? Kann Russland ein Verbündeter sein oder ein Partner? Wie sehen Sie das als Wissenschaftler oder vorheriger stellvertretender Außenminister?

**Petr Drulák:** Das ist eine schwierige Frage. Ja, Russland ist gewissermaßen eine Bedrohung. Das ist, sagen wir, eine Quelle eines geopolitischen Drucks gegenüber Europa. Es kann auch ein Verbündeter sein, das ist klar, in vielen Fragen, in Energiefragen, in Terrorismusfragen, in vielen anderen Fragen des internationalen Systems.

Ich glaube, dass wir eigentlich mit Russland eine Diplomatie brauchen, und das machen wir nicht in den letzten Jahren. Man muss einfach - - Man muss mit Russland als mit einer Großmacht reden, und das schafft die Europäische Union nicht so gut.

Es ist nicht einfach, weil die Russen besonders aggressiv sind in den letzten Jahren. Wir waren auch ganz aggressiv gegenüber Russland. Das muss man auch zugeben. Die Ukraine ist ein Staat, der in der Nähe von Russland ist, und jede Aktivität von den westlichen Mächten in der Ukraine ist dasselbe wie die Aktivität von Russland und China in der Karibik für die Vereinigten Staaten.

Wir sind nicht in der Lage, so etwas zu sehen. Ich sage nicht, dass die russische Aktion gegen die Ukraine berechtigt war. Nein, das war ein schweres Verbrechen gegenüber dem Völkerrecht, das stimmt, und das ist - -

**Rafał Dutkiewicz:** Das ist ein Krieg. Das ist keine Aktion, das ist ein Krieg.

**Petr Drulák:** Ja, ich stimme dem zu. Das ist ein Krieg, aber man muss auch verstehen, warum sich Russland provoziert fühlte. Ich sage nicht, dass die Reaktion adäquat war. Das war keine adäquate Reaktion, aber die Kausalität war da.

Wenn wir nicht in der Lage sind, so etwas anzuerkennen, dann können wir nie mit Russland eine vernünftige Beziehung haben.

## TRANSKRIPT

**Emil Brix:** Ich vermute, es gibt große Unterschiede zwischen mitteleuropäischen Ländern, wenn es um Russland geht.

**Petr Drulák:** Das ist nicht die tschechische Position, das ist meine eigene Position, um klar zu sein.

**Edit Inotai:** Aber auch auf der Regierungsebene in manchen Ländern, aber für die polnische - -

**Rafał Dutkiewicz:** Ich wollte nur einfach diese kleine Bemerkung machen, die angenommen wurde. Dafür bedanke ich mich. Das war oder ist ein Krieg. Übrigens führt die polnische Regierung zurzeit eine unvernünftige Politik gegenüber Russland.

Eine gewisse Diplomatie, wie Sie eben gesagt haben, zwischen Europa, der Europäischen Union, und auch zwischen Polen und Russland, das sind doch unsere Nachbarn, sollte geführt werden.

Zurzeit gibt es das kaum in Polen, aber an sich ist schon Russland eine Bedrohung, und die Lage der Ukraine ist dafür schon ein eindeutiger Beweis.

**Edit Inotai:** Kann die EU mit einer Stimme reden oder mit Russland sprechen, oder ist das auch ein Problem, dass die EU selbst ziemlich geteilt ist?

**Emil Brix:** Ich würde sagen: Nein. Wir haben gemeinsame Sanktionen gegen Russland und auch Österreich hält sich daran, manchmal mit mehr Überzeugung, manchmal mit weniger, manchmal ohne Überzeugung sogar, aber wir halten uns an diese 27, aber da gibt es auch einen guten Grund, weil natürlich der Wunsch da ist, gemeinsame Politik zu machen gegen Russland.

Das ist ja auch selbstverständlich, weil bei aller Aggression, und das ist ein Krieg, was passiert ist, in der Krim und im Donbass, aber wir wissen, dass Russland auf jeden Fall Teil Europas ist. Da sind wir jetzt schon wieder bei der Frage EU und Europa, und wir wissen auch, dass wir Nachbarn sind.

Wir wissen, dass wir ein Verhältnis brauchen. Wir wissen, dass innerhalb Europas sehr unterschiedliche Meinungen dazu bestehen, unterschiedliche Erfahrungen bestehen. Ein Pole hat eine andere Erfahrung in der Regel gemacht bezüglich Russland als ein Österreicher, der sagen konnte, eben in meinem Fall, ich bin geboren, da gab es keine russischen Soldaten mehr auf österreichischem Gebiet.

Also da gibt es deutliche Unterschiede, und wir haben heute trotzdem das schlechteste Verhältnis seit Ende des Kalten Krieges mit Russland. Natürlich kann man sagen, die Schuld liegt zu 100 Prozent auf der russischen Seite, aber als Diplomat glaube ich das nicht. Das kann nicht sein. Das gibt es nie, dass eine Seite zu 100 Prozent schuld ist.

Auf unserer Seite haben wir sicher zu wenig an diplomatischen Versuchen gewagt. Ich kritisiere jetzt schon wieder die Europäische Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst. Es wurde wiederholt versucht, mit diesem Europäischen Auswärtigen Dienst Themen herauszufinden, wo wir mit Russland gemeinsame Interessen haben, um zusammenzuarbeiten.

Es ist nicht wirklich gelungen. Es ist dann immer auf technischer Ebene geblieben. Dann hat man gesagt, politisch will man das nicht, und daher gibt es praktisch fast keinen Dialog derzeit, und das ist sicher zum Nachteil auch der Europäischen Union.

Vielleicht noch einen Satz von meiner Seite zu den Sanktionen: Es kann doch nicht sein, dass wir ein Sanktionsregime haben, das auf der einen Seite die Europäer zusammenhalten soll, aber auf der anderen Seite in wesentlichen Teilen von den Vereinigten Staaten von Amerika entschieden wird und auch in wesentlichen Teilen der

## TRANSKRIPT

amerikanischen Wirtschaft nicht schadet, aber der europäischen Wirtschaft schon schadet.

Da ist plötzlich wieder das Verhältnis zwischen Hund und Schwanz im transatlantischen Verhältnis, sogar beim Thema Russland.

**Peter Mišík:** Selbstverständlich, es wäre wirklich gut, wenn wir einen guten Dialog oder eine Dialogbasis mit Russland haben. Das Problem ist, dass Sie für einen Dialog zwei brauchen, und ich bin der Meinung, dass im Moment die Russen kein Interesse am Dialog mit der Europäischen Union haben. Sie sprechen vielleicht mit Frankreich oder mit Deutschland, aber nicht mit der Europäischen Union.

Das Problem ist, dass sich hier zwei Zivilisationen treffen, und wir haben auch unsere Erfahrung mit den Russen gemacht, und 1968 kamen sie und sie brauchten auch keine Anleitung. Sie waren bei uns und es dauerte bis 1990, 1991, bis sie uns verlassen haben.

Ich wollte nur sagen, um mit Russland auf derselben Augenhöhe sprechen zu können, müssen sie bei den Russen Respekt haben, und solange wir keinen Respekt haben, können wir nichts mit Dialog anfangen, weil das eben ein bisschen russische - - Wie soll ich sagen? Das ist Teil des hybriden Krieges gegen uns, dass wir uns schuldig machen, dass wir nicht genügend mit Russland den Dialog machen wollen, und sie sind wirklich nicht an einem Dialog mit der Europäischen Union interessiert, weil die Ziele, die sie verfolgen, ganz unterschiedlich sind zu unseren Zielen. das ist nicht kompatibel, es tut mir leid.

**Edit Inotai:** Nach Russland oder neben Russland sprechen wir ein bisschen über die Bedrohungen. Ja, ich gebe weiter.

**Rafał Dutkiewicz:** Ich wollte noch ganz kurz etwas zum Thema gemeinsame europäische Verteidigungspolitik sagen, also ein Argument dafür ist das, was mit der Nato zurzeit passiert. Ich würde nicht sagen, dass die Nato schwächer geworden ist, aber die Nato ist anders, als sie es war vor ein paar Jahren, und deswegen brauchen wir umso dringender eine Diskussion darüber, wie die Verteidigungspolitik gemeinsam in der Europäischen Union aussehen könnte.

Übrigens, wir sind, also die östlichen Länder, wir sind sehr glücklich, dass wir Nato-Mitglieder sind. Wenn Sie gestatten, dann erzähle ich eine zweite Anekdote, die den Unterschied beschreibt. Polen wurde im Jahre 1997 Mitglied der Nato. Ich habe in den Neunzigerjahren mit meinen Kindern Padova in Italien besucht, und da gab es einen Italiener, der mit meinem kleinen Sohn gespielt hat, und dann sagte meine Frau: Du solltest dich bei ihm bedanken! – Ich habe ihn in eine Bar eingeladen, wir haben Grappa getrunken, und ich habe ihn gefragt, woher er kommt. Er war aus Rom, Roma, und er hat mich zurückgefragt, wo ich herkomme, und da sagte ich ihm, das kennst du höchstwahrscheinlich nicht, das ist eine Stadt, Breslau, Wrocław, und seine Reaktion war: Ah, Wrocław, Brzeg, Oleśnica, Legnica! – Das sind kleine Städtchen um Breslau. Es hat sich gezeigt, er war Offizier bei der Nato, verantwortlich für die Bombardierung von Niederschlesien und konnte alle militärischen Flughäfen in der Nähe von Breslau auswendig.

Ich bin schon glücklich, dass wir jetzt auf der guten Seite sind.

**Edit Inotai:** Herr Drulák, noch eine Anekdote.

**Petr Drulák:** Ja, noch eine Anmerkung zu Nato und Russland, weil mich das, was Herr Kollege Mišík über Russland sagt, auf eine Idee gebracht hat. Sie haben gesagt, Russland ist nicht an einem Dialog mit uns interessiert. Das stimmt.

Wir haben keinen Respekt seitens Russlands, und das stimmt auch, aber dasselbe könnten wir über die Vereinigten Staaten von Amerika sagen. Die sind an keinem Dialog

## TRANSKRIPT

mit uns interessiert. Das haben sie in Afghanistan gezeigt. Das hat Trump gezeigt, aber das hat auch Obama gezeigt. Er war ganz gleichgültig, was Europa betrifft, und das hat auch sein Vorgänger George Bush gezeigt, wenn es um den Irak ging.

Respekt: Haben wir Respekt in den Augen der Vereinigten Staaten? Denkt jemand so etwas? Was wäre der Beweis dafür? Wir haben keinen Respekt in den Vereinigten Staaten. Wir sind, man sagt Verbündete, eher Vasallen, würde ich sagen, eher Vasallen, aber für uns ist das bequem. Ich sage nicht, dass es dasselbe wie mit Russland ist. Russland ist eine Bedrohung. Die Vereinigten Staaten sind keine Bedrohung, das stimmt, aber das ist keine Macht, auf die wir uns langfristig verlassen könnten. Nein, weil für uns die Nato die Frage des Überlebens ist, für die Vereinigten Staaten ist das nur ein interessantes Mittel, das man aufgeben kann, das man nicht unbedingt braucht. Für Europa ist es das Gegenteil, und diese Lage ist sehr, sehr unvorteilhaft für uns.

Deshalb müssen wir unseren Atlantismus überdenken und überlegen. Wenn Präsident Macron vor drei Jahren sagt, dass die Nato in einem Zustand von einem Hirntod ist, hat er, glaube ich, eine große Wahrheit ausgedrückt.

**Rafał Dutkiewicz:** Auf der anderen Seite ist die russische Kultur weltweit immer noch, also Entschuldigung, sehr hoch geschätzt. Sollte irgendwo auf der Welt an einer Uni Slawistik unterrichtet werden, dann ist die zu 80 Prozent mit der russischen Kultur verbunden und dann wiederum zu 80 Prozent mit Dostojewski, aber das ist wieder was anderes.

**Edit Inotai:** Nun für ein Wort zurück zu transatlantischen Beziehungen: Ist Europa nicht schuld, dass die Vereinigten Staaten ein bisschen das Interesse an Europa verloren haben?

**Emil Brix:** Ja, selbstverständlich, wenn ich in Amerika Politik machen müsste, dann würde ich auch sagen, um Europa brauche ich mich nicht zu kümmern, das sind unsere Verbündeten, die reden ohnehin immer von den gemeinsamen Werten. Das ist halt so, wie wenn man als Amerikaner gern ins Museum geht, dann fährt man nach Europa, aber man interessiert sich nicht dafür, wenn es um strategische Fragen geht, um geopolitische Fragen geht. Da hat man keine Sorge, dass hier ein Problem ist. Es kostet zwar dem Amerikaner ein bisschen etwas, Soldaten, Nuklearschutz und so weiter, aber in der Rechnung scheint sich das gut auszugehen. Das heißt aber nicht, dass man ernst genommen wird.

Das hat Macron, ich lobe schon wieder Macron, mit dem Hirntod gemeint, dass es ja eigentlich nicht sein kann, dass immer der Oberbefehlshaber der Nato-Truppen in Europa ein Amerikaner sein muss, undiskutiert, selbstverständlich. Solche Dinge sozusagen sind symbolisch schon ein deutlicher Hinweis darauf, dass wir mehr an eigener Souveränität in Europa aufbauen müssen, aber ich fürchte, das ganze Panel klingt jetzt so anti-amerikanisch und antitransatlantisch. Das wundert mich bei der Zusammensetzung von lauter Mitteleuropäern, deren Ländern alle froh waren, möglichst rasch in die Nato zu kommen.

Botschafter Mišík – Pardon! – nehme ich aus, der hat genau das Gegenteil gesagt, aber hier habe ich doch durchaus sehr skeptische Bemerkungen auch dazu gehört.

**Peter Mišík:** Das sollte man in den Bericht schreiben.

**Emil Brix:** Ja, dass nicht alle der Meinung waren.

Als Österreicher, als neutraler Österreicher bin ich aber ein Beobachter dieser ganzen Diskussion; und im Übrigen bin ich schon der Ansicht, dass natürlich vonseiten der Nato nach 1991, nach dem Ende der Sowjetunion große Fehler gemacht wurden. Diese Diskussion, ob versprochen wurde, dass es keine Nato-Osterweiterung gibt – was auch



## TRANSKRIPT

immer da wirklich besprochen wurde –, zeigt letztlich ja nur, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt über das, was da passiert ist.

Die russische Auffassung ist ganz deutlich: Ihr habt das Versprechen gebrochen, dass es keine Nato-Osterweiterung geben wird! – Ob es wahr ist oder nicht: In der Wahrnehmung der russischen Politik ist es so, während sozusagen in der westlichen Wahrnehmung und auch in unserer Wahrnehmung Russland tatsächlich zu einer Regionalmacht geworden ist, wie Obama unglücklicherweise auch einmal offiziell gesagt hat – und das, glaube ich, verzeihen die Russen selbst einem amerikanischen Präsidenten nicht.

**Edit Inotai:** Wir sitzen in diesem sehr schönen Raum in der Mitte Europas und ich würde auch Ihre Meinungen dazu hören wollen, ob dieser Frieden, den wir jetzt haben in Europa, langfristig bleiben wird oder übersehen wir in Europa gerade die Bedrohungen in unserer Nachbarschaft. Welche sind die größten Bedrohungen für Europa? Sind wir vorbereitet, uns gegen diese Bedrohungen zu wehren? Herr Drulák vielleicht.

**Petr Drulák:** Ja, es gibt keinen Mangel an Bedrohungen. Wir haben schon einige angesprochen. Der geopolitische Druck von Russland und China, das ist gewiss eine Bedrohung. Dann ist eine Bedrohung, die teilweise von außen, aber teilweise auch von innen kommt, der Islamismus, der radikale Islam. Das ist nicht nur etwas, was außerhalb Europas ist, das ist schon innerhalb Europas. In Frankreich ist das besonders stark. Ich denke schon, dass man das auch in Deutschland und Österreich schon antreffen kann. Der Islamismus, Migrationsdruck, das ist eine ganz starke Bedrohung. Es ist eigentlich ganz peinlich, was uns heute passiert, dass die undemokratischen Staaten in der Umgebung von Europa uns wegen der Migration erpressen können. Das macht Erdoğan, das macht Lukaschenka, das haben auch die Marokkaner gemacht, im Frühling, als sie die Grenze zu Spanien, nach Ceuta geöffnet haben. Wir lassen uns erpressen.

**Emil Brix:** Sogar die Russen haben das in Finnland gemacht im Jahr 2015/2016.

**Petr Drulák:** Ja, ja. Und dann gibt es eine Drohung, die eigentlich sehr niederträchtig oder heimtückisch ist, das ist eine innere ideologische Drohung von, ich würde sagen, Progressivismus, von dieser Woke-Ideologie. Das ist etwas, was in Amerika sehr stark ist, aber jetzt auch in gewissen Medien in Osteuropa, das ist diese Cancel Culture, diese radikale Überwertung von allem, was die europäische Zivilisation, was die europäische Kultur bedeutet. Alle großen Traditionen von Europa werden als verbrecherisch dargestellt. Das ist keine Drohung, die geopolitisch ist, aber das ist etwas, was uns von innen sehr schwächt. Also das macht mir eigentlich große Angst.

**Edit Inotai:** Sprechen wir ein bisschen über die Nachbarschaften. Vielleicht Herr Mišík: Was kann Europa in den Nachbarschaften machen, um diesen Drohungen ein bisschen entgegenzugehen?

**Peter Mišík:** Also zunächst sollten wir nicht weiter an Kreditfähigkeit verlieren, denn das ist wirklich traurig, ja, dass Europa in der Nachbarschaft nicht ernst genommen wird; und ich meine nicht nur die Länder des Westbalkans, ich meine auch unsere osteuropäischen Partner. Also wir sollten sie nicht im Stich lassen, denn dann verlieren wir den Kredit und ohne Kredit können sie kaum eine Rolle des Spieles machen.

Was den Westbalkan angeht: Selbstverständlich sollten wir alles Mögliche tun, damit diese Länder der Europäischen Union beitreten. Das Problem ist, dass heute die Lage noch schwieriger ist als vor einigen Jahren, denn dort gab es um 2000 eine Generation, die Milošević besiegt hatte, ja, das waren Demokraten. Heute gibt es andere Politiker in diesen Ländern, und das wird schwieriger sein, aber es ist sicherheitspolitisch wirklich in unserem wichtigsten Interesse, dass diese Länder weitere Fortschritte im Bereich

## TRANSKRIPT

Transformation, Demokratie, Marktwirtschaft machen, dass es in diesen Ländern besser geht, denn wenn nicht, wenn diese Länder zu Failed States werden, dann werden die Migrationsströme aus diesen Ländern zu uns kommen. Diese Länder werden zum Instrument der anderen Mächte, die der Europäischen Union feindselig gegenüberstehen, und deshalb sollten wir Gesten und Zeichen meiden, die den Boden für die Nationalisten in diesen Ländern einfacher machen.

Was die Situation im Norden Afrikas angeht: Wir brauchen dort Freunde, zuverlässige Freunde – und damit ist alles gesagt.

Und was die östliche Partnerschaft angeht: Wir sollten wenigstens mit den Ländern besser kooperieren und arbeiten, die uns freundlich gegenüberstehen; das sind Georgien, Moldawien, die Ukraine selbstverständlich. Also wir sollten zeigen, dass es sich lohnt, mit der Europäischen Union zusammenzuarbeiten. Wenn wir nichts haben, das wir anbieten können, dann werden selbstverständlich auch die proeuropäischen Regierungen in diesen Ländern scheitern, und das ist auch nicht in unserem Interesse, weil das den Interessen unserer Gegner dient.

**Edit Inotai:** Herr Brix, Sie haben schon im Impulsreferat gesagt, Global Player, es ist vielleicht zu früh für Europa, aber wir müssen uns um unsere Nachbarschaft kümmern. Was können wir machen und was kann Mitteleuropa in dieser Nachbarschaft anbieten?

**Emil Brix:** Na, Mitteleuropa kann einmal die Erfahrung der Transformation anbieten; das geschieht auch, von Polen, Tschechien, Slowakei. Die Probleme, die es bei der Umstellung Richtung Marktwirtschaft, Rule of Law und so weiter gibt: Das wird auch weitergegeben, ist ganz wichtig, auch für den Westbalkan und für die östliche Nachbarschaft.

Das Zweite ist, und da sind wir noch nicht sehr weit: gemeinsam innerhalb der Strukturen der Europäischen Union auf diesen Beitrittsprozess zu drängen, Verbündete zu haben. Da geht es einfach wirklich darum: Friends of schaffen, tatsächliche Friends of Albania und so weiter schaffen, und da ist jeder Schritt, den man erreicht, jeder Staat, den man zu so einer Gruppe dazu bringt, ganz wichtig, um für diese Staaten etwas zu unternehmen.

Der dritte Punkt hat ein bisschen mit dem zu tun, glaube ich, was ich unter Bildung und Kultur angesprochen habe. Wir müssen alle unsere Bildungs- und Kulturprogramme in der Europäischen Union öffnen für all diese Staaten. Die müssen in all diesen Bildungs- und Kulturprogrammen mitmachen können – ist ganz wichtig –, das wird sie auch stärker sozusagen in diesen Prozess der gemeinsamen europäischen Identität hineinbringen. Und ich glaube, nur auf diese Art und Weise können wir tatsächlich auch Spaltungstendenzen überwinden.

Also der erste Schritt für eine strategische Autonomie der Europäischen Union ist für mich, in der Nachbarschaft Verbündete zu schaffen, die auch wirklich wissen, sie profitieren auch ihrerseits von dem, was die Europäische Union tut. Erst der zweite Schritt ist dann, zu sagen, damit haben wir auch mehr Möglichkeiten, geopolitisch, gegenüber China, Amerika und Russland. Das wird dann zwar notwendig sein, aber ohne den ersten Schritt wird es nicht gelingen.

Und wir reden jetzt nicht - - wir reden drum herum, irgendwie, aber die Diskussion, ob innerhalb der Europäischen Union jetzt Ungarn und Polen die Schmutzkinder geworden sind, muss auch geführt werden. Ich meine, es bringt gar nichts, jetzt zu sagen, eigentlich ist es China und Russland und Amerika, am Tablett. Wir müssen auch die Diskussion führen: Wie viel Gemeinsamkeit bei Grundfragen haben wir innerhalb der Europäischen Union und wie tragen wir solche Konflikte aus?

## TRANSKRIPT

Derzeit bewerfen wir uns gegenseitig mit dem Vorwurf, dass wir – entweder – doppeldeutig sind. Von polnischer Seite wird gesagt: Ja, ihr macht es ja ähnlich bei der Ernennung von Richtern, in Österreich gibt es auch einen politischen Einfluss bei der Ernennung von Richtern, das geht bis zum Justizminister! Wir sagen dann auf unserer Seite: Ja, aber das kann man nicht vergleichen mit dem, was Polen bei seinem Justizsystem macht! Dann sagen die Polen wieder: Ja, aber das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, was die machen gegen die Verwendung von europäischen Mitteln! Und dann heißt es von westlicher Seite wieder: Ja, aber das ist ja keine grundsätzliche Infragestellung des Vorranges des europäischen Rechts! Also da stimmt irgendetwas nicht. Wir haben nicht die Kanäle, um solche Fragen zu diskutieren.

Ich habe immer geglaubt, es reicht, wenn man das juristisch aushandelt, aber wenn man sich jetzt anschaut, was der Europäische Gerichtshof aufführt, der ständig Urteile in diesen Fragen erlässt – und dann bleiben die Politiker über, die nicht genau wissen, wie sie es erklären sollen und was sie damit anfangen sollen, eigentlich, und wie sie herauskommen, um die Gemeinsamkeit der Europäischen Union zu erhalten. Das, glaube ich, gehört leider auch zu unserer Zukunftsdiskussion, dass wir da Wege heraus finden.

**Edit Inotai:** Ja, also wir halten zusammen oder nicht in Europa, wir überleben oder nicht.

Herr Mišík wollte etwas sagen.

**Peter Mišík:** Ich wollte nur eine kleine Bemerkung machen, denn in dieser Diskussion, diesmal habe ich die Möglichkeit, ein bisschen zu erklären, was ich damit meinte, als ich diese Kulturkämpfe in meinem Referat erwähnt habe. Also ich sagte, wir sollten vielleicht manche Fragen für eine andere Zeit überlassen, wir sollten uns jetzt auf das Wichtigste konzentrieren.

Ich meine, Westbalkan ist ein gutes Beispiel, denn wir wollten, dass zum Beispiel in diesen Ländern die LGBT-Ehe möglich wird, und damit haben wir aber sehr viele verloren, denn das wurde gegen uns missbraucht, ja, das wurde gegen uns - - Deshalb wollte ich nun sagen, wir sollten aufpassen, auch taktisch, was wir machen und wo und wann wir das machen, weil das war - -, wir haben damit in unsere eigenen Beine geschossen, ja. Deshalb: Wenn man zum Beispiel über Westbalkan, Nachbarschaft spricht, sollte man auch ein bisschen mehr über Taktik sprechen.

**Edit Inotai:** Also Herr Dutkiewicz, wie sehen wir aus, also wie sieht Mitteleuropa aus in der Nachbarschaftspolitik? Was haben wir schon erreicht?

**Rafał Dutkiewicz:** Also ich wollte zu Polen etwas sagen, denn es gibt unterschiedliche Perspektiven, aber erstens, man muss es deutlich sagen, wurde die Rechtsstaatlichkeit in Polen deutlich verletzt. Das ist hundertprozentig klar. Die Gewaltentrennung wurde deswegen in Polen deutlich verletzt. Und es steht in dem Traktat über die Europäische Union, dass Rechtsstaatlichkeit etwas ist, das uns verbindet. Das ist die erste Aussage.

Das Zweite ist, ich wollte zwei Probleme oder Herausforderungen am Beispiel von Polen zeigen: erstens, Polexit. Okay, es ist zur Zeit nur eine Rederei, das steht fest, aber diese Rederei, diese schreckliche Narration hat etwas sehr Gefährliches in Gang gesetzt. So hat es auch in Großbritannien angefangen. Das war eine teilweise - -, eine politische Spielerei, und letztendlich ist es mit Brexit geendet.

Meine These ist: Sollte Recht und Gerechtigkeit, also die Partei von Kaczyński, PiS, noch einmal gewinnen, dann machen sie weiter, dann gehen sie weiter in diese Richtung, weil sie politisch gesehen immer noch von einem rein nationalen Staat träumen. Das ist eine der Herausforderungen.

## TRANSKRIPT

Und eine andere ist die Demografie: Im Jahre 2050 werden wir sogenannten Biopolen in Polen 5 Millionen weniger sein als heutzutage. 5 Millionen! Okay, vielleicht ist in Frankreich die Situation ein bisschen besser, in Deutschland gerade wegen der Migration doch auch besser, aber das ist auch eine Herausforderung für Europa, für die Zukunft von unserem Kontinent, übrigens mit Migration verbunden.

**Edít Inotai:** Ja, ich denke, Demografie ist ein großes Thema, darüber können wir auch sprechen, aber ich würde Sie noch einmal nach dem Polesit fragen. Also das ist in der Presse überall in Europa natürlich sehr hoch - - Es ist eine Sache, wenn eine Regierung das will, aber wie würden die Polen darauf reagieren? Gibt es eine Zustimmung in der Gesellschaft, irgendwelchen Support oder nicht wirklich?

**Rafał Dutkiewicz:** Das ist eine komplexe Frage, weil - - Schauen Sie, ich antworte: Immer noch; immer noch setzen die Polen auf die Europäische Union und sie stehen für Europa. Sollten Sie aber in Polen fragen, ob sie für den Euro, für die Eurozone stimmen würden, sagt die Mehrheit von Polen: Nein, gar nicht! Also so einfach ist es nicht.

Was mir wirklich gefährlich erscheint, ist: Als – der gestorbene – Lech Kaczyński Präsident von Polen war, hat er den Bundestagspräsidenten besucht, und er hat in einem Gespräch mit dem Bundestagspräsidenten zwei Sachen gesagt: Also erstens, der Zweite Weltkrieg, das haben die Deutschen gemacht; zweitens, die Deutschen haben uns gezwungen, Mitglied der Europäischen Union zu sein! Also es gibt in Wirklichkeit eine schreckliche und dumme Rederei in Polen, dass wir gezwungen waren, in die Europäische Union zu kommen, also in dem Sinne: Brüssel, das sind unsere Feinde. Es ist immer noch okay, weil wir finanzielle Unterstützung kriegen und dieser Bankomat ordentlich funktioniert, aber in ein paar Jahren kann es anders gehen.

Also die Antwort ist, wir haben eine komplexe Situation. Die Mehrheit von Polen unterstützt ständig die Europäische Union, aber man spürt, dass die Narration uns in eine andere Richtung bringen könnte.

**Edít Inotai:** Ja, das ist in Ungarn ein bisschen ähnlich, aber ich denke, die ungarische Bevölkerung würde in den nächsten 50 Jahren nicht dafür stimmen, also da bin ich ganz sicher.

Wir haben jetzt ganz viel über Außenpolitik und Verteidigungspolitik gesprochen, und ich würde jetzt auch noch ein bisschen über interne Herausforderungen sprechen oder Sie fragen: Es geht um Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit in Europa, ganz große Themen. Was denken Sie, wie ambitioniert sollte Europa im Klimaschutz sein, besonders heute, wenn wir die steigenden Energiepreise sehen und einige schon über Stromausfälle sprechen? Es gibt heute auch in Österreich eine Blackoutübung, etwas, wo ich, als ich darüber in den ungarischen Zeitungen gelesen habe, erst dachte, das ist reine Regierungspropaganda gegen den Westen, dass die Lage dort so schlimm ist – aber das stimmt. Also was kann Europa gegen diese Energiepreise, gegen diese steigenden Energiepreise tun? Gibt es eine mitteleuropäische Antwort?

Es gibt verschiedene Länder, verschiedene Möglichkeiten. In Ungarn, zum Beispiel, haben wir zentral regulierte Preise für die Privatteute. Also wir kriegen gar keine höheren Strom- und Gasrechnungen, aber jemand muss das natürlich irgendwann bezahlen; die Steuerzahler bezahlen das dann. Ja, also das ist ein bisschen illusorisch. Aber wie soll Europa mit dieser Energiekrise und mit den Klimaschutzfragen – sind die gebunden –, wie sollen wir damit umgehen?

Das ist eine schwierige Frage. Wer möchte das übernehmen? – Herr Brix.

**Emil Brix:** Vielleicht nur, weil das eigentlich wieder das Thema Russland ist, wenn es um die Energiepreise und Energieversorgung geht: Da muss man ja sagen, da ist die Abhängigkeit, die wir von Russland haben, für die nächsten Jahrzehnte unvermeidbar.

## TRANSKRIPT

Was immer wir tun, um erneuerbare Energie zu machen, alle Voraussagen sagen, wir werden diese Abhängigkeit nicht reduzieren können, die Abhängigkeit von Gas, das aus Russland geliefert wird.

Als Österreicher muss ich sagen, wir sind da irgendwie relativ glücklich, wir haben langfristige Lieferverträge, die ältesten Lieferverträge mit Russland – Sowjetunion damals –, die es überhaupt --, hat Österreich abgeschlossen. Wir haben das Jubiläum, glaube ich, vor zwei Jahren hier auch gefeiert, und die Russen haben stolz erklärt, dass sie nie abgedreht haben, dass sie diese Pipeline nie abgedreht haben. Ganz stimmt es nicht: Bei der Ukraine Krise haben sie es einmal natürlich abgedreht.

Die Antwort auf Ihre Frage ist aber sozusagen: Diese Energieabhängigkeit wird bestehen, trotz aller unserer Bemühungen, das zu erreichen – und es wird natürlich durch die Klimaschutzmaßnahmen nicht leichter –, Abhängigkeiten zu reduzieren, weil das ja so eine Zwischentechnologie ist, das Erdgas, aus unserer Sicht, und weil es in Europa Staaten gibt, die sagen, es könnte noch eine andere Technologie geben, Atomkraft. Wir gehören zu jenen, die sagen: Nein, das halten wir für zu gefährlich und für nicht nachhaltig!

Selbst in einer so zentralen Frage gibt es innerhalb der Europäischen Union keine Einigkeit, und da sucht man nach Wegen: Wird das jetzt für grüne Gelder anrechenbar gemacht oder nicht anrechenbar gemacht? Ich weiß gar nicht, vielleicht weiß der Präsident des Nationalrates eher, ob Österreich schon umgefallen ist oder ob wir immer noch sagen, es ist als grüne Investition nicht anrechenbar.

Sie sehen aber schon, das sind so zentrale Fragen, und trotzdem haben wir innerhalb der Europäischen Union da keine gemeinsamen Antworten.

**Edit Inotai:** Also Herr Dutkiewicz, Polen überlegt jetzt auch, Atomkraft zu haben, und das ist ganz interessant. Alle anderen --

**Rafał Dutkiewicz:** Ja, das wollte ich gerade sagen. Es gibt zu viele Deutsche hier, als dass ich es wage, über Atomkraftwerke zu -- (*Heiterkeit.*) Also in der energetischen Lage der Welt und insbesondere in Europa sollte die Frage über Atomkraftwerke wieder gestellt werden, insbesondere deswegen, da es zur Zeit diese kleineren Kraftwerke gibt, die nicht mehr so gefährlich sind. Das ist das Erste.

Das Zweite: Es gibt ein interessantes Beispiel, was Klimapolitik anbelangt, das ein bisschen mit europäischer Integration zu tun hat. Wenn ein Flugzeug, wenn eine Maschine über ein Land fliegt, dann muss man dem Land etwas zahlen, und die Preise sind in verschiedenen Ländern in Europa unterschiedlich. Wären die Preise in den unterschiedlichen Ländern in Europa gleich, dann ließen sich 10 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren – und wir sind immer noch nicht in der Lage, eine solche Lösung zu schaffen. 10 Prozent!

Ein drittes wichtiges Thema ist Nahrungsmittelproduktion. Das ist eine riesige Herausforderung für Europa. Ich habe gerade Flugzeuge genannt: Alle Flugzeuge der Welt sind für 2 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Fleischproduktion ist, je nachdem wie man es rechnet, für 8 bis 10 Prozent der Emissionen verantwortlich. Also hier sind die Innovationen und neue Technologien von Bedeutung, und das schaffen wir in Europa (*Ruf: Blockchain!*) nur gemeinsam, wirklich nur gemeinsam.

**Edit Inotai:** Herr Drulák, Sie sind sehr kritisch gegenüber der Klimapolitik der EU.

**Petr Drulák:** Ja, ja, was die Klima- und Energiepolitik der EU betrifft, das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, das ist für mich etwas, was jede Grenze der Vernunft weit überschritten hat. Also was sagt man? – Man steigt aus der Kohle aus – okay, Kohle ist schmutzig –, man steigt aus der Kernenergie aus, sie ist gefährlich. Was bleibt? – Es

## TRANSKRIPT

bleibt Sonne – da haben wir in Tschechien nicht so viel. Es bleibt Wind – den haben wir auch nicht, wir haben keine Seeküste. Und das Einzige, was danach bleibt, ist das Gas, das kommt aus Russland. Also das soll das Ergebnis sein, dass wir alles, unsere ganzen Energiebedürfnisse von Russland gedeckt haben wollen.

Es gibt auch eine andere Lösung, und das ist das berühmte LNG. Polnische Kollegen und kroatische Kollegen haben LNG-Facilities gebaut, aber LNG ist sehr teuer, das ist drei Mal oder vier Mal so teuer wie die amerikanischen, wie die russischen; und ich kann mir nicht vorstellen, dass das umweltfreundlich ist. Das ist diese Frackingtechnologie. Man muss große Schiffe haben, um das über den Ozean zu transportieren. – Das ist irre! Das ist irre, was hier geschieht.

Also ja, wenn man über Energiepreise spricht, hängt das irgendwie mit Russland zusammen – aber es hängt mit Brüssel zusammen, das ist auch das Ergebnis dieser Energiepolitik. Und jetzt, als die tschechische Regierung einige Maßnahmen machen wollte, um die Leute zu begünstigen, die von der Energiekrise betroffen sind, muss man nach Brüssel gehen und sagen: Wir wollen das machen! Aber das ist der Energiemarkt, also muss Brüssel Ja sagen – und Brüssel sagt: Nein, wir müssen den Markt arbeiten lassen!

In der Energiefrage gibt es keinen Markt, das ist kein Markt, das ist total künstlich, das ist total künstlich von Subventionen so, sagen wir, umgeschaltet, dass man von keinem Markt sprechen kann. Trotzdem kann man nicht soziale Maßnahmen machen, weil es gegen den Markt wäre.

Also was die Energie- und Klimapolitik betrifft, das ist etwas, was eigentlich der Europäischen Union in Tschechien sehr viel geschadet hat; Migrationskrise und Energie- und Klimapolitik.

**Edít Inotai:** Aber trotzdem: Wir haben auch eine Klimakrise und wir haben eine Energiekrise. Wie kommen wir aus diesen zwei raus?

**Peter Mišík:** Zuerst möchte ich sagen: Meiner Meinung nach könnte diese Preissteigerungskrise nur kurzfristig sein, denn ich habe gelesen, dass manche Energieversorger sich verspekuliert haben, dass die Lage vielleicht im nächsten Jahr wieder gut sein könnte.

Tatsache ist, dass der Preis der Energie aus zwei Komponenten besteht: Das sind die realen Preise, die der Markt generiert, und da sind die anderen Teile des Preises, die vor allem aus Steuern bestehen; und da haben die Staaten Möglichkeiten, ein bisschen zu spielen, um die negativen Konsequenzen für die Ärmsten oder Unschuldigsten zu korrigieren.

Was die langfristige Versorgung Europas mit Energie angeht, stimme ich Herrn Dr. Brix zu, dass wir langfristig angewiesen sind. Ich finde das aber nicht gut. Ich finde, das ist ein Problem für uns, denn damit haben wir weniger Möglichkeiten, autonome europäische Politik zu schaffen. Ja, und Energiepolitik ist meiner Meinung nach Sicherheitspolitik, das ist nichts anderes.

Es gibt aber auch Hoffnung. Selbstverständlich spreche ich nicht von Fusionsreaktoren, das könnte vielleicht in 20, 30 Jahren eine Alternative sein; aber wenn wir effizienter mit der Energie arbeiten, dann könnten wir auch weniger Energie brauchen. Also wir sollten auch Technologien erforschen, die weniger Energie brauchen. Ich bin der Meinung, wir haben genug Möglichkeiten und genug Forscher, die mit guten Ideen kommen; wir sollten sie finanzieren, und Finanzmärkte sind, wie ich weiß, auch bereit, solche Projekte zu finanzieren.

## TRANSKRIPT

Was den Elefanten im Raum angeht, das ist die Atomenergie: Ja, also wir sind Realisten. In der Slowakei werden mehr als 50 Prozent der Elektrizität in den Atomkraftwerken produziert, und das ist eine Tatsache, das ist die Realität, die werden sie nicht morgen oder übermorgen ändern können. Wir sind ein industrielles Land und wir brauchen Energie. Wir haben vielleicht nicht so viele große Ängste vor Blackouts, aber gleichzeitig sehe ich im Moment keine Möglichkeit, denn wir werden bis 2023 aus der Kohle aussteigen – aber wenn Sie aus der Kohle raus sind, dann brauchen Sie Alternativen. Also Sie können aus der Kohle rausgehen, aus der Atomenergie rausgehen, und was machen Sie dann? Dann schließen Sie das Geschäft? – Das geht nicht, so ist die Realität.

**Edit Inotai:** Ja, das zeigt uns Deutschland, was es nach der Kohle und nach der Kernenergie gibt. – Herr Dutkiewicz.

**Rafał Dutkiewicz:** Eine technische, eine rein technische Bemerkung: Also wir sind schon in der Lage, viel mehr Solarenergie und Windenergie zu produzieren. Das lässt sich machen. Die Herausforderung ist, die Energie zu sammeln, das ist die wichtigste Herausforderung, die bald zu lösen wäre. Wenn das gelöst ist – mit Wasserstoff oder mit einer anderen Lösung –, dann kann es schneller in diese grüne Richtung gehen.

**Emil Brix:** Darf ich nur sagen: Wichtig ist natürlich auch die Infrastruktur, wie Energie in Europa verteilt wird, gerade die Stromnetze, eine ganz entscheidende Frage. Also die Europäische Union muss in ein vernünftiges Stromnetz investieren, was selbst Deutschland bisher nicht gelingt; das ist ja eine Riesenfrage. Das muss aber eine Priorität der europäischen Politik sein, auch jetzt sozusagen, mit den Geldern aus dem Green Deal.

**Edit Inotai:** Ich habe noch viele Fragen, aber ich denke, es ist Zeit, das Publikum zu fragen; vielleicht gibt es – und ich hoffe, es gibt sie – Fragen, Anmerkungen.

Bitte, wir haben ein Mikrofon, gibt es Fragen? – Ja, können Sie sich bitte vorstellen.

**Gabriele Bajalan (Lehrerin an der HAK Sankt Pölten):** Ja, mein Name ist Gabriele Bajalan, ich bin die Lehrerin, die heute mit einer Kollegin und einer Klasse aus der HAK Sankt Pölten hier ist, und ich würde gerne die Diskussion noch ein bisschen in Richtung Jugend lenken.

Die EU, glaube ich, muss wirklich auf die Jugend setzen. Das tut sie Gott sei Dank, es gibt Erasmus plus. Wir sehen als Problem, dass die Anmeldung recht bürokratisch ist, sehr schwierig. Wir haben in den Schulen meistens keine Mittel, dass uns jemand anmeldet. Wir schreiben 60-seitige Anmeldeformulare, werden abgelehnt, probieren es wieder, damit die Schüler an diesen Austausch teilnehmen können. Ich glaube, das sind die ganz, ganz wichtigen - -, und das würde ich gerne noch allen in Erinnerung rufen und Sie bitten, wo immer Sie sich vielleicht hinwenden können, uns da zu unterstützen und das für die Jugend vielleicht zu erleichtern.

Als Zweites ist mir irgendwie eingefallen, weil Greta Thunberg – für die Energie – in aller Munde ist: Wir bräuchten so jemanden auch für Europa, glaube ich, für die jungen Leute, eine Influencerin oder einen Influencer oder so irgendjemanden, der die jungen Leute in diese Richtung mitreißt.

Wir sind EU-Botschafterschule und konnten vor Kurzem mit einigen unserer Junior Ambassadors an einem Austausch mit jungen Leuten in Nyíregyháza in Ostungarn teilnehmen, und es funktioniert. Also wenn die Leute zusammenkommen: Es ist großartig, wie sich die gleich verstehen, sprachübergreifend, mit Englisch, Gott sei Dank, im großen Sinn. Also bei der Jugend ansetzen und die Positivstimmung – nicht die vielen Probleme, wenn es geht, sondern vielleicht so viel wie möglich die Positivstimmung – in die Jugend tragen!

## TRANSKRIPT

Was mir noch aufgefallen ist: In Ungarn war an vielen Gebäuden zu sehen: partially financed with the European Union, und das sehen wir hier nicht, in Österreich fast nicht. Das Gute, was die EU macht, sehe ich viel zu wenig. Wir hören leider so oft, wenn etwas nicht gut geht, ist die EU schuld, aber was sie im Guten bringt, müsste, glaube ich, auch noch und gerade der Jugend viel mehr weitergegeben werden. – Danke.

**Edit Inotai:** Vielen Dank, das ist sehr wichtig: die Jugend und Europa. Was kann Europa für die jungen Leute tun, und wie können wir, die ältere Generation, den Jungen Europa nahebringen? – Herr Dutkiewicz, vielleicht?

**Rafał Dutkiewicz:** Na ja, also es wurde das Erasmusprogramm genannt, das ist eines der besten Programme in der Europäischen Union. Wenn man aber über die junge Generation spricht: Für sie ist die Klimapolitik von höchster Bedeutung. Das ist die Generation, die einen neuen Gang – in dem Sinne – in Europa schaffte, deswegen sollte gerade das wirklich deutlich gemacht werden.

Und okay: Austausch von Schülern ist etwas Bedeutendes, für die Bürokratie in Brüssel sind wir hier letzten Endes nicht verantwortlich, aber man kann sich entschuldigen.

**Edit Inotai:** Als Botschafter können Sie vielleicht helfen?

**Peter Mišík:** Ja, das ist eine sehr wichtige Frage. Es heißt ja ständig, wir haben jetzt eine Konferenz über die Zukunft Europas, und wir in der Slowakei sprechen sehr viel mit den jungen Menschen; auch wir als Botschafter kommen in die Slowakei, um mit den jungen Menschen zu sprechen, und ich muss sagen, diese jungen Menschen sind so gut ausgebildet und sehr kritisch. Es lohnt sich, sich direkt mit den jungen Menschen zu treffen, und das ist nicht so einfach; Sie müssen wirklich ausgezeichnet vorbereitet sein, um auf die konkreten Fragen Antworten zu geben.

Die zweite Sache ist: Da sind die neuen Technologien, da sind diese sozialen Netzwerke. Also wir unterschätzen, wie einflussreich diese sozialen Netzwerke sind; damit sollten wir etwas tun, auch europäisch.

**Edit Inotai:** Herr Drulák, als Wissenschaftler.

**Petr Drulák:** Ja, ich würde sagen, dass Erasmus ohne Zweifel ein großer Erfolg der europäischen Integration ist. Das ist ein Programm, das echt gelungen ist. Was ich wichtig für die junge Generation finde, ist die Information – wie sich eigentlich über Europa informieren? –, denn die Medienlandschaft ist heute mit verschiedenen Arten von Propaganda konfrontiert. Also es gibt feindliche Propaganda von den, sagen wir, von Russland gesponserten und anderen zweifelhaften Quellen, aber es gibt auch eine offizielle Propaganda, und das ist auch nicht gut, denn wenn man offizielle Propaganda zu ernst nimmt, dann kommt die Enttäuschung – und die Enttäuschung ist sehr gefährlich. Wenn man zu hohe Erwartungen hat und dann die Realität sieht, dann ist das eigentlich nicht gut für Europa.

Ich finde es sehr wichtig, dass die Jugend mit allen möglichen Informationen konfrontiert ist, auch mit den kritischen, also nicht nur mit diesem vorbildhaften Bild von Europa als Paradies, sondern auch mit den Problemen – und auch mit der Frage, dass es Probleme gibt, die Europa nicht lösen kann und nie lösen kann, weil sie auf einer anderen Ebene sind, entweder auf der globalen Ebene oder auf der nationalen Ebene oder lokalen Ebene. Europa ist nur eine der vielen Schichten, und man kann nicht zu viel von Europa erwarten, denn wenn man von Europa zu viel erwartet, dann ist man enttäuscht, und das ist gefährlich.

**Edit Inotai:** Herr Brix.

**Emil Brix:** Ja, ich muss Herrn Drulák zustimmen, es ist wirklich so, es ist natürlich – Gerade in den Europaschulen und wenn man mit jungen Leuten arbeitet, dann kann man



## TRANSKRIPT

nicht so differenziert sagen: Ja, da funktioniert es nicht, dort funktioniert es nicht!, sondern da muss man sagen: Wir wollen ein gemeinsames Europa! Da würde ich aber auch eher nicht auf die Bürokratie setzen, die Sie erleben, sondern darauf, dass man einfach als Europäer zu denken anfängt und sich klarmacht, aus der Geschichte und Kultur, dass es eben nicht nur eine Sankt Pöltner, Wiener, niederösterreichische Dimension gibt, sondern – und jetzt gehe ich weit, bis Russland – dass Dostojewski, Tolstoi und Tschaikowski auch zur europäischen Kultur gehören. Das im Unterricht zu vermitteln ist besser als jeder Influencer, glaube ich letztlich.

Wenn man sich sonst nur auf die Propaganda verlässt, die man zum Beispiel im Europamuseum in Brüssel findet, dann ist das der falsche Weg; also ich bin da eher sehr pragmatisch und fürchte, das ist besser.

**Edit Inotai:** Ich muss sagen, ich mag dieses Europamuseum in Brüssel, also ich stimme nicht zu.

**Emil Brix:** Das ist fürchterlich, das Museum.

**Edit Inotai:** Ich denke, das ist sehr gut gemacht.

Ich denke ehrlich, Europa braucht die jungen Generationen dringend, denn das sind die Leute, die mit neuen Ideen kommen können, die out of the box denken können, und wenn Europa wirklich innovativ, kreativ werden will, dann sind unsere einzige Möglichkeit die jungen Leute, die anders denken, die andere Lösungen finden können. Ich hoffe, es gibt noch mehrere Fragen. – Ja. Dann werden wir die Fragen sammeln: Magda, und dann die zwei jungen Leute in der letzten Reihe.

**Fragestellerin eins:** Sehr kurze Fragen: Wir sprechen über Europa und niemand hat Großbritannien erwähnt; die gehören nicht mehr zu uns. Wir wären mit Großbritannien weiter, weil das eine Atommacht mit einer großen Armee ist, mit Schiffen und allem und 50 oder 60 Millionen Menschen. Also bitte, was sehen Sie, dieses verschwundene Großbritannien?

Zweite Frage: Wenn wir über Energiepolitik sprechen, dann müssen wir über Nord Stream sprechen, was es heißt, denn wir brauchen Nord Stream überhaupt nicht. Die Pipelines durch die Slowakei – es reicht. Also warum haben wir Nord Stream in Wirklichkeit?

Und dritte Frage: Wenn wir über den Balkan sprechen, also den Westbalkan, sind wir bereit, Probleme von Bosnien-Herzegowina auf europäischer Ebene zu lösen? Ohne diese Lösung können wir nicht Frieden und Stabilität am Westbalkan haben. – Danke.

**Edit Inotai:** Danke. Wir sammeln die zwei weiteren Fragen und dann machen wir eine Runde.

**Fragestellerin zwei:** Hallo, ich wollte zuerst sagen, Erasmus finde ich auch super. Ich habe nach drei Monaten mein Geld endlich erhalten, also die Bürokratie ist auf jeden Fall noch ein Problem.

In Bezug auf den Klimawandel glaube ich nicht, dass es noch InfluencerInnen braucht oder junge Stimmen, die noch mehr Gehör brauchen; also sie müssen auf jeden Fall gehört werden, aber ich glaube, was fehlt, sind europäische Lösungen. Man kann nicht immer sagen, die Zukunft liegt in der Jugend und die lösen dann die Probleme, sondern es müssen eben jetzt gerade Taten kommen.

Worauf ich eigentlich hinauswollte, war in Bezug auf Professor Drulák, der vorhin gesprochen hat, in Bezug auf die Gefahr und Erpressung, die durch die Türkei und Belarus kommen, gegenüber Europa: Da haben Sie in einem Satz von Migration und Islamismus gesprochen und dass das die Gefahr ist, der Europa gegenübersteht. Man

## TRANSKRIPT

muss das aber differenzieren, also Migration ist nicht Islamismus, und wenn man das verwechselt, kommt man eben zu falschen Schlüssen, glaube ich. Und ich glaube, das Problem von Europa ist eben nicht der Islamismus, sondern dass man quasi keine gemeinsamen Lösungen findet, dass man sich immer dadurch identifiziert, was wir nicht sind, nach außen dadurch identifiziert, wer wir nicht sind, und keine gemeinsamen Lösungen finden.

**Edit Inotai:** Danke schön. Es gab dort noch eine Frage.

**Alina Stiehler (Studentin):** Hallo, ich heiße Alina Stiehler und ich studiere wie Carla auch im Doppelmasterprogramm der Uni Leipzig und der Andrassy Universität Budapest. Es wurde viel über das Thema Verteidigung und Sicherheitspolitik gesprochen sowie über das Thema Atommacht Europa, und meine Frage ist: Inwiefern büßt die EU ihre Glaubwürdigkeit als Mediator oder als neutrale Vermittlung auf der globalen Ebene ein, wenn sie dann einmal Atom- und Militärmacht wird?

**Edit Inotai:** Sehr gute Fragen. Fangen wir vielleicht mit Großbritannien an – Herr Brix als ehemaliger Botschafter und dann gehen wir mit den anderen Themen weiter zu den anderen Panelisten.

**Emil Brix:** Das Problem ist ja, dass kein Europäer eine gute Antwort auf das Schicksal der Briten geben kann. Ich habe zu jenen gehört, die sich nicht ausmalen konnten, dass es eine Mehrheit geben wird für den Austritt aus der Europäischen Union. Ich war dabei bei dieser Bloomberg-Rede, in der Premierminister Cameron angekündigt hat das Referendum und unmittelbar danach hat sein Staatssekretär uns EU-Botschaftern erklärt: Keine Sorge, wir wissen, was wir tun, wir machen das nur wegen der konservativen Partei, aber es wird nie einen Austritt geben – David Lidington. Und daher kann ich dir keine Antwort darauf geben, wie die Briten sind. Das einzige, was klar ist: Die Insel ist Richtung Amerika verschoben worden, das ist mehr transatlantisch drüben geworben. Ob die Amerikaner das so ernst nehmen, wird man sehen, das weiß ich nicht. Aber die Briten sprechen ständig darüber, dass jetzt das transatlantische Verhältnis für sie entscheidend ist und sie versuchen halt jetzt statt Europa eine Mischung zwischen Amerikanismus und Commonwealth-Idee, die alte Commonwealth-Idee aufzugreifen und kommen nach und nach jetzt drauf, dass die Inder und die anderen gar keine so Sonderrolle für Großbritannien – schon gar nicht bei Handelsverträgen – haben wollen. Also meine Antwort ist: Die Briten sind jetzt eine freischwimmende Insel, die im Moment wegdriftet von Europa.

**Edit Inotai:** Vielleicht über das, was den Balkan - -, Großbritannien noch.

**Peter Mišík:** Also ich würde sagen, das ist eine Tragödie. Ich nutze das Wort, das, was passiert ist, ist aus der Sicht Europas Tragödie. Aber ich möchte auch nicht übertreiben. Ich bin der Meinung, das, was wir heute brauchen, ist strategische Geduld. Und außerdem: Großbritannien ist Mitglied der Nato. Großbritannien ist Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur durch die Teilnahme der Wirtschaft in der Nato und durch die Mitgliedschaft in der Nato, also dienen auch die Atomwaffen von Großbritannien als Abschreckung und das ist realpolitisch gut für uns.

Wir in der Slowakei haben nie geglaubt, dass das ein Businessprojekt ist, selbstverständlich, das war ein - - das ist ein geopolitisches Projekt und langfristig werden wir den Preis zahlen müssen. Aber im Moment leider werden wir uns mit der neuen Situation arrangieren müssen. Aber ich bin auch nicht damit einverstanden, weil das ist langfristig für die europäischen Interessen, für weniger Abhängigkeit von Russland, schädlich.

**Edit Inotai:** Balkan, Bosnien.

## TRANSKRIPT

**Peter Mišík:** Bosnien – oh, gibt es auch einfachere Fragen, oder? Ich habe etwas angedeutet, heute ist das noch schlimmer als vorher. Wir haben sehr viel Zeit verpasst. Wenn wir dieses Projekt vor zehn Jahren realisiert hätten, könnte vielleicht Europa auf dem Weg in die Europäische Union sein. Heute wird es schwieriger sein, leider.

**Edit Inotai:** Herr Drulák.

**Petr Drulák:** Ich werde mich zu zwei Fragen äußern, die an mich gerichtet wurden, also Migration und Islamismus und die Atomwaffen. Ich habe nicht gesagt, dass das dasselbe ist, also Migration und Islamismus. Trotzdem es gibt eine Verbindung. Die Mehrheit von den Migranten sind Muslimen, das ist eine Tatsache, und die Minderheit von Muslimen radikalisiert sich und sie werden Islamisten. Aber ich - - Die Frage ist, warum. Also wir hatten schon in den Fünfziger-, Sechziger- und Siebzigerjahren die Migration aus den muslimischen Ländern nach Europa, nach Frankreich, aus Algerien, Marokko, Tunis, nach Deutschland aus der Türkei, und trotzdem gab es damals eigentlich kein großes Islamismusproblem. Also Islamismus ist eher neu, das ist etwas, womit wir seit, sagen wir, 20, 30 Jahren konfrontiert sind. Und für mich ist das – und das ist meine Deutung, für euch ist es nicht die einzige und nicht die beste –, dass wir heute wissen, dass die westliche Gesellschaft ihre Integrationskraft verloren hat. Und das ist sehr wichtig. Wir sind nicht in der Lage, diesen Leuten eine Perspektive anzubieten, damit sie zu Europäern werden möchten. Und sie wählen die Identität, die antieuropäisch ist, die gegen die westliche Gesellschaft ist. Und ich wiederhole nochmals: Es geht nicht um die Mehrheit von diesen Leuten, es ist eine Minderheit, aber diese Minderheit ist so groß, dass es genügt, um die Gesellschaft zu destabilisieren. Und deshalb betrachte ich es als eine Bedrohung.

Und was die Kernwaffen betrifft, Sie haben gefragt: Inwieweit würde das die Rolle der Europäischen Union als Mediator unterstützen? In dieser Hinsicht spielen sie keine Rolle. Die Rolle der Kernwaffen – warum sind sie nützlich? Sie sind unangreifbar oder fast unangreifbar. Es ist sehr schwierig, eine Atommacht anzugreifen. Und das ist im Fall von Europa noch immer wichtig. Europa ist ein Territorium und ein Territorium muss manchmal, nicht oft – einmal per 50 Jahren oder einmal per 30 Jahren –, muss verteidigt werden. Und wenn sie Atom-Nuklearwaffen haben, dann ist die Verteidigung viel, viel leichter als wenn sie die Nuklearwaffen nicht haben.

**Edit Inotai:** Herr Dutkiewicz, vielleicht über Großbritannien oder Balkan, oder Nord Stream, wir haben über Nord Stream nicht gesprochen.

**Rafał Dutkiewicz:** Also für Nord Stream sind die am Podium Sitzenden nicht verantwortlich – wir haben ja dagegen stark reagiert. Es gab diese Hoffnung, die mit Joe Biden verbunden war, aber dann fuhr Angela Merkel in die Staaten und hat Joe Biden überredet und es gibt, was es gibt. Aber im polnischen und im östlichen Sinne: Nord Stream, das war ein Fehler, so betrachten wir es.

Was Großbritannien anbelangt: Wir haben alle gesagt, die transatlantische Achse ist von Bedeutung und Großbritannien ist ein wichtiger Teil. Es ist passiert, was Sie gesagt haben, dass Großbritannien verschoben wurde in Richtung der Vereinten Staaten. Es ist fraglich, ob das eine Rolle für die Staaten spielt oder gerade nicht. Aber umso wichtiger ist eine gewisse Zusammenarbeit in dem Dreieck Großbritannien, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten.

Was den Balkan anbelangt, da bin ich überfragt.

**Edit Inotai:** Ich denke, es gibt noch Fragen. Es gibt die letzte Runde jetzt, wenn Sie Fragen haben – hier haben wir eine Frage, noch eine Frage und noch eine Frage, also drei Fragen für die letzte Runde.

## TRANSKRIPT

**Alexander Dierks (CDU-Fraktion Sachsen):** Ich möchte noch einmal auf das Thema gemeinsame Verteidigung und gemeinsame Rüstungsbeschaffung eingehen. Ich finde, wir haben in Europa ja die paradoxe Situation, dass im Grunde kein europäisches Mitgliedsland bereit ist, dieses 2-Prozent-Nato-Ziel zu erfüllen, und auf der anderen Seite wissen wir im Grunde, dass die Europäische Union zusammen gar nicht so furchtbar viel weniger Geld für Rüstung ausgibt als die Vereinigten Staaten, nur einfach deutlich geringere Möglichkeiten hat aufgrund der Kleinteiligkeit. Das heißt, im Grunde müsste es ja ein Gebot der Vernunft sein, wenn man sagt, wir wollen vielleicht gar nicht so furchtbar viel pro Land für Rüstung ausgeben, aber wir müssen eben sozusagen die Konsolidierung in der Beschaffung hinbekommen. Das heißt, es macht vielleicht keinen Sinn, wenn wir 80 unterschiedliche Sturmgewehre in Europa produzieren, zehn verschiedene Panzertypen und so weiter, und so fort. Jetzt ist das, glaube ich, eine Thematik, die im Grunde ja schon seit den Fünfzigerjahren diskutiert wird, einmal mehr, einmal weniger intensiv.

Nur so die Frage: Was könnte der Stein des Anstoßes sein? Weil ich glaube, noch augenfälliger auf der Hand liegen kann die Notwendigkeit ja eigentlich gar nicht mit Blick auf das sich verändernde geopolitische Umfeld. Was könnte aus Ihrer Sicht der Stein des Anstoßes sein? Ich bin da auch ein bisschen ratlos, offen gestanden – und natürlich weit weniger Experte als Sie, deswegen frage ich.

**Edit Inotai:** Vielen Dank, eine sehr berechtigte Frage.

**Alexander Wiesner (AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag):** Herr Professor Dr. Drulák, Sie haben ja jetzt sehr, sehr schön darauf hingewiesen noch einmal auf den Zusammenhang von Migrationsdruck und von Islamismus, der bei uns eindringt in Europa und gleichzeitig hatten Sie in Ihrem Statements vorher gesprochen von der ideologischen Bedrohung durch die Woke and Cancel Culture. Wenn ich die beiden Sache jetzt zusammensetze, ergibt das für mich ein sehr, sehr schwieriges Problem, also unsere Kultur selber wird bewusst zerstört und gleichzeitig haben wir Leute, die gar nicht integrationswillig sind, die mit einer sehr, sehr starker Kultur hierherkommen. Wo, denken Sie denn – auch an alle gerichtet –, wie wir als Europäer etwas dagegensetzen können? Das wäre meine Überlegung für mich. – Danke.

**Edit Inotai:** Und die letzte Frage ist dort.

**Fragesteller:** Ich versuche, es kurz zu halten. Ich bin auch im Doppelmaster mit der Andrassy Uni in Budapest und mit der Uni in Leipzig. Sie hatten die Verteidigungspolitik angesprochen und über die EU-Streitkräfte gesprochen, das, was versucht wird, zu bilden. Ich habe mich nur gefragt, ob man sich da nicht entscheiden muss: Nato oder EU-Streitkräfte, weil wenn man die EU-Streitkräfte aufbauen sollte in naher Zukunft oder langer Zukunft, dann ist man ja auch von den USA in gewisser Weise unabhängig und dann wäre ja auch die Nato, wie man so schön sagt, obsolet – wurde ja oft zitiert. Und es gab auch die Meinung, dass es keine Atomwaffenmacht in Europa gibt – Stichwort Frankreich, ist die viertgrößte Atommacht weltweit, damit könnte man sich ja auch unabhängig machen und die EU-Streitkräfte dann sozusagen damit stärken.

**Edit Inotai:** Vielen Dank. Ist das alles? Letzte Möglichkeit für Fragen? – Jetzt geht die letzte Runde raus.

Für Verteidigung: Können wir zusammen Waffen besorgen? Ich denke, es gab schon - - also die Europäische Union denkt schon darüber, es gibt diese europäische Defence Union - -

**Peter Mišík:** Die Europäische Kommission ist auch bereit, das finanziell zu untermauern. Aber das ist die politische Sache, das ist die politische Entscheidung. Ich bin der

## TRANSKRIPT

Meinung, dass langfristig brauchen wir nicht so viele verschiedene Waffensysteme, weil das ist teuer und das macht uns langfristig auch weniger verteidigungsfähig.

2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts: Also Mitgliedstaaten der Nato haben diese Verpflichtung und wir erfüllen sie. – Was waren die anderen Fragen?

**Edit Inotai:** Nato und EU zusammen oder getrennt und die Atommacht Frankreich.

**Peter Mišík:** Einsatzgruppen, das ist keine neue Idee, selbstverständlich, aber das ist auch die Frage des politischen Willens, weil wir haben die Fähigkeit, die Einsatzgruppen zu nutzen seit 2005, wir haben sie noch nicht genutzt.

**Edit Inotai:** Aber wir benutzen das nicht.

**Peter Mišík:** Wir benutzen sie nicht wegen der Politik selbstverständlich, das ist die politische Sache. Aber wenn man bereit ist, politisch eine Einsatzgruppe zu haben, dann sehe ich das als kein zu großes Problem. Ich habe gelesen, dass man im Moment eine 5 000 starke Einsatzgruppe aufbauen möchte. Also wir sollten uns emanzipieren, was zum Beispiel die Nachbarschaft angeht. Wir können nicht nur angewiesen sein auf die Fähigkeiten zum Beispiel der Amerikaner, was aber nicht bedeutet, dass wir keine Allianz mit den Amerikanern brauchen, das ist - - beides ist möglich, beides ist meiner Meinung nach auch vernünftig. Wir sollten fähig sein, in unserer Nachbarschaft auch zu agieren, wenn wir wollen.

Und was die kollektive Sicherheit angeht, was die territoriale, große territoriale Sicherheit angeht, Abschreckungskapazität – dort brauchen wir die Amerikaner im Moment, selbstverständlich. Es gibt Fragen, die man nicht stellen sollte, aber es ist nicht klar, es ist nicht in Stein gemeißelt, dass die nächsten Wahlen bestimmt Herr Donald Trump nicht gewinnt. Wir sollten auch darüber nachdenken, dass alles möglich sein könnte.

Aber es wäre meiner Meinung nach ein Fehler, wenn jetzt die Europäer sagen, wir brauchen die Amerikaner nicht, weil - - also wir glauben nicht mehr an die Allianz mit den Amerikanern, wir haben zu viele verschiedene Interessen und was wir jetzt bauen, ist eine europäische Armee, weil Sie werden dafür nicht den politischen Willen bei den anderen Mitgliedstaaten finden, das wäre zu teuer und das ist das eben, was unsere Gegner auch nur begrüßen könnten.

**Edit Inotai:** Herr Brix, ganz kurz.

**Emil Brix:** Das ist interessant, dass wir am Podium jetzt sozusagen dazu kommen, dass wir im Grunde die Nato nicht mehr wollen, aber wir behalten sie, weil wir setzen sie gleich mit unserer Wertegemeinschaft mit Amerika. Und da habe ich ein bisschen Angst, dass die Nato plötzlich für die Wertegemeinschaft zwischen Europa und Amerika steht. Haben wir da nicht bessere oder andere Möglichkeiten? Die Nato ist eine Verteidigungsgemeinschaft, und da muss ich sagen, die Verteidigung sollten die Europäer selbst – wie gesagt wurde: wir setzen sehr viel Geld ein – selbst ganz anders in die Hand nehmen.

Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass wir nicht in der Lage sind, politisch eine gemeinsame europäische Verteidigung aufzubringen, die Battlegroups zum Beispiel, nicht einmal den Anfang schaffen wir dazu, weil es den politischen Willen nicht gibt. Das wäre jetzt Illusion, aber wenn ich nach Vernunft vorgehe, ist es selbstverständlich, wir brauchen eine eigenständige europäische Verteidigung – ich kann gar nicht beurteilen, ob Atomwaffen dazugehören müssen oder nicht, da kenne ich mich zu wenig aus, aber es klingt ziemlich überzeugend, was Herr Drulák gesagt hat, dass man sich nur fürchtet, wenn man irgendwo einen Atomsilo hat, auch, wenn es mir nicht sympathisch klingt, aber es dürfte was dran sein. Aber ich denke, europäische Verteidigung ist auf jeden Fall vorzuziehen diesem Mischmasch zwischen Nato und EU, wo dann manche dabei sind,

## TRANSKRIPT

manche nicht, wir als Österreicher so irgendwie hatschert dabei sind, so halb - - Und es ist schon komisch, ich meine, wenn Österreich heute Nato-Mitglied wäre, würden wir anders argumentieren als wir jetzt argumentieren? Wir würden vermutlich anders argumentieren.

**Peter Mišík:** Vielleicht profitieren - -

**Emil Brix:** Also sind wir ein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer mitten in Europa. Sehe ich das richtig? Höre ich das aus dem Publikum sogar zurück? Na ja, dann danke oftmals. Ich glaube, da sind wir ganz gern dabei bei dem Klub.

**Edit Inotai:** Herr Drulák, über Migration, Cancel Culture ...

**Petr Drulák:** Und auch über die Nuklearwaffen. – Ich will nicht missverstanden werden, ich habe nicht gesagt, dass wir uns alle auf die französischen Nuklearwaffen verlassen sollen. Nein, ich sprach über europäische Nuklearwaffen, das ist etwas anderes. Aber die Frage über die Migration, Islamismus und Woke, ich finde das wichtig. Im französischen Diskurs gibt es nämlich ein Konzept, einen Begriff, der diese zwei Bedrohungen zusammenbringt. Also die Franzosen sprechen über einen sogenannten Islamo-Gauchisme, also auf Deutsch linker Islamismus oder islamische Linke oder so etwas, das ist eine Fusion von Islamismus und sagen wir Linksextremismus – Islamo-Gauchisme. Das ist etwas, was ich persönlich als eine Bedrohung sehe.

Aber Sie haben eine schwierige Frage gestellt, was man dagegen machen kann. Und ja, vielleicht, also ein möglicher Ausweg ist, ein bisschen die Nation zu rehabilitieren. Und jetzt spreche ich nicht über den Nationalismus, aber im europäischen Diskurs hat man oft den Eindruck, dass Europa gekommen ist, um die Nationen abzulösen, das war nie der Fall. Also wir sind der EU beigetreten, um unsere nationale Identität zu bewahren und zu stärken, nicht um sie zu lösen, nicht um sie aufzugeben. *(Beifall.)*

Und in diesem Sinne soll man sich immer daran erinnern, also dass Europa nicht gegen die Nationen steht und das heißt, dass auch Nationen nicht gegen Europa sind. Die zwei müssen sich zusammen stärken. Das heißt, ein gesunder Patriotismus ist etwas, was durchaus zu empfehlen ist und vielleicht auch eine mögliche ideologische Antwort auf die Frage, die Sie gestellt haben.

**Edit Inotai:** Herr Dutkiewicz, vielleicht Schlusswort: Verteidigungspolitik, Identität, Souveränität.

**Rafał Dutkiewicz:** Ich bin völlig einverstanden mit einer kleinen Bemerkung: Wenn wir etwas Gemeinsames schaffen möchten, dann müssen wir teilweise auf unsere Souveränität verzichten, anders wird es nicht funktionieren.

Die zweite Bemerkung ist: Die Europäische Union ist ein Netz, und um es dichter zu machen, muss auch die Frage der Sicherheit gestellt werden und die Verteidigungspolitik muss vertieft werden. Aber keiner von uns hat, glaube ich, gesagt, entweder die Europäische Union und die Verteidigungspolitik oder aber Nato, das ist keine solche Frage, das könnte gemeinsam funktionieren. Nur: Die Verteidigungspolitik der Europäischen Union ist zur Zeit unklar, die steht nicht fest. Deswegen hat die Frage eine wichtige Bedeutung, und ich glaube daran, dass die Europäische Union doch eine gute Zukunft mit Polen als einem Mitglied hat.

**Edit Inotai:** Vielen, vielen Dank. Ich denke, das ist das perfekte Schlusswort. Die Europäische Union kann stark sein und soll stark sein mit allen Mitgliedern zusammen. Wir müssen zusammenarbeiten. Manchmal ist das nicht einfach, manchmal ist es wirklich hart, aber ich denke, tolerante Debatten und Diskussionen helfen uns, eine gemeinsame Lösung zu finden. – Vielen Dank noch einmal an unsere Panelisten, für die sehr, sehr interessante und manchmal auch ein bisschen kontroverse Debatte, das war

## TRANSKRIPT

gut so. Herr Brix, Botschafter Mišík, Herr Drulák und Herr Dutkiewicz – vielen Dank nochmals. – Ich bitte um einen Applaus für die Panels. *(Beifall.)*

Wir sind, denke ich, am Ende unseres Programms, ich muss nur einen technischen Hinweis noch mitteilen: Der Treffpunkt für den Besuch der Spanischen Hofreitschule ist beim Welcomedesk im Eingangsbereich. Die Kollegen werden unseren Gästen weiterhelfen bei diesem Besuch.

Ich wünsche auch allen, die hier mit uns waren diesen Freitag einen sehr schönen Nachmittag, ein schönes Wochenende und vielen Dank für Ihr Interesse.

Herr Sobotka möchte noch etwas sagen.

### Schlussansprachen

**Wolfgang Sobotka:** Ich darf mich zuerst ganz, ganz herzlich bedanken. Ich habe selten so – und ich sage das zum letzten Panel – eine interessante Diskussion gehört, die zeigt den ungeheuren Erfahrungsschatz, den Sie als Politiker, als Diplomaten, als Experten in all diesen Jahren gewonnen haben. Aber was er ist, und das zeigt natürlich auch etwas, es ist etwas pessimistisch oder es ist zumindest ernüchternd, es ist ein gewisser Pragmatismus notwendig. Dem möchte ich ein Buch entgegenstellen von Martin Schröder – mir ist es erst in der Diskussion eingefallen –: „Warum es uns noch nie so gut ging und wir trotzdem ständig von Krisen reden“. Er ist Soziologe in Freiburg im Breisgau, der ungeheuer auf der Faktenbasis gearbeitet hat.

Ich möchte nur zwei Dinge erwähnen. Wir reden – und das hat bewusst nichts damit zu tun – von der Armut und dem Bekämpfen der Armut und dass sie immer mehr wird, die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer. Der Befund zeigt: 1980 haben 50 Prozent der Weltbevölkerung in Armut gelebt und 2020 waren es 10 Prozent.

Die Frage der Gewalt und des Krieges ist das gleiche Bild: 1950 waren von 100 000 Menschen 20 Kriegstote, das hat etwa 600 000 Personen betroffen, Jahr für Jahr. 2015 waren es von 100 000 1,7 Menschen, die durch kriegerische Ereignisse ums Leben gekommen sind.

Das zeigt uns schon, dass wir auf der einen Seite mit der rosaroten Brille aus der Vergangenheit, aus der negativen Haltung, was alles in diesen vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht gegangen ist und auch aus dieser Verfügbarkeit – und wenn vieles verfügbar ist, dann wird es auch in die Umsetzung kommen –, dass wir hier eine sehr ernüchternde, aber vielleicht auch eine getriebene Position haben, die sehr von medialen Berichterstattungen auch getrieben wird.

Ich unterstreiche alles, was die USA - - mir hat das Bild des Hundes mit dem Schwanz sehr gefallen. Das muss man zur Kenntnis nehmen, wir haben keine Ratingagentur, wir haben keine große Social-Media-Firma, wir haben schlussendlich auch kein Big-Data-Unternehmen, das Weltruf hätte. Und wir werden auch sehen, dass wir in der Digitalisierung, wenn es Europa nicht gelingt - - und daher komme ich dazu: Europa wird die Probleme lösen können, die es wirklich lösen kann, denn die eierlegende Wollmilchsau gibt es nicht. Ich glaube, die Digitalisierung, weil sie in jedem Interesse ist, könnte, könnte – mit Ausnahme Irlands, weil es eine der größten Niederlassungen von Google und von Microsoft hat, wenn man die überzeugt und dementsprechend finanziell absichert, dann wären sie vielleicht mit von der Partie – ein gemeinsames Gesetz gegen die Übernahme durch die digitale Welt oder durch die Konzerne letzten Endes auf den Weg bringen, weil davor habe ich als Demokrat die größte Sorge: dass wir nicht mehr auf Informationen und auf Wissen zurückgreifen können, sondern nur mehr auf News, auf Fakenews. Und wenn wir letzten Endes in diese Echokammern gehen, kriegen wir

## TRANSKRIPT

immer nur dieselbe Antwort heraus – und wie sie steuerbar ist. Und Mišík hat es gesagt, es ist nicht sicher, dass Trump das nächste Mal wieder nicht gewinnt, wider allen Fakten, man hat ihm nachgewiesen, dass er 30 000 Mal gelogen hat – das interessiert die Leute heute nicht mehr. Daher sehe ich in der Digitalisierung die wesentlichste Gefahr für unsere demokratische Struktur. Und das könnte – neben anderen Themen, die Europa wirklich lösen kann, das ist die Digitalisierung, die Bürokratie und ein wenig weniger Aufregungsgesellschaft – durch mehr Bildung und mehr Wissenschaft und sich an der Wissenschaft orientieren - -

Und wir erleben es ja heute hautnah in der Pandemie. Wir sehen, dass es Leugner dieser Pandemie gibt, unglaublicher Art und Weise, es gibt Leute, die sagen, das Impfen ist ein Chip von Bill Gates – und glauben das auch. Wir haben so vieles, was an Irrationalität fast uns wirklich verwundert und dem kann man nur entgegensetzen – und da bedanke ich mich ganz herzlich, dass die Schulen heute da waren –: Bildung, Bildung und nochmals Bildung. *(Beifall.)*

Wir haben es in einem Sinne gesehen: Wenn wir uns ein europäisches Phänomen ansehen, den Antisemitismus, warum ist der im Wachsen, obwohl es immer weniger Juden in Österreich und auch in Europa gibt? – Er ist im Wachsen, weil das Internet ihn so groß gemacht hat, und er ist im Wachsen, weil es eine hundertjährige epigenetische, negative, kulturelle Haltung in Europa, in Österreich ganz besonders und in Deutschland, gegeben hat. Und Antisemitismus ist antidemokratisch und das sollten wir sehr, sehr deutlich erkennen können. Und dem können wir nur begegnen, wenn wir ihm auch im Internet dementsprechend etwas entgegensetzen können.

Wir sehen an unserer Studie, die das Parlament alle zwei Jahre macht, dass Leute, die gebildet sind, weniger antisemitisch sind als Leute, die nicht gebildet sind. Also Bildung hilft, Bildung nutzt etwas, sich auf Fakten zu besinnen und der Wissenschaft kritisch zu begegnen, nicht alles zu glauben. Auch dort wissen wir, wie auch Meinungen letzten Endes gebogen werden. Aber aus der Vielzahl der wissenschaftlichen Erkenntnisse sich ein Bild zu machen, das könnte Europa auch weitertreiben.

Ich bin sicher, dass es zu keiner Verteidigungsunion kommen wird – wir haben keine gemeinsame Sprache. Karl der Große hat die Lingua franca gehabt, das Europa des 21. Jahrhunderts hat keine Lingua franca. Wie sollen wir bei 27 Amtssprachen es verstehen, zu einem Gemeinsamen zu kommen? Das ist für mich in der derzeitigen Fassung noch sehr, sehr in weite Ferne gerückt. Und trotzdem glaube ich an dieses Europa, glaube ich an dieses Europa, dass es eine Möglichkeit gibt, die Probleme der Menschen zu lösen. Schauen Sie sich einmal das sogenannte GDPs der europäischen Staaten an und vergleichen Sie es mit den GDPs vor 20 Jahren, und dann gehen Sie in andere Regionen! Dann werden Sie sehen, dass die Europäische Union für jeden von uns, egal, wo er lebt, einen Wohlstand geschaffen hat, und zwar einen unermesslichen Wohlstand – und dessen sollten wir uns auch bewusst sein. Das kann manchmal sein, dass es auch zu Ungunsten anderer geschehen ist, daher braucht es eine Fairness auch im weltweiten Bereich.

Im Klimatischen haben wir Anstrengungen unternommen, aber die größten Probleme und Herausforderungen sind mit Sicherheit in der Digitalisierung in der nächsten Zeit, die auf uns zukommt – bei allen Notwendigkeiten, mit Russland ein gutes Einvernehmen zu nehmen, mit Amerika gut zu können, mit der Türkei ein Verhältnis zu finden, das Europa nutzt, mit dem Islamismus, den es tatsächlich natürlich auch gibt, auch wenn es nicht das Thema ist, das uns immer und überall bewegt; aber es bewegt auch die Leute in Dubai, weil dort gibt es ein Zentrum für den Kampf gegen den Islamismus, Hedayah, wo viele europäische Staaten auch daran beteiligt sind – neben Holland, Frankreich letzten Endes auch Amerika beziehungsweise viele arabische Staaten.



## TRANSKRIPT

Das heißt, wir haben eine ganze Reihe von Themenstellungen, ich glaube, Europa soll sich dieser Themen annehmen, die wir lösen können, die wir mit Toleranz und mit dem gegenseitigen Respekt auch in Angriff nehmen. Das sind einige und das sind viele, die auf diesem Programm stehen – nehmen wir uns nicht die größten vor, schauen wir auf das, was machbar ist. *(Beifall.)*

**Matthias Rößler:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Lieber Wolfgang Sobotka! Wir bedanken uns bei dir, bei Ihnen, bei euch, dass wir hier im Nationalrat sein durften – ganz ausdrücklich, wir aus Sachsen. Ich denke, auch die Schülerinnen und Schüler. Das war eine richtig gute und spannende Geschichte und mein Dank geht auch an das Publikum für die Fragen, für die Diskussion. Ich denke schon, dass wir das alles in einem wunderbaren Tagungsband dokumentieren werden, es liegen ja schon ein paar wunderbare Fotos in allen möglichen Posen. Wir werden uns auch erlauben, den jedem zuzuschicken, man kuckt dann immer zuerst, ob man drinnen ist, fotografiert, auch Zuschauer, ich weiß das, aber das wird ein wunderbarer Band werden.

Ich habe mir jetzt bloß den Zettel mitgenommen: Der Ivan Krastev, von dem hier so viel die Rede ist, wir haben über Pandemie gesprochen – übrigens wirklich eine Katastrophe, die Krankheit trifft überproportional die Alten und die Schutzmaßnahmen der Regierung, die unabdingbar sind, wie wir gehört haben, treffen die Jungen, das wissen wir, insbesondere im Bildungsbereich und anderswo –, wir haben, glaube ich, zu wenig über die Klimafrage gesprochen. Uns ging es immer darum, Stabilität zu erreichen durch Politik und Spaltung zu vermeiden. Und da sagt der Ivan Krastev, das passt ganz gut, dass der große Bruch 2015 die Flüchtlingskrise war. Deutschland ist weder so mächtig, wie seine Feinde befürchten, noch so stabil, wie seine Freunde und Bewunderer hoffen – da könnte man überall auch die Europäische Union einsetzen, da würde das ganz genauso stimmen –, und deshalb habe ich mich über ein Zitat besonders gefreut.

Herr Dr. Brix, Sie haben das Papst-Zitat einfach ein bisschen geweitet und das soll ein schöner Schluss für heute sein: Haben wir keine Angst, warten wir nicht zu, lassen wir uns nicht spalten – das gilt für uns hier im Raum, das gilt für Europa! Wenn wir uns daran halten, dann ist mir um unsere Zukunft wirklich nicht bange. – Vielen Dank noch einmal für die Diskussion und dass wir heute hier zusammen waren. *(Beifall.)*